



## 3. Sitzung

Mittwoch, 13. April 2011

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Frank Schira, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel, Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg und Vizepräsidentin Kersten Artus

### Inhalt:

<b>Mitteilungen der Präsidentin</b>	95	<b>Konfrontation bei Ein-Euro-Jobs: Neuer Stil guten Regierens?</b>	
<b>Ausscheiden</b> einer Abgeordneten (Elke Badde SPD)		(Fortführung am 14.04.2011)	
<b>Nachrücken</b> eines Abgeordneten (Ekkehard Wysocki SPD)	95	Fraktion der GAL:	
<b>Abwicklung und Änderung der Tagesordnung</b>	95	<b>SPD-Arbeitsmarktpolitik – Ideologischer Kahlschlag statt Perspektiven für Langzeitarbeitslose</b>	
<b>Aktuelle Stunde</b>	95	(Fortführung am 14.04.2011)	
Fraktion der SPD:		Fraktion der FDP:	
<b>Energiewende jetzt! Hamburgs Positionen vor dem Energiegipfel</b>		<b>Wohnungsnot – Wohnungsmangel? Was denn nun, Frau Blankau?</b>	
Dr. Andreas Dressel SPD	95, 106	(Fortführung am 14.04.2011)	
Birgit Stöver CDU	96		
Jens Kerstan GAL	97, 104, 107	Fraktion DIE LINKE:	
Dr. Kurt Duwe FDP	98, 105	<b>Bildungspäckchen – die Diskriminierung geht weiter!</b>	
Dora Heyenn DIE LINKE	99, 107	(Fortführung am 14.04.2011)	
Olaf Scholz, Erster Bürgermeister	100		
Klaus-Peter Hesse CDU	102		
Dr. Monika Schaal SPD	103, 108	<b>Wahl von zwei Schriftführerinnen oder Schriftführern</b>	109
Heike Sudmann DIE LINKE	105		
Norbert Hackbusch DIE LINKE	108		
Fraktion der CDU:			

Ergebnis	109	Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	117
		Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	117, 122
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Dr. Peter Tschentscher, Senator	118
		Dietrich Wersich CDU	119
		Thomas Völsch SPD	120, 123
		Robert Bläsing FDP	122
<b>Wahl der Vertrauensleute und ihrer Vertreterinnen und Vertreter für die Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Hamburgischen Obergericht und beim Verwaltungsgericht Hamburg</b>		Beschluss	123
– Drs 20/39 –	109	Antrag der GAL-Fraktion:	
und		<b>Ganztägige Bildung und Betreuung an Schulen – zügig Planungs- und Handlungssicherheit für Eltern, Schulen und Hortträger schaffen</b>	
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		– Drs 20/111 –	123
		dazu	
<b>Wahl eines Datenschutzgremiums nach § 14 Datenschutzordnung der Hamburgischen Bürgerschaft</b>		Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
– Drs 20/40 –	109	<b>"Ganztägige Bildung und Betreuung an Schulen" statt Verwahrung</b>	
Ergebnis	110	– Drs 20/206 (Neufassung) –	123
Interfraktioneller Antrag:		Christiane Blömeke GAL	123, 135
<b>Einsetzung der Ausschüsse</b>		Lars Holster SPD	125
– Drs 20/165 –	110	Robert Heinemann CDU	126
dazu		Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP	127
Antrag der GAL-Fraktion:		Dora Heyenn DIE LINKE	128
<b>Einsetzen eines Ausschusses für Medien, Netzpolitik und Datenschutz</b>		Ties Rabe, Senator	129
– Drs 20/200 –	110	Mehmet Yildiz DIE LINKE	130, 133
Jens Kerstan GAL	110	Dr. Stefanie von Berg GAL	131
Kersten Artus DIE LINKE	110	Gunnar Eisold SPD	131
Hansjörg Schmidt SPD	111	Martina Kaesbach FDP	133
Dietrich Wersich CDU	111	Christoph de Vries CDU	134
Beschlüsse	111	Beschlüsse	136
Antrag der CDU-Fraktion:		Dringlicher Senatsantrag:	
<b>Schuldenbremse – Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg</b>		<b>Neustrukturierung der Behörden</b>	
– Drs 20/108 –	112	– Drs 20/119 –	136
Roland Heintze CDU	112	Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	136
Jan Quast SPD	114	Dr. Andreas Dressel SPD	137
Anja Hajduk GAL	115, 121	Klaus-Peter Hesse CDU	139
		Jens Kerstan GAL	140
		Heike Sudmann DIE LINKE	141
		Dr. Peter Tschentscher, Senator	142
		Robert Bläsing FDP	143
		Beschlüsse	143

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

**Abschiebungen von Roma und Sinti in die Nachfolgerepubliken Jugoslawiens stoppen**

– Drs 20/117 – 143

Mehmet Yildiz DIE LINKE 143, 147

Sören Schumacher SPD 144

Kai Voet van Vormizeele CDU 145

Antje Möller GAL 146

Martina Kaesbach FDP 147

Beschluss 148

Der Präsident des Rechnungshofs der Freien und Hansestadt Hamburg:

**Bericht nach § 99 LHO zur Haushaltslage 2011 der Freien und Hansestadt Hamburg**

– Drs 20/51 – 148

Beschluss 148

Antrag der CDU-Fraktion:

**Einrichtung einer Jugendberufsagentur**

– Drs 20/106 – 148

Hjalmar Stemmann CDU 148

Andrea Rugbarth SPD 149

Dr. Stefanie von Berg GAL 149

Finn-Ole Ritter FDP 150

Dora Heyenn DIE LINKE 151

Beschlüsse 152

Antrag der SPD-Fraktion:

**Korruptionsregister für Hamburg**

– Drs 20/88 – 152

Wolfgang Rose SPD 152, 157

Viviane Spethmann CDU 154

Anjes Tjarks GAL 155

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP 155

Christiane Schneider DIE LINKE 156

Beschlüsse 157



**Beginn: 15.04 Uhr**

**Präsidentin Carola Veit:** Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen.

Zunächst möchte ich Sie davon unterrichten, dass mir die ehemalige Abgeordnete Elke Badde mit Schreiben vom 24. März mitgeteilt hat, dass sie ihr Bürgerschaftsmandat mit sofortiger Wirkung niederlege. Sie gehört seit diesem Tag als Staatsrätin dem neuen Senat an. Wir werden also auch weiterhin in Kontakt mit ihr bleiben.

Frau Badde gehörte der Bürgerschaft seit März 2008 an. Sie war Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz, im Wirtschafts- und Haushaltsausschuss sowie im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss HSH Nordbank. Im Namen der Hamburgischen Bürgerschaft danke ich Frau Badde für die geleistete Arbeit und wünsche ihr für ihre neuen Aufgaben viel Erfolg und alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Nach Mitteilung der Bezirkswahlleitung im Bezirk Wandsbek ist auf der Wahlkreisliste 14 der SPD Herr Ekkehard Wysocki nachgerückt. Lieber Herr Wysocki, ich begrüße Sie recht herzlich in unserer Mitte und wünsche Ihnen viel Freude an der neuen Aufgabe.

(Beifall bei der SPD, der CDU, der GAL und der FDP)

Meine Damen und Herren! Wir kommen jetzt zur Tagesordnung. Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrates haben die Fraktionen vereinbart, dass auch der Tagesordnungspunkt 8 vertagt werden soll. Es handelt sich dabei um die Wahl eines bürgerlichen Mitglieds des Richterwahlausschusses.

Wir kommen nun zur

**Aktuellen Stunde**

Dazu sind fünf Themen angemeldet worden, und zwar von der SPD-Fraktion

Energiewende jetzt! Hamburgs Positionen vor dem Energiegipfel

von der CDU-Fraktion

Konfrontation bei Ein-Euro-Jobs: Neuer Stil guten Regierens?

von der GAL-Fraktion

SPD-Arbeitsmarktpolitik – Ideologischer Kahlschlag statt Perspektiven für Langzeitarbeitslose

von der FDP-Fraktion

Wohnungsnot – Wohnungsmangel? Was denn nun, Frau Blankau?

und von der Fraktion DIE LINKE

Bildungspäckchen – die Diskriminierung geht weiter!

Die Fraktionen sind übereingekommen, das zweite und dritte Thema gemeinsam zu debattieren. Ich rufe nun das erste Thema auf. Wird dazu das Wort gewünscht? – Herr Dr. Dressel, Sie haben es.

**Dr. Andreas Dressel SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Knapp 25 Jahre nach dem Super-GAU in Tschernobyl nehmen wir erneut wieder Schreckensnachrichten aus Japan zur Kenntnis in diesen Tagen. Dabei ist nach Tschernobyl einmal mehr zur traurigen Realität geworden, was Befürworter der Atomenergie als sogenanntes Restrisiko für vernachlässigbar hielten. Wir haben hier vor drei Wochen der Opfer in Japan gedacht und unser Appell lautet heute: Belassen wir es nicht bei dieser Geste, sondern ziehen wir die dringend notwendigen Konsequenzen.

(Beifall bei der SPD, der GAL und der LINKEN)

Was wir brauchen, ist eine echte Energiewende, und zwar so schnell wie möglich. Wir brauchen eine sichere und effiziente Energieversorgung ohne Atomkraft auf der Grundlage erneuerbarer Energien. Dafür kann und wird Hamburg seinen Beitrag leisten.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen in Deutschland wollen einen schnellen Atomausstieg, das zeigen alle Umfragen und das hat auch die Anti-AKW-Demonstration in Hamburg mit über 40 000 Demonstranten eindrucksvoll gezeigt. Und gerade die Hamburgerinnen und Hamburger haben mit den Pannenreaktoren Brunsbüttel und Krümmel vor der Haustür ein ureigenes Interesse am Atomausstieg und an der endgültigen Stilllegung der alten Reaktoren. Hätte sich dort ein so ernsthafter Störfall ereignet, dann – das muss man sich immer wieder klarmachen – lägen wir hier mitten in der Evakuierungszone.

Nach dem Atommoratorium, nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz überschlugen CDU und FDP sich geradezu darin, noch einmal etwas nachzulegen und neue Vorschläge zu machen. Und plötzlich war auch die Laufzeitverlängerung vom September 2010 erst einmal ad acta gelegt, ein bisschen jedenfalls. Auch die Hamburger CDU hat sich eines Besseren besonnen, da kann man nur sagen, besser spät als nie. Was haben wir gemacht, was hat der Senat gemacht? Wir haben Ende März glasklar beschlossen, uns dem Normenkontrollverfahren gegen die Laufzeitverlängerung anzuschließen.

**(Dr. Andreas Dressel)**

Das haben wir im Regierungsprogramm gesagt, das haben wir beschlossen und das haben wir auch gehalten.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt geht es darum, einen Energiekonsens zu schmieden. Dafür lädt die Bundeskanzlerin am Freitag nach Berlin ein und der Bürgermeister wird an dem Termin teilnehmen. Wenn man sich jetzt anschaut, wie einige Atomlobbyisten von CDU und FDP wieder agieren, auch wieder versuchen, Hintertüren zu finden, doch wieder an die Laufzeitverlängerung anzuknüpfen, dann kann man nur Vorsicht sagen. Deshalb sagen wir klar und deutlich, das muss auch das Signal dieser Sitzung sein: Hamburg wird sich am Freitag beim Energiegipfel auf keine faulen Kompromisse einlassen.

(Beifall bei der SPD)

Die Abschaltung der alten Meiler muss dauerhaft erfolgen und natürlich muss Krümmel auch bei der Abschaltung dabei sein. Eine Laufzeitübertragung auf andere Kraftwerke darf es nicht geben. Die Laufzeitverlängerung muss rückgängig gemacht werden, auch mit Gesetzeskraft, und es muss klar sein, dass spätestens 2020 alle Atomkraftwerke vom Netz gehen. Die verbleibenden Atomkraftwerke müssen auf der Grundlage moderner Sicherheitsstandards genau überprüft werden und nicht mit einem Pseudomoratorium.

(Beifall bei der SPD)

Was hat Hamburg dabei im Gepäck, was können wir dazu beitragen? Zunächst einmal geht es darum, dass wir die Klage aufrechterhalten, denn es geht nicht nur um die Klage an sich, sondern auch darum, dass wir als Bundesländer verlangen müssen, beteiligt zu werden, wenn es um grundsätzliche energiepolitische Weichenstellungen geht.

Dann gibt es das Thema der Verteilnetze. Hier haben wir einen Vorschlag gemacht, uns strategisch zu beteiligen, um unser Ziel, eine Energiewende mit einer Beteiligung an den Netzen, durchzusetzen; auch daran halten wir fest.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen natürlich beim Thema erneuerbare Energien in Hamburg einen großen Schritt vorankommen, konkret beim Thema Windenergie. Da gab es Vorschläge von Schwarz-Grün, auch bei der Flächensuche für neue Windräder einen Beitrag zu leisten. Man muss sich kritisch anschauen, ob es reicht, oder ob wir nicht noch mehr Windräder in Hamburg möglich machen können. Auch das wäre ein konkreter Beitrag für Hamburgs Energiewende.

(Beifall bei der SPD)

Und wir wollen einen Masterplan Klimaschutz auflegen, damit wir auch gemeinsam die Ziele erreichen, die wir uns gesetzt und die wir vereinbart ha-

ben, nämlich die Co<sub>2</sub>-Minderung. Das sind nur einige Bausteine. Wir sollten uns gemeinsam auf den Weg machen, einen Hamburger Beitrag zu finden. Die Zeit dafür ist jetzt reif und wir sollten diese Zeit nutzen. Nun muss der Durchbruch gelingen für die Energiewende in Deutschland. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat Frau Stöver.

**Birgit Stöver CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die SPD meldet zur aktuellen Stunde ein bundespolitisches Thema an. Hier schleicht sich der Gedanke ein, dass es ein Ablenkungsmanöver ist von den dringenden aktuellen Themen, die wir in Hamburg haben. Ich weise nur darauf hin, dass wir ein Schiff aus Japan im Hamburger Hafen haben und die Bevölkerung interessiert es brennend, wie der Hamburger Senat damit umgehen würde, wenn hier eine überhöhte Strahlung gemessen würde.

*(Gabi Dobusch SPD: Hätten Sie doch anmelden können! – Dirk Kienscherf SPD: Steht doch schon alles in der Zeitung!)*

– Habe ich das Wort?

**Präsidentin Carola Veit** (unterbrechend): Das Wort hat Frau Stöver und nur Frau Stöver.

**Birgit Stöver** (fortfahrend): Das Thema heißt also "Energiewende jetzt" und dem möchte ich mich zuwenden. Es sollte vielleicht besser heißen: Energiewende jetzt beginnen. Die Zahlen 2015, 2017 und 2020 geistern im Moment durch die Medien und die Presselandschaft.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Für was stehen Sie denn?)*

Ich werde mich im Moment nicht an diesem Zahlenspiel beteiligen, eigentlich schade.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Wie schade!)*

Aber unsere Position ist dennoch klar, das Moratorium ist eine gute Gelegenheit innezuhalten, nachzudenken und eine Überprüfung durchzuführen. Die Ziele dieses Moratoriums sind auch klar. Wir haben ein großes Aufgabenpaket, das die Bundesregierung erfüllen muss. Erstens ist es die Sicherheitsprüfung, zweitens wird die Ethikkommission tagen und drittens ist eine Strategieentwicklung, ein Handlungskonzept zu erstellen, wie die Energiewende zu erreichen ist. Es ist richtig, dass wir jetzt die Konsequenzen ziehen.

Bei Punkt 1, der Sicherheitsüberprüfung, wird immer gefragt, warum eine erneute Sicherheitsüberprüfung notwendig ist,

**(Birgit Stöver)**

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Weil Sie die Standards ausgesetzt haben!)*

aber es ist keine erneute, denn bisher wurden immer nur einzelne Aspekte und einzelne Ereignisse überprüft. Aber nach dem Ereignis in Japan ist ganz klar, dass wir nicht nur einzelne Ereignisse überprüfen müssen, sondern eine Kombination von verschiedenen, wahrscheinlichen Ereignissen erreichen müssen und auch weitere Risiken bedenken müssen.

(Beifall bei der CDU)

Die Überprüfungen liegen in der Verantwortung der Länder. Sie werden die sogenannten Stresstests durchführen. Der Bund ergänzt dieses dann um die Forschungsreaktoren und stellt danach den Sicherheitsbericht zusammen.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Zu welchen Standards denn?)*

Übrigens, liebe Kollegen von der SPD, zu den Sicherheitsstandards und dass man keine Rückkehr zum Atomkonsens von 2000 wolle: Wir sind in puncto Sicherheitsstandards mittlerweile sehr viel weiter.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Da sind Sie zurückgefallen!)*

– Lassen Sie mich das einmal ausführen, Herr Dressel, hören Sie einmal zu.

Das Atomgesetz wurde ergänzt um den Paragraphen 7d, den kennen Sie sicherlich. Hierin ist ganz eindeutig beschrieben, dass es eine dynamisierte Sicherheitsanpassung jedes einzelnen Kernkraftwerks gibt,

(Zurufe von der SPD)

und zwar an den Stand von Wissenschaft und Forschung. Der Atomkonsens von 2000, ausgehandelt von der rot-grünen Regierung und den Energieversorgern, die zugestimmt hatten, bedeutet, dass wir auf einem hohen internationalen Sicherheitsniveau verbleiben. Ein Zusatz besagt auch, dass die Bundesregierung von damals, also Rot-Grün, keine Initiative ergreifen würde, um diese Sicherheitsstandards zu ändern. Es ist also so, dass Rot-Grün einen Sicherheitsstandard nach dem Stand der Technik festgeschrieben und zementiert hat. Ich denke, ich muss Ihnen nicht erklären, was der Unterschied ist, wenn es heißt, nach dem Stand von Wissenschaft und Technik.

Zu Punkt 2, der Ethikkommission, brauche ich nicht viel zu sagen. Sie hat den Anspruch, die Kernkraftfrage ganzheitlich und gesellschaftlich zu diskutieren. Die Zusammensetzung dieser Kommission ist unstrittig und über jede Anfeindung vonseiten einseitiger Meinungsbildung oder Parteilichkeit erhaben. Wir erwarten, dass die Ethikkommission alle Aspekte des Lebens berücksichtigt, nicht

nur die sicherheitsrelevanten, sondern auch die sozialen, technischen und wirtschaftlichen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Punkt 3, die strategische Ausrichtung, ist der Fahrplan, wie die Energiewende auf Basis des Energiekonzepts erreicht werden soll, und zwar auf Basis des Energiekonzepts aus dem Herbst 2010, und dies in deutlich beschleunigter Form. Daran arbeiten wir im Moment. Die Ziele, die bleiben werden, sind die Klimaziele. Es ist mitnichten der Fall, dass man von Klimazielen abweichen wird, sondern die, die Deutschland sich gesetzt hat, bleiben weiterhin das Ziel und müssen erreicht werden.

Die Versorgungssicherheit ist genauso ein Ziel dieses Fahrplans wie auch die bezahlbare Energie und die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Hier haben Sie wieder das Nachhaltigkeitsdreieck, darauf wird die CDU ganz besonders achten.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Meine Damen und Herren! Ich muss zum Schluss kommen. Die Stärke der CDU ist immer eine ganzheitliche Betrachtung.

(Glocke – *Thilo Kleibauer CDU: Ho, ho!*)

**Präsidentin Carola Veit** (unterbrechend): Frau Stöver, Ihre Redezeit ist wirklich abgelaufen.

**Birgit Stöver** (fortfahrend): Ein letzter Satz dazu: Wir wollen und werden zeigen, wie eine Energiewende, die unbestritten hoher Investitionen bedarf, nicht nur finanzierbar ist, sondern wie aus ihr sogar eine Wachstumsstrategie für Deutschland wird.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat Herr Kerstan.

**Jens Kerstan GAL:\*** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In wenigen Tagen, am 25. April, wird sich der Jahrestag der schrecklichen Atomkatastrophe von Tschernobyl zum 25. Mal ereignen.

(*Heike Sudmann DIE LINKE: Der 26. April!*)

– Der 26. April.

Von den rund 830 000 Menschen, die damals an den Aufarbeitungsmaßnahmen beteiligt waren, sind mittlerweile 90 Prozent an Krebs erkrankt durch die Strahlungen, 112 000 sind bereits daran gestorben. Forscher gehen davon aus, dass in Europa bis zum Jahr 2050 240 000 Menschen an Krebs erkranken werden und bis dahin 200 000 Kinder mit Genschäden geboren sein werden.

Heute erleben wir erneut eine Atomkatastrophe, in Fukushima in Japan, einem

**(Jens Kerstan)**

Hochtechnologie-Land. Diesmal erkennen wir, dass es sogar noch schlimmer werden kann als Tschernobyl. Dieses Mal sind vier Reaktoren betroffen und nicht nur einer. Im Kernbrennstoff ist das hochgiftige Plutonium enthalten und der Betreiber TEPCO hat mitgeteilt, dass er nicht ausschließen kann, dass in den nächsten Wochen mehr radioaktive Strahlung und giftige Stoffe austreten werden als in Tschernobyl. Diese furchtbaren Ereignisse in Fukushima machen eines sehr deutlich: Die Lebenslügen der Atomenergie sind zusammengebrochen wie ein Kartenhaus, die Atomkraft ist ein Irrweg, eine Technologie, die nirgendwo und zu keiner Zeit sicher beherrscht werden kann. Jetzt kann es nur noch um eines gehen, nämlich so schnell wie möglich aus der Atomkraft auszusteigen, und das ein für allemal.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Damit das gelingt, brauchen wir eine Energiewende, eine Hinwendung zu erneuerbaren Energien, zur Energieeinsparung und zur Energieeffizienz. Eingeladen hat dazu die Bundesregierung mit einem Energiegipfel, dieselbe Bundesregierung, die bisher als energiepolitischer Geisterfahrer unterwegs war, die noch vor wenigen Monaten, gegen jede Vernunft, die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängert hat und damit einen unverantwortlichen Kniefall vor der Atomlobby gemacht hat. Und jetzt wollen FDP und CDU die Energiewende einleiten. Dabei stellt sich allerdings die Frage, wie das gelingen soll angesichts der großen Stromkonzerne und Atomkonzerne, die sich auch weiterhin in einer Boykothaltung befinden, angesichts derjenigen Konzerne, die vom ersten Tag an den unter Rot-Grün vereinbarten Atomausstieg hintertrieben haben, obwohl sie sich doch selbst mit ihrer Unterschrift dazu verpflichtet haben. Dieselben Konzerne klagen jetzt nach Fukushima dagegen, dass die acht ältesten Schrottreaktoren vom Netz genommen worden sind. Es sind die gleichen Konzerne, die jetzt ihre Zahlungen eingestellt haben in den Fonds zum Ausbau erneuerbarer Energien, diejenigen Konzerne, die neben der Atomkraft auch auf Kohle setzen, was die Einhaltung unserer Klimaziele unmöglich machen wird. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie mit diesen Konzernen als Partner eine Energiewende eingeleitet werden soll. Diese Frage stellt sich nicht nur in Berlin beim Energiegipfel, sie stellt sich in Hamburg ganz unmittelbar. Das Auslaufen der Konzessionsverträge für Strom, Gas und Fernwärme bietet die einmalige Chance, die Energienetze endlich wieder in öffentliche Hand zu bekommen

(Beifall bei der GAL)

und damit den Atomkonzernen Vattenfall und E.ON in Hamburg endlich die Rote Karte zu zeigen, damit aus HAMBURG ENERGIE, dem städtischen Energieversorger, den die Grünen in der letzten Legislaturperiode gegründet haben, endlich

ein richtiges Stadtwerk werden kann in vollständigem Besitz der Energienetze,

*(Olaf Ohlsen CDU: Das haben die Grünen alleine gemacht!)*

das Strom aus erneuerbaren Energien liefert, ohne Atom und ohne Kohle, und das dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Das ist der Weg, mit dem wir jetzt durch eine Energiewende dafür sorgen können, dass Energiepolitik in dieser Stadt im Sinne der Bürgerinnen und Bürger erfolgen kann. Das wird aber ohne Konflikte mit den großen Atomkonzernen nicht gehen. Dabei stellt sich eine Frage: Wie werden Sie es mit den Atomkonzernen halten, Herr Bürgermeister? Haben Sie den Mut und den Willen, in den Konflikt zu gehen, um in Hamburg eine Energiewende herbeizuführen, die das Wort auch wirklich verdient, oder haben Sie dies nicht? Das ist die entscheidende Frage, um die es in den nächsten Monaten gehen wird. Daran werden wir Sie messen und nicht an schönen Worten auf Energiegipfeln. – Schönen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der LINKEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort bekommt Herr Duwe.

**Dr. Kurt Duwe** FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin zwar das älteste Mitglied in der FDP-Fraktion, aber doch ein bisschen sportlich.

(Vereinzelter Beifall bei allen Fraktionen)

Ich will meinen Beitrag auch sportlich wiedergeben mit einer sachlichen Information über einen wesentlichen Grund, warum das Moratorium ausgesprochen worden ist.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Waren die Landtagswahlen!)*

Es ist die Pflicht jeder Regierung, Schaden von den Menschen abzuwenden. Die Sicherheitslage in Japan war natürlich nicht überschaubar. Aber bei den Überprüfungen wird es unter anderem auch darum gehen, Lehren aus Japan zu ziehen. Das wird in zwei Fällen sehr spannend werden, nämlich zum einen bei der Auslegung von Kernkraftwerken, also bei den Grundlagen beim Bau von Kernkraftwerken. In Japan geht es wahrscheinlich darum, dass dieser Reaktor an der falschen Stelle stand, das sage ich einmal als Fachmann.

(Heiterkeit bei der GAL und der LINKEN)

Er war nämlich für eine Tsunamiwelle konzipiert, diese Tsunamiwelle war aber höher, als berücksichtigt wurde. Das Schlimme ist eigentlich, dass es schon Statistiken gab, als dieses Kernkraftwerk gebaut wurde, die beinhalteten, dass es auch hö-



**(Dr. Kurt Duwe)**

here Tsunamiwellen geben kann. Solche Fehler bei der Konzeption und der Auslegung von Kraftwerken müssen noch einmal überprüft werden, das ist eine Regierung ihrer Wählerschaft schuldig.

(Beifall bei der FDP)

Energiewende hört sich dramatisch an und ich verstehe auch, dass wir unseren Fokus auf die Kernkraft und die Sicherheit der Kernkraftanlagen setzen und dass man schnellstmöglich aus dieser Technologie herauskommen will. Es ist Konsens unter demokratischen Parteien, auch im Bundestag, dass man nicht gleich alles abschalten will. Es ist nur eine Frage der Schnelligkeit. Ich unterstelle jedem, dass er oder sie natürlich mit Eifer daran arbeitet, möglichst schnell aus dieser Technologie herauszukommen. Nur müssen wir auch die Randbedingungen bedenken, die wir dabei zu beachten haben. Wir werden andere Planungen haben, wir haben andere Optionen, sowohl wirtschaftlicher als auch ökologischer und gesellschaftlicher Art. Wenn wir schneller aussteigen, bedeutet das eventuell, dass wir Planungsprozesse viel schneller durchführen müssen. Es ist jedoch eine Einschränkung der demokratischen Bürgerrechte,

(Heike Sudmann DIE LINKE: Die Laufzeitverlängerung aber nicht!)

wenn wir zu dem Ergebnis kommen, dass wir zum Beispiel bei erneuerbaren Energien schneller voranschreiten wollen und die Grundlastfähigkeit erhöhen wollen.

Dann kommt noch die tolle Frage nach der Bioenergie, der Umweltverträglichkeit dieser Energiequelle und auch ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz. Dort müssen wir Antworten geben können, die vielleicht nicht allen gefallen.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Was genau wollen Sie jetzt?)

Die Diskussion um diesen Energiemix, den wir in Zukunft haben werden, und die Schnelligkeit, in der man umstellt, wird sehr viel härter werden, als Ihnen vielleicht klar ist. Wir können natürlich einfach sagen, dass wir aus einer Technologie aussteigen, das ist okay. Dann müssen wir aber auch sagen, welche Prioritäten wir setzen, ob wir ganz schnell in die erneuerbaren Energien kommen und gleichzeitig halb Deutschland mit Maisfeldern bepflanzen wollen; ich sage das einmal ganz plakativ.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Es gibt auch andere!)

– Oder andere, eben.

Diese Diskussion muss jetzt schon viel intensiver geführt werden. Wir werden die Ergebnisse der Kommission vielleicht im Juni erhalten, nur dann kann eigentlich erst die richtige Diskussion beginnen. Das, was wir jetzt machen, ist im Nebel stehen.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Sie ja!)

Ich hatte auch gesagt, dass die demokratischen Parteien in diesem Lande sich darüber einig sind, jetzt nicht den Schalter umlegen zu können. Dass es aus Ihrer Partei den Vorschlag gibt, alles gleich abzuschalten, verstehe ich. Sie waren schließlich früher einmal der Meinung, dass sozialistische Kernkraftwerke sichere Kernkraftwerke wären.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist ein tiefer Griff in die Klamottenkiste! – Heiterkeit bei Dora Heyenn DIE LINKE)

– Ja, genau.

Wenn wir jetzt alle Kernkraftwerke bis 2016 oder 2018, wie die Grünen es vorschlagen, abschalten wollen, dann ist das unrealistisch. Ich gehe eher davon aus, dass die Wilhelmsburger Reichsstraße bis dahin schon verlegt ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP – Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist ein super Vergleich!)

**Präsidentin Carola Veit:** Frau Heyenn, Sie haben das Wort.

**Dora Heyenn DIE LINKE:\*** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Durch den Titel, den die SPD zur Aktuellen Stunde angemeldet hat, habe ich erwartet, Herr Dressel, dass wir so etwas wie ein Konzept für die Energiewende in Hamburg erfahren.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Die Debatte ist noch nicht zu Ende!)

Davon sind wir aber leider weit entfernt. Ich habe im Übrigen während der ganzen Beiträge eigentlich mehr Konzeptionslosigkeit vernommen als Konzepte.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie sieht es zurzeit in Hamburg aus? Wir haben ein Kohlekraftwerk in Moorburg in Bau, es ist geplant, eine Fernwärmeleitung quer durch Altona zu legen. Bis dahin sollen wir aus Wedel Fernwärme bekommen. Die Stromversorgung in dieser Stadt findet überwiegend durch den Konzern Vattenfall statt, bei den öffentlichen Gebäuden sogar zu 100 Prozent, und zwar mit Atomstrom aus Brokdorf. In der Regierungserklärung hat Bürgermeister Scholz eine klare Bekräftigung dieses Konstrukts einschließlich der Fernwärmeversorgung durch das Kohlekraftwerk Moorburg bestätigt. Nun sind beim Kraftwerksbau in Moorburg wieder Probleme aufgetaucht, und zwar sehr gravierende. Wann und ob es ans Netz geht, ist ungeklärt. Die Fernwärmetrasse wird durch ein Planfeststellungsverfahren zwei Jahre lang in der Prüfung bleiben, was der BUND erfochten hat und was wir sehr begrüßen. Die Frage ist aber, wie es da jetzt weitergeht. Die BSU hat darauf heute ganz lapidar geantwortet.

**(Dora Heyenn)**

tet, die Zeitfrage sei nebensächlich. Dann frage ich einfach zurück, ist denn das Kohlekraftwerk Moorburg überflüssig? Wir sagen ja.

(Beifall bei der LINKEN)

Hinzu kommt, dass eine Fernwärmeversorgung auf Kohlebasis – dies ist gerade festgestellt worden – den Klimazielen widerspricht. Dazu hätten wir gern etwas vom Senat und von der SPD gehört, wie dies mit der Energiewende zusammenpasst. HAMBURG ENERGIE bleibt neben ersten Gehversuchen mit einer Fotovoltaikanlage, mit der Windenergie in der Kläranlage Dradenau und dem Energiewerk Georgswerder reiner Stromhändler. Von einem Energieproduzenten, also einem Stadtwerk, ist HAMBURG ENERGIE weit entfernt. Mit seinem Anteil an erneuerbaren Energien liegt Hamburg im Vergleich zu den anderen Bundesländern an vorletzter Stelle. Ich hätte auch ein bisschen mehr als drei, vier weitere Standorte für Windenergie erwartet. Das ist zu wenig, Herr Dressel.

(Beifall bei der LINKEN)

Ausstieg aus der Atomenergie so schnell wie möglich. Diesem Motto verschreiben sich alle, von der CDU bis zur LINKEN. Nur, unter schnell verstehen alle etwas anderes, wie wir eben gehört haben. Die einen sagen, im Jahr 2020, die anderen 2017, aber immer mit der Einschränkung: wenn möglich. Die LINKE ist für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie, was wir auch begründen wollen.

Die Bundesregierung hat ein Moratorium angeordnet und an den Voraussetzungen für diese Entscheidung wird sich auch in den nächsten Wochen und Monaten in Deutschland nichts ändern. Das ist kein Grund, die abgeschalteten Atomkraftwerke wieder anzufahren. Wir fordern, dass sie stillgelegt werden.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Da das Moratorium keine Rechtsgrundlage darstellt, haben jetzt die großen Konzerne Schadensersatzforderungen gestellt. Deshalb fordern wir von der LINKEN unverzüglich ein Atomausstiegsgesetz und hierzu muss die Bundesregierung bis zum 30. April 2011 einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorlegen, falls der Ausstieg ernst gemeint ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Die LINKE fordert darüber hinaus eine Verpflichtung im Grundgesetz, um den Ausstieg aus der Atomenergie unumkehrbar zu machen. Es soll nicht wieder passieren, dass ein Atomkonsens von einer neuen Regierung revidiert werden kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun zum Thema falscher Standort. Eben habe ich gehört, Fukushima stehe am falschen Standort. Je-

des Atomkraftwerk steht an einem falschen Standort.

(Beifall bei der LINKEN, der GAL und der SPD)

Es gibt keine sicheren Atomkraftwerke. Jedes birgt ein Restrisiko. Was das bedeutet, haben wir vor 25 Jahren in Tschernobyl und jetzt in Japan mit ansehen müssen. Ein drittes Tschernobyl darf es nicht geben und deshalb sind wir für den sofortigen Ausstieg.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen weder einen Übergang noch eine Brücke. Hermann Scheer hat gesagt, die Energie müsse dort erzeugt werden, wo sie gebraucht wird. Nichts ist schneller zu realisieren als der dezentrale Ausbau erneuerbarer Energien. Es gibt dafür ganz viele Konzepte von unterschiedlichen Leuten. Es ist nur eine Frage des politischen Willens.

Nun zu Norddeutschland. Wir haben jede Menge Offshore-Windparks, aber das sind privilegierte Felder für die großen Stromkonzerne. Die Erzeugung der Windenergie kann auch Onshore gemacht werden, was wesentlich billiger ist, als Windparks im Meer zu errichten. Dafür könnten sich Stadtwerke, Betreibergemeinschaften und Bürgerparks engagieren. Das wäre auch eine Aufgabe für diese Regierung.

Die Energiewende ist mehr als ein Ausstieg aus der Atomenergie und erneuerbare Energien bedingen auch neue Strukturen. Deshalb fordern wir die SPD auf, die Initiative "Unser Hamburg – unser Netz" zu unterstützen und eine hundertprozentige Rückkehr der Energienetze in die öffentliche Hand herbeizuführen. Wir wollen, dass die gesamten Energiekonzerne rekommunalisiert werden. Wir wollen die Energie wieder zurück in die öffentliche Hand. Nur dann ist der Ausstieg aus der Atomenergie möglich.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort erhält der Erste Bürgermeister Herr Scholz.

**Erster Bürgermeister Olaf Scholz:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Zeitalter der Atomkraft ist vorbei. Diese Erkenntnis hat sich in Deutschland seit Jahrzehnten verfestigt. Und da es in aufgeregten Zeiten immer ganz sinnvoll ist, ein bisschen innezuhalten, möchte ich noch einmal an die Entwicklung erinnern, die wir in diesem Lande hatten, und den ersten Satz aus einem früheren Programm der sozialdemokratischen Partei zitieren. Da stand Ende der Fünfzigerjahre am Anfang ein kleines Gedicht mit den Worten:

"Das ist der Widerspruch unserer Zeit, dass der Mensch die Urkraft des Atoms entfesselte und sich jetzt vor den Folgen fürchtet."

**(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)**

Das klingt wie auf die jetzige Situation zugeschnitten, bezog sich aber auf die Gefahren der atomaren militärischen Explosionen und der damit immer verbundenen Vernichtung von Leben. Trotzdem hielt man noch immer an der Idee fest, es könne auch eine friedliche Nutzung der Kernenergie geben. Davon haben sich die meisten Bürger und auch die sozialdemokratische Partei schon lange verabschiedet.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Bürgerinnen auch!)

Ich erinnere mich gut daran, dass einige der hier anwesenden Abgeordneten und auch ich selbst damals, als es um die Atomkraftwerke rund um Hamburg ging, an Anti-AKW-Kundgebungen teilgenommen hatten. Ich möchte ausdrücklich daran erinnern, dass es Bürgermeister Hans-Ulrich Klose war, der seine neuen Gedanken zu diesem Thema zum Inhalt politischer Auseinandersetzung gemacht und sich sehr dafür eingesetzt hat, aus der Atomenergie wieder auszusteigen.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Prozess eines langen gesellschaftlichen Umdenkens angesichts der Gefahren der Atomenergie führte dazu, dass 2002 der Deutsche Bundestag unter der Regierung Schröder/Fischer den Ausstieg aus der Atomenergie beschloss und darüber auch einen Vertrag mit der Atomwirtschaft abschließen konnte. Als Abgeordneter des Deutschen Bundestages war ich sehr froh darüber, den Ausstieg mit beschlossen zu haben. Betonen möchte ich auch, dass es einer der größten politischen Fehler der Kanzlerin gewesen ist, einen einmal erreichten gesellschaftlichen Konsens über den Ausstieg wieder aufzukündigen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Jetzt müssen wir mit den Folgen dieser komplizierten Entscheidung umgehen, denn natürlich sind durch die Verlängerung der Laufzeiten, die die jetzige Bundesregierung und die Mehrheit im Deutschen Bundestag beschlossen haben, Rechtsansprüche entstanden, die wir wieder beseitigen müssen. Das wird nicht einfach sein. Um es etwas einfacher zu machen, hat sich der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg entschlossen, bei der Klage gegen diese Laufzeitverlängerung ohne Beteiligung des Bundesrates mitzumachen.

(Beifall bei der SPD)

Die Freie und Hansestadt Hamburg und ihr Senat werden jetzt auch im Bundesrat einen Gesetzesantrag einbringen, in dem es darum geht, per Gesetz die Laufzeiten der Atomkraftwerke zu begrenzen, dafür zu sorgen, dass die Laufzeitverlängerung zurückgenommen wird, und sicherzustellen, dass alle jetzt neu stillgelegten Kraftwerke einschließlich Brunsbüttel und Krümmel nie wieder ans Netz gehen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das ist übrigens auch die Grundlage dafür, dass wir einen neuen Atomkonsens in Deutschland zustande bringen, an dem mir sehr viel liegt. Es macht Sinn, dass die Bundesregierung, die Mehrheit des Deutschen Bundestages und die Mehrheit der Länder gemeinsame Gesetze über den Ausstieg aus der Atomenergie beschließen. Aber diese Gesetze müssen jetzt auch schnell kommen. Es kann nicht beim Nachdenken bleiben. Wir müssen endgültig den Ausstieg aus der Atomenergie in Deutschland zustande bringen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Dazu gehört auch, dass wir all das voranbringen, was für eine wirkliche Energiewende in Deutschland notwendig ist. Ein ganz wichtiges Thema ist die Nutzung der Windenergie, insbesondere auch die Nutzung der Windkraft offshore. Das ist übrigens für Hamburg, für seine Engineering-Kapazitäten, für viele Unternehmen, die hier aktiv unterwegs sind, eine große Gelegenheit, sich wirtschaftlich zu betätigen und wirtschaftlichen Erfolg zu erzielen. Darum werden wir uns in einem Bündnis aller norddeutschen Länder dafür einsetzen, dass bei diesem Energiekonsens neben dem Onshore auch der Offshore-Ausbau der Windenergie eine große Rolle spielt und dass wir die notwendigen Leitungskapazitäten errichten, um den im Norden erzeugten Strom auch in den Süden und Westen Deutschlands zu bringen. Das muss jetzt mithilfe vieler Gesetze schnell möglich werden. Wir werden dazu unseren Beitrag leisten.

(Beifall bei der SPD und bei *Anjes Tjarks GAL*)

Neben erneuerbaren Energien werden wir in den nächsten Jahren auch andere haben. So ist zum Beispiel das Kohlekraftwerk Moorburg durch die Genehmigungsentscheidung einer grünen Senatorin schon auf den Weg gebracht und von einem schwarz-grünen Senat vorangebracht worden. Wenn es ans Netz geht, wird es ein Beitrag zu Hamburgs Energiesicherheit sein.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Darüber hinaus muss es einen Beitrag zur Fernwärmeversorgung in Hamburg leisten. Das ist selbstverständlich der Fall, denn moderne Kohlekraftwerke machen nur dann Sinn, wenn sie an das Fernwärmenetz angeschlossen werden. Das war von Anfang an so geplant und deshalb sollte es auch dazu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Aber dabei werden wir es nicht belassen, sondern wir müssen unseren Einfluss auf die Entwicklung der Netze ausbauen. Dazu haben wir einen sehr klaren Plan, der darin besteht, dass wir einen stra-

**(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)**

tegischen Einfluss auf alle Hamburger Netze bekommen wollen, also am Strom-, Gas- und auch Fernwärmeverteilnetz. Wir müssen den Fuß in der Tür haben und darauf Einfluss nehmen können, was mit diesen Netzen gemacht wird und wie die damit zusammenhängenden Erzeugungskapazitäten hergestellt werden. Deshalb macht es Sinn, diese Möglichkeit zu nutzen. Wir brauchen allerdings nur einen strategischen Einfluss. Es ist eine falsche und übrigens unbezahlbare Machtfantasie, alle Anteile in die öffentliche Hand übernehmen zu wollen. Das können wir nicht leisten und das ist auch nicht nötig.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir all das andere tun, dann leistet Hamburg seinen Beitrag zum Klimawandel. Am allerwichtigsten dabei ist, dass diese Stadt und ihr Senat jetzt alles dafür tun werden, dass der überfällige Ausstieg aus der Atomenergie endlich gelingt. Ein zweiter Ausstieg ist notwendig, nachdem der erste durch eine politische Fehlentscheidung verpatzt worden ist. Es ist Zeit, das jetzt zu korrigieren. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort erhält Herr Hesse.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Der Moorburg-Fan!)

**Klaus-Peter Hesse CDU:**\* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kernenergie als Brückentechnologie, das ist in diesem Parlament anscheinend unstrittig. Dass Kernenergie sicher, preisgünstig und umweltverträglich sein soll, denke ich auch. Okay, für die Grünen und die LINKEN ist Kernenergie keine Brückentechnologie. Die wollen die Kernenergie morgen abschalten

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Ja, genau!)

und dann gucken, was mit der Stromversorgung passiert. Das halten wir einmal kurz so fest.

(*Gabi Dobusch SPD:* Er hat nicht richtig zugehört!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der ganzen emotionalen Diskussion über Kernenergie ist nicht zu vergessen, dass zwei Drittel des gesamten Strombedarfs in Deutschland Gewerbe- und Industriestrom sind. Das muss man wissen, wenn man über Endverbraucher spricht, und das muss man auch wissen, wenn man über den Industriestandort Deutschland spricht. Wir müssen bei der ehrlichen Diskussion über Kernenergie auch darüber sprechen, wie die Wechselwirkung zwischen Energie und Klima ist. Lieber Herr Scholz, ich habe eben applaudiert, als Sie das Kohlekraftwerk Moorburg angesprochen haben. Wir wissen aber auch beide, dass Kohlekraftwerke entspre-

chende CO<sub>2</sub>-Emissionen haben und dadurch nicht sehr klimaverträglich sind. Wer also Kernenergie sofort abschalten möchte, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen und von der LINKEN, der muss – wenn er eine Alternative haben will – auch wissen, dass das voraussichtlich Kohleenergie sein wird. Das heißt, dass der Klimawandel beschleunigt wird und wir höhere CO<sub>2</sub>-Emissionen haben werden. So viel gehört zur Ehrlichkeit auch dazu.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen den Menschen auch sagen, dass Strom teurer wird. Auch das wird häufig vergessen in der Diskussion.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Ist ja bisher immer billiger geworden!)

Wenn wir jetzt die Kernenergie abschalten und selbst, wenn wir nur die beabsichtigten Kernkraftwerke abschalten, werden wir schon jetzt prophezeien können, dass 2020 der Strompreis nicht mehr unter 4 Cent pro Kilowattstunde liegen wird. Auch das gehört zur Ehrlichkeit dazu, wenn man mit den Menschen spricht.

Es gehört auch zur Ehrlichkeit dazu, dass wir sagen müssen, dass wir nicht auf einer Insel in Deutschland leben, sondern dass es in Europa 14 Länder gibt, die auch Kernkraftwerke haben und sich nicht dafür interessieren, was wir heute gerade in der Hamburgischen Bürgerschaft diskutieren und ob wir aussteigen wollen, sondern die sich nur darauf freuen, den Strom nach Deutschland zu importieren, wenn wir nicht ein sinnvolles und nachvollziehbares Konzept für eine Nachversorgung beschließen.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt komme ich zu Herrn Scholz. Lieber Herr Scholz, ich war letzte Woche bei einem Vortrag von Herrn Vahrenholt, der sich zum Thema EEG-Gesetz geäußert und auch etwas zu den von Ihnen eben geforderten und auch befürworteten Offshore-Anlagen gesagt hat. Er hat gesagt, wer Offshore-Anlagen möchte, der muss wissen, dass sie gegen EU-Recht verstoßen. Das heißt, Offshore-Anlagen widersprechen dem Tierschutz in den Meeren. Jetzt können wir sagen, als Freunde erneuerbarer Energien interessiere uns das nicht. Aber man muss wissen, liebe Freunde von den LINKEN und den Grünen,

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* Und Freundinnen!)

dass man mit den Alternativen auch sehr, sehr schnell vorankommen muss, wenn man erneuerbare Energien schnell haben möchte. Das heißt, wir müssen im Parlament oder auch im Bundestag erstens die Frage beantworten, wie wir mit Verbandsklagen verfahren, wenn erneuerbare Energien entstehen. Wir müssen zweitens die Frage klä-

**(Klaus-Peter Hesse)**

ren, was wir mit dem Naturschutzgesetz machen. Wo hebeln wir es aus, um im Zweifelsfall erneuerbare Energien durchzuführen? Wir müssen uns zum Beispiel auch Gedanken machen über den Aspekt Lärm im Bereich von Windenergie und ob wir in einem gewissen Umfeld von erneuerbaren Energien auch das Klagerecht in irgendeiner Form aushebeln. Es ist also nicht so einfach, wie man immer meint, es darstellen zu können. Einfach einmal aus allem auszusteigen, keine Kohlekraftwerke, keine Kernkraft haben zu wollen und in Deutschland alle Rechte wie gehabt beizubehalten, das funktioniert so nicht.

(Beifall bei der CDU)

Insofern gebe ich, Herr Scholz, Ihrem ehemaligen Kollegen Vahrenholt recht, der sagt, ein Atomausstieg müsse mit Augenmaß geschehen, man dürfe den Industrie- und Wirtschaftsstandort beim Übergang zur regenerativen Energie nicht gefährden und man müsse sich auch überlegen, wie man es ermöglichen könne, mit den rechtlichen Voraussetzungen klarzukommen.

Noch vor der Sommerpause wird die Bundesregierung das EEG-Gesetz vorlegen, das auch neue Voraussetzungen für erneuerbare Energien schafft. Die Bundesregierung ist meiner Meinung nach mit dem Moratorium den richtigen Weg gegangen. Wir werden aber nicht umhinkommen, die von mir eben aufgeworfenen Fragen zu beantworten. Seitdem ich in diesem Parlament bin, habe ich gerade von den Kollegen der Grünen, aber auch von den LINKEN keine Antwort auf die von mir gestellten Fragen erhalten, wie sie die Energie in Zukunft sichern wollen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Da haben Sie nicht zugehört!)

Liebe Frau Heyenn, was Sie vorgestellt haben, war alles andere als ein Konzept dafür. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort erhält Frau Dr. Schaal.

**Dr. Monika Schaal** SPD:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Hesse, da Sie nun gerade den Wirtschaftsstandort Deutschland heraufbeschworen haben, muss man vielleicht auch noch einmal an einen anderen Aspekt der Laufzeitverlängerung erinnern. Der Zickzackkurs der Bundesregierung hat der Energiewirtschaft einen milliardenschweren Investitionsstau beschert, vor allen Dingen bei erneuerbaren Energien wie Kraft-Wärme-Kopplung und bei hoch effizienten Gaskraftwerken. Daran sollten Sie auch denken, denn was die konservative Bundesregierung im Herbst letzten Jahres abgeliefert hat, war alles andere als ein stimmiges Energiekonzept. Es ging allein um die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke. Netzaus-

bau, Effizienz, Kraft-Wärme-Kopplung, Gaskraftwerke, moderne Kraftwerke, alles das stand überhaupt nicht zur Debatte. Erneuerbare Energien wurden allein als Störfaktor für die Atomenergie definiert und entsprechend an den Rand gedrängt. Das muss sich ändern und das wird sich ändern.

(Beifall bei der SPD – Birgit Stöver CDU: Haben Sie das Konzept mal gelesen?)

Frau Stöver, es ist richtig, wenn Sie sagen, die Sicherheit sei ein zentrales Thema. Dann sollten Sie allerdings auch erklären, warum die CDU das Regelwerk für die Sicherheitsstandards bei der Überprüfung von Atomkraftwerken bei dem von ihr gezimmerten Atomkonsens außer Kraft gesetzt hat. Das versteht kein Mensch, das ist nicht logisch.

(Beifall bei der SPD)

Es ist Zeit, dass die Bundesländer gehört werden. Aber an den Tisch gehören auch die Vertreter der Energiewirtschaft und nicht nur die vielen Energie-Dinosaurier. Das hat die SPD-Fraktion vor mehr als einem Jahr auch schon gefordert und darum ist es Zeit, dieses Thema jetzt entsprechend zu behandeln.

Hildegard Müller, die Merkel-Vertraute und Hauptgeschäftsführerin des BDEW, ist sehr für den Ausstieg aus der Atomenergie, Herr Hesse, und auch die Hamburger Handelskammer ist dafür. Dann kann es wohl nicht sein, dass die Handelskammer die Interessen der Industrie nicht berücksichtigt, und auch der BDEW wird sich das gut überlegt haben. Frau Müller will übrigens die Umweltverbände in einen Energiekonsens mit einbeziehen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das geht auch nicht anders!)

Recht hat sie, wer Konsens will, muss alle mitnehmen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Mit der Diskussion über den beschleunigten Atomausstieg haben die vier Energie-Dinosaurier sozusagen zur verbalen Abwehrschlacht angesetzt und offensichtlich haben sich die Hamburger CDU und die Hamburger FDP hier nahtlos eingereiht, allen voran das Schlachtross Hesse, das jetzt auch noch den Naturschutz entdeckt hat. Bravo, Herr Hesse.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Till Steffen GAL und Heike Sudmann DIE LINKE)

Die als Erstes heraufbeschworene Stromlücke hat sich inzwischen als Phantom erwiesen und die vermeintliche Exportabhängigkeit zeigt sich allenfalls, Herr Hesse, auch nur als eine Momentaufnahme. Man muss da schon differenziert hingucken. Deutschland ist und bleibt Nettostromexporteur.

Die Energiewende sei nicht bezahlbar, heißt es immer wieder. Dieses Argument wird formuliert, um

**(Dr. Monika Schaal)**

der Bevölkerung Angst einzujagen. An der Leipziger Strombörse ist der Strompreis für 2012 von 5,3 Cent auf 5,9 Cent gestiegen, Herr Hesse, und kostet also längst nicht mehr 4 Cent pro Kilowattstunde. Das sind sozusagen Friedenspreise. Der Strompreis schwankt in letzter Zeit zwischen 5 Cent und 9 Cent und das ist weniger als die Hälfte des Marktpreises vor Steuern. Der Strompreis, den wir zahlen, wird nicht an der Börse, sondern von den Energieunternehmen bestimmt. Sie können nehmen, was der Markt hergibt, weil auf dem Strommarkt so gut wie kein Wettbewerb besteht.

*(Klaus-Peter Hesse CDU: Da wissen wir ja, wo es hingehet, Frau Schaal!)*

Die letzten Strompreiserhöhungen wurden damit gerechtfertigt, dass die erneuerbaren Energien beziehungsweise die Umlage dafür so hoch sei. Das stimmt nicht. Die Bundesnetzagentur hat kritisiert, dass die Preiserhöhung weitaus höher ausgefallen ist, als an Preiserhöhungen abgenommen wird. Eine Konsequenz hatte diese Kritik allerdings nicht.

Wenn auf die Laufzeitverlängerung verzichtet wird, werden viel mehr mittelständische Energieanbieter – vor allen Dingen Anbieter von erneuerbarer Energie und Energie aus dem Bereich Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen – auf den Markt drängen. Dadurch wird der Wettbewerb angekurbelt und die Preise werden tendenziell eher sinken als steigen, was auch richtig ist.

*(Beifall bei der SPD)*

Dass die Abschaltung der Atomkraftwerke die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland schädigt, ist auch ein Märchen. Frankreich deckt seinen Energiebedarf zu 75 Prozent aus Atomkraft, Deutschland – selbst wenn alle Atomkraftwerke betrieben werden – nur zu 23 Prozent. Exportweltmeister sind aber die Deutschen, das darf ich einmal in aller Bescheidenheit sagen. Diese Entwicklung wird mit grünen Technologien noch weiter vorangetrieben und der Atomausstieg wird Hamburg besonders gut tun, weil bei uns grüne Technologien zu Hause sind.

*(Beifall bei der SPD – Glocke)*

**Präsidentin Carola Veit** (unterbrechend): Frau Schaal, sehen Sie das rote Licht?

**Dr. Monika Schaal** (fortfahrend): Ja, ich sehe das rote Licht. Vielleicht noch eine Bemerkung.

*(Heiterkeit bei allen Fraktionen)*

Ein Energiekonzept werden wir vorlegen, Frau Heyenn. Es ist wichtig und wir machen das auch.

*(Beifall bei der SPD)*

**Präsidentin Carola Veit:** Herr Kerstan, Sie haben das Wort.

**Jens Kerstan GAL:\*** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, immer wenn es um die Bundesebene geht, können wir Ihnen gut zustimmen. Es ist für Sie relativ einfach zu sagen, Sie unterstützen dies und Sie unterstützen das, weil Sie ganz genau wissen, dass Sie persönlich dafür nicht einstehen müssen. Aber immer dann, wenn es um Hamburg geht, werden Sie erstaunlicherweise sehr unkonkret, obwohl Sie doch jetzt mit absoluter Mehrheit entscheiden könnten. Was mich wirklich verwundert und ich Ihnen nicht einfach so durchgehen lassen möchte, ist, dass Sie als Sozialdemokrat nicht nur im Ruhrgebiet, sondern auch in Hamburg immer wieder sagen, Kohle sei eine gute Sache. Von einem Bürgermeister, der einer Partei vorsteht, die mit absoluter Mehrheit regiert, würde ich mir schon wünschen, dass er sich vor politischen Ansagen, wie zum Beispiel, dass das Kohlekraftwerk Moorburg auch zur Fernwärmeversorgung eingesetzt werden müsse, erst einmal sachkundig macht. Das haben Sie nicht getan, Herr Scholz.

*(Beifall bei der GAL)*

Jeder, der das Kohlekraftwerk Moorburg kennt, hält es für ein Märchen, dass es bei gleichzeitiger Auskopplung von Fernwärme effizienter werden würde.

*(Beifall bei Dr. Till Steffen GAL)*

Das ist schlicht und ergreifend nicht wahr, Herr Bürgermeister. Ihre Umweltsenatorin kann Ihnen das wahrscheinlich im Moment noch nicht sagen – sie hat sich in dieses Thema noch nicht einarbeiten können –, aber es gibt in ihrem Hause mit Sicherheit andere, die Ihnen das im Auftrag der Umweltbehörde erstellte Gutachten erklären können. Darin steht, dass die Klimaschutzziele dieser Stadt nicht eingehalten werden können, sobald das Kohlekraftwerk Moorburg für die Fernwärmeversorgung in Hamburg eingesetzt wird. Dann müssten wir uns mit dem Ausstieg aus der Atomenergie in der Tat zwischen Pest und Cholera entscheiden,

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Aber es war schon die GAL, die das genehmigt hat!)*

weil wir dann in Hamburg den Klimawandel befördern würden anstatt ihm entgegenzuwirken. Das haben Sie eben falsch dargestellt, Herr Bürgermeister. Wir würden uns sehr von Ihnen wünschen, dass Sie sich, bevor Sie solche Behauptungen in die Welt setzen, das erforderliche Wissen aneignen.

*(Beifall bei der GAL und bei Christiane Schneider und Dora Heyenn, beide DIE LINKE)*

Zum anderen muss man sagen, dass Sie bei allem Pathos und weltmännischen Auftreten eben eine Kampfansage an die Hamburger Bevölkerung getätigt haben. Umfragen belegen, dass die Mehrheit

**(Jens Kerstan)**

der Bevölkerung in dieser Stadt möchte, dass die Energienetze größtenteils, wenn nicht sogar zu 100 Prozent, in die öffentliche Hand kommen. Sie selbst haben allein aufgrund einer Umfrage ein wichtiges Hamburger Infrastrukturprojekt gekippt, nämlich die Stadtbahn, gegen die sich die Mehrheit der Bevölkerung ausspricht. Da haben Sie sofort gesagt, Sie würden sie nicht realisieren. Ich stelle jetzt einfach die Frage: Wenn Sie sich so gerne nach den Umfragen richten, warum hören Sie dann in dieser existenziellen Frage nicht auf die Bevölkerung und setzen sich dafür ein, dass die Energienetze zu 100 Prozent in die öffentliche Hand geraten? Das wäre eine richtige Energiewende und nicht diese Scheindebatte, die Sie angestrengt haben, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der LINKEN)

Um dieses Thema wird es in den nächsten Wochen und Monaten gehen, denn die Bürgerinnen und Bürger werden Ihnen zu Recht die Frage stellen, wie Sie es mit dem Stromnetz halten. Dazu kann man doch nur eines sagen: Was soll es der Stadt bringen, 25 Prozent an den Netzen zu erwerben, womit man keinen Einfluss auf die Geschäftspolitik dieses Konzerns erhält, sondern diesem Konzern das Geld einfach hinterher schmeißt? Ich kenne keine größere Verschwendung von Steuermitteln, als Vattenfall 25 Prozent abzukaufen und ihnen die Kontrolle der Netze zu überlassen. Was Sie da vorhaben, ist unverantwortlich, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der GAL)

Wenn es Ihnen also ernst ist mit der Energiewende – und ich glaube Ihren Worten am Anfang Ihrer Rede, wie so viele von uns haben auch Sie damals gegen die Atomkraft demonstriert –, dann müssen Sie als Bürgermeister dieser Stadt jetzt einmal Mut haben, sich womöglich auch Ärger einhandeln und sich gegen Atomkraftkonzerne zur Wehr setzen und ihnen die Netze wegnehmen, damit in dieser Stadt endlich einmal wieder Energiepolitik zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger gemacht wird und nicht nur für die großen Konzerne. Dafür brauchen Sie Mut und den fordern wir von Ihnen ein. Daran werden wir Sie messen und nicht an Ihren schönen Worten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort erhält Herr Duwe.

**Dr. Kurt Duwe** FDP: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich könnte noch schneller ans Mikrofon kommen, aber Sport hat bekanntlich etwas mit Wettbewerb zu tun und damit wären wir beim Thema.

Was nützt uns denn ein deutscher Staatskonzern, der einen schwedischen Staatskonzern ablöst? Wichtig ist, dass wir Energieunternehmen haben, die miteinander im Wettbewerb stehen. Mir als Liberalem würde es wesentlich besser gefallen, viel mehr kleinere Energieunternehmen im Markt zu haben als vier große. Auch wir sind keine Freunde von irgendwelchen großen Konzernen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Nur bei den Hoteliers!)

Ich könnte auch Herrn Kerstan unterstellen, dass er Freunde in der Wind-Lobby und in der Bionergie-Lobby hat und so weiter und so fort.

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* Bitte in diesem Hause Freunde und Freundinnen!)

Wer jetzt tatsächlich die Energienetze verstaatlichen möchte, muss auch sagen, woher er das Geld dafür nehmen will und sich fragen, ob er dieses Geld nicht irgendwo anders besser investieren kann. Deshalb ist es völliger Blödsinn, in Hamburg eine Verstaatlichung durchzuführen.

(Beifall bei der FDP)

Sehen Sie sich einmal die einzelnen Posten im Hamburger Haushalt an und überlegen Sie sich, was Sie mit dem Geld, das Sie da rauswerfen, Besseres anstellen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Präsidentin Carola Veit:** Frau Sudmann, Sie haben das Wort.

**Heike Sudmann** DIE LINKE: Vielleicht können wir Herrn Duwes Energie auch noch einmal rückgewinnen und etwas Sinnvolles daraus machen. Aber eine Frage wurde bisher noch nicht gestellt, nämlich die K-Frage. Damit meine ich nicht die Kanzlerin-Frage – die, wenn es so weitergeht, wahrscheinlich auch bald dran ist – und auch nicht die Kommunismus-Frage, sondern ich meine die Kapitalismus-Frage.

Da Sie so schlau sind, frage ich Sie: Wie viel Geld, denken Sie, ist mit so einem AKW zu verdienen? Sie wissen es nicht? Wie schade. Aber es gibt ja auch noch Ihre Freunde und Freundinnen. Jedes alte AKW bringt pro Tag 1 Million Euro.

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Nicht ganz!)

– Von mir aus 999 999 Euro, Herr Hesse; den einen Cent schenke ich Ihnen.

Aber das ist so viel Geld, wobei da auch noch ganz andere Interessen im Spiel sind. Woher kommt es, dass mit Atomkraft so viel Geld zu verdienen ist? Das kommt unter anderem auch durch den von dem Herrn Bürgermeister so gelobten Kompromiss, den Rot-Grün damals geschlossen hat. Rot-Grün hat eine Garantie für den Weiterbe-

**(Heike Sudmann)**

trieb der AKWs gegeben und sichergestellt, dass jährlich – ich rechne das einmal hoch für die 17 AKWs, die jetzt noch da sind – 7 Milliarden Euro eingenommen werden. Und da könnten Sie wirklich noch einmal nachfragen, ob das so sein muss.

Das erklärt auch die Zögerlichkeit, die hier bei fast allen Reden von CDU, FDP und auch von SPD zu hören ist. Gegen diese großen Konzerne wollen Sie sich nicht stellen. Das ist aber nicht nur schade, sondern es wäre dringend notwendig, dass Sie da aktiv werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Als ich die ersten Reden hörte, auch die von Herrn Dressel, der ein bisschen herumeierte

(*Dr. Andreas Dressel SPD: No!*)

und alles Mögliche ansprach – Energiesparen tauchte bei ihm allerdings gar nicht auf, das gehört auch zu einem Konzept –, habe ich mir gesagt: Sei nicht so streng, dazulernen ist auch etwas Schönes. Allem Anschein nach wissen jetzt alle, dass sie sagen müssen, wir sind für den Atomausstieg,

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Wir sind das nicht erst seit gestern!*)

mit der Atomkraft geht es nicht weiter. Aber ich habe das Gefühl, da ist ganz viel heiße Luft dabei, leider keine Windenergie. Wenn ich Herrn Hesse höre, der von Brückentechnologie spricht, frage ich mich immer, wohin diese Brücke führen soll. Die Brücke der CDU geht doch nur ins Abseits. Und wenn Herr Hesse auf einmal sagt, wir müssen ganz stark auf den Rechtsstaat achten, dann sollte er einmal zurück in die Geschichte blicken. Als Gorleben als möglicher Endlagerstandort ausgesucht wurde, ist jegliches Recht gebrochen worden. Das wird heute alles vergessen. Von daher bin ich noch nicht optimistisch, solange ich keine Taten sehe.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat Herr Dr. Dressel.

**Dr. Andreas Dressel SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nur kurz an die Adresse von Frau Sudmann: Ich glaube, die SPD hat da wirklich keine Nachhilfe nötig,

(*Dirk Kienscherf SPD: Nee!*)

denn wir haben unsere Position seit den Achtzigerjahren weiterentwickelt. Der Bürgermeister hat ausgeführt, dass es eine der ersten Handlungen in der Regierungszeit von Rot-Grün auf Bundesebene war, diesen Konsens auf den Weg zu bringen. Da braucht die SPD wirklich keine Nachhilfe.

(Beifall bei der SPD)

Dann zu den Äußerungen des geschätzten Kollegen Kerstan: Der Bürgermeister macht am Freitag keinen bundespolitischen Ausflug. Wir haben vorher sehr deutlich angesprochen, dass es mit der Organisation des Atomausstiegs um eine elementare Lebensfrage für unsere Stadt geht und nicht um irgendeine Bundesratssitzung, wo Hamburg sich beteiligt und irgendwelche Initiativen auf den Weg bringt.

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Deswegen hat die Kanzlerin da auch eingeladen!*)

Es geht um eine elementare Frage für unsere Stadt und deshalb ist es genau richtig, dass der Bürgermeister sich in dieser Richtung positioniert hat.

(Beifall bei der SPD)

Die Grünen haben in Bezug auf Moorburg ein gewisses Trauma aufzuarbeiten, dass sie es waren, die dieses jetzt genehmigen mussten und genehmigt haben, weil die Rechtssituation so war. Das hätten wir uns auch durchaus anders vorstellen können, aber so ist es gewesen. Jetzt ist das ein Faktor, mit dem diese Stadt umgehen muss. Und unsere Position ist klar, es wird das Kraftwerk geben und wir müssen dafür sorgen, dass es so effizient wie möglich in die Energieversorgung dieser Stadt eingebunden wird. Das ist unsere Position und das ist auch vernünftig so.

(Beifall bei der SPD)

Bei den Netzen ist das mitnichten eine Kampfansage, sondern es geht darum, auch da einen Weg zu finden, Aufwand und Ertrag in ein vernünftiges Verhältnis zu setzen, nämlich zu versuchen, einen Fuß hineinzubekommen und in der Ausgestaltung zu erreichen, dass man bei den konkreten Modalitäten der Beteiligung das Maximum an Energiewende erzielt. Und dafür ist unser Konzept mit den 25,1 Prozent ein Einstieg. Wenn man 100 Prozent sagt, dann muss man in einer Zeit wie dieser auch sagen, wie das finanziert werden soll.

(*Vereinzelter Beifall bei der SPD – Dora Heyenn DIE LINKE: Das geht nicht über den Haushalt, das wissen Sie ganz genau!*)

Unser Ziel ist – und das gehört zur Redlichkeit dazu –, mit den 25,1 Prozent als Einstieg das Maximum an Energiewende hinzubekommen. Das muss man jetzt in Verträgen und so weiter ausarbeiten; man muss das sondieren und mit der Stadt diskutieren. Das ist der Einstieg. Und wenn man etwas anderes vorschlägt, dann muss man auch sagen, woher die Mittel kommen sollen, und nicht den Leuten Sand in die Augen streuen.

(Beifall bei der SPD)

Das wird heute nicht die letzte Debatte zu diesem Thema sein. Wir werden sicherlich noch etliche Anhörungen im Umweltausschuss dazu haben,



**(Dr. Andreas Dressel)**

wenn es um das Thema der Netze-Initiative geht. Aber lassen Sie uns wirklich versuchen, das gemeinsame Grundziel dabei nicht aus dem Auge zu verlieren, die Energiewende jetzt auf den Weg zu bringen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat Herr Kerstan.

**Jens Kerstan GAL:\*** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn wir gemeinsam für die Abschaltung der Atomkraftwerke sorgen, dann werden wir Seite an Seite gehen. Das ist auch gut so. Aber worum geht es hier in Hamburg? Es ist vielleicht für eine Regierungspartei recht einfach, weil auf Hamburger Gebiet kein Kernkraftwerk steht. Aber wir müssen uns doch in Hamburg bei der Energiewende um die Themen kümmern, bei denen wir Einfluss nehmen können. Und das sind in der Tat die Themen, womit produzieren wir Fernwärme und wer betreibt die Netze. Das sind die Bereiche, in denen wir ohne Verhandlungen mit dem Bund Entscheidungen treffen müssen, und diese Entscheidungen werden letztendlich darüber Aufschluss geben, ob in Hamburg die Energiewende gelingen kann oder nicht.

(Erster Vizepräsident Frank Schira übernimmt den Vorsitz.)

Und dann möchte ich dem geschätzten Kollegen Dressel noch etwas entgegnen: In Haushaltszeiten ist es immer ein Totschlagsargument zu sagen, wer kann denn das bezahlen. Das ist eine wichtige Frage und darauf braucht es auch eine Antwort. Darum habe ich jetzt das Wort ergriffen, damit dieses Märchen, dass wir uns das nicht leisten könnten, nicht im Raum stehen bleibt. Alle hier wissen, dass es beim Rückkauf der Energienetze überhaupt nicht um Steuermittel geht. Da muss kein Cent aus Steuermitteln eingesetzt werden. Das Konzept besteht darin, dass ein öffentliches Hamburger Unternehmen, nämlich HAMBURG WAS-SER oder deren Tochter HAMBURG ENERGIE, über Kredit diese Netze zurückkauft.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Und damit hat Hamburg gar nichts zu tun! – Zurufe von der CDU)

Wenn Sie jetzt sagen, das rechne sich nicht,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das können wir gerne besprechen!)

dann müssen Sie uns einmal erklären, warum sich der Kauf von 25 Prozent rechnet, aber der Kauf der Anteilsmehrheit auf einmal nicht. Entweder Sie erzielen mit dem Betrieb der Netze Gewinne oder nicht. Und wenn Sie damit keine Gewinne erzielen, dann wäre es unverantwortlich, 25 Prozent zu kau-

fen. Das wäre dann nämlich auch ein Minusgeschäft, Herr Dressel.

(Dr. Thomas-Sönke Kluth [FDP]: Da hat er recht!)

Insofern stimmt Ihre Argumentation vorne und hinten nicht und soll den Bürgern und Bürgerinnen nur Angst machen.

(Beifall bei der GAL)

Ich weiß, Sie hören es nicht so gerne, aber es bleibt dabei: Das ist eine Kampfansage an die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, wenn dieser Senat mit Alleinregierung dabei bleibt, dass er die Netze nicht zurück in öffentliche Hand holen wird.

(Arno Münster SPD: Hör auf, Kerstan, du hast nicht die Spur einer Ahnung!)

Deshalb werden wir in den nächsten Monaten auf die Volksgesetzgebung setzen müssen, damit die Bürgerinnen und Bürger diesem Senat, der in dieser Frage abgehoben hat, einmal sagen können, wo es lang gehen soll. Das wird die entscheidende Auseinandersetzung der nächsten Monate werden. – Vielen Dank.

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Das Wort hat Frau Heyenn.

**Dora Heyenn DIE LINKE:\*** Herr Dressel, was ist eigentlich eine Wende? Wenn man um 180 Grad dreht und in die andere Richtung fährt. Nun frage ich Sie, was ist denn eine maximale Wende? Wenn man bei 90 Grad aufhält oder bei 75 Grad? So kommt mir Ihre ganze Diskussion vor.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)

Eine echte Energiewende kann nur bedeuten, dass wir aus der Kernenergie aussteigen, und zwar so schnell wie möglich und das heißt für uns, sofort.

(Beifall bei Heike Sudmann DIE LINKE)

Warum müssen wir in Hamburg überhaupt darüber diskutieren, dass die Netze und die Energieversorgung wieder in die öffentliche Hand kommen? Können Sie sich noch dunkel daran erinnern, dass wir einmal ein Unternehmen hatten, das HEW hieß? Das ist so peu à peu privatisiert worden. Sie waren bei der Privatisierung voll dabei.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Nicht ich persönlich, das waren andere! Ich habe die Gnade der späten Geburt!)

Und wenn Sie glauben, dass man sich mit einem Konzern wie Vattenfall an einen Tisch setzen und ihm Paroli bieten kann, wenn man 25,1 Prozent der Anteile hat, dann frage ich Sie, Herr Dressel: Wovon träumen Sie nachts?

**(Dora Heyenn)**

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)

Deshalb kann ich nur sagen, dass die Initiative "Unser Hamburg – Unser Netz" auf dem richtigen Weg ist. Wir haben im Verfassungsausschuss und im Umweltausschuss darüber diskutiert und hatten jeweils Expertenanhörungen und ich finde es einfach nicht seriös, wenn Sie den Eindruck erwecken, dass der Rückkauf der Netze zu 100 Prozent über den Haushalt der Stadt finanziert werden muss. Das ist nicht der Fall. Es ist genauso, wie Herr Kerstan gesagt hat, das kann über ein Unternehmen der Stadt durchgeführt werden, nämlich HAMBURG WASSER, und dafür brauchen wir keinen einzigen Cent aus Haushaltsmitteln. Aber es bedeutet den ersten Schritt in die richtige Richtung, nämlich eine Wende. Die brauchen wir, und zwar um 180 Grad und nicht, indem wir vorher umkehren.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Christa Goetsch* und *Dr. Till Steffen*, beide GAL)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Frau Dr. Schaal hat das Wort.

**Dr. Monika Schaal** SPD:\* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist eigentlich nicht gut, dass hier eine Netzdiskussion vom Zaun gebrochen wird. Wir sollten dieses Thema auf der Basis von Informationen diskutieren und wir haben nichts auf dem Tisch, was die Grundlage einer solchen Diskussion sein kann. Wir haben in der letzten Bürgerschaft, Herr Hackbusch, als SPD-Fraktion ein Ersuchen an den Senat gestellt, Konzepte zur Beteiligung an den Netzen vorzulegen. Ich gehe davon aus, dass dort mehrere Szenarien entwickelt werden, weil man überhaupt noch nicht weiß, wie man entscheiden soll, und es wäre gut, eine Entscheidungsgrundlage zu haben. Wir sind genauso wenig wie Sie, Herr Kerstan, in der Lage zu sagen, wie die Netze im Moment bewertet sind. Wir sind von den Informationen abgeschnitten, weil Vattenfall die entsprechenden Informationen verweigert. Vattenfall hat sogar den Konzessionsvertrag beklagt, bestreitet also seine Gültigkeit, weil er nämlich enthält, dass die Netzinformationen bedingungslos herauszugeben sind. Das macht die Sache im Moment sehr schwierig.

Was das Gasnetz betrifft, sind wir im Prinzip als Stadt schon etwas weiter, weil es dort Verhandlungen über die Bewertung der Netze gegeben hat aufgrund des Konzessionsvertrags, den die CDU abgeschlossen hat, der allerdings zum Nachteil der Stadt ist. Hier ist zusammen mit einem entsprechenden Wirtschaftsprüfer schon ermittelt worden, aber diese Verhandlungen wurden abgebrochen, wie ich jetzt erfahren habe. Hier muss also wieder angesetzt werden und alle müssen an einen Tisch.

Dann kommt noch etwas hinzu, was wir bei der letzten Runde der Netzdiskussion vor der Wahl noch nicht wussten. Im letzten Jahr hat das Bundeskartellamt Leitlinien entwickelt zur Übernahme von Netzen in kommunale Hand. Das wird wahrscheinlich noch erhebliche Schwierigkeiten mit sich bringen, denn die Hürden für die Übernahme der Netze in die kommunale Selbstbestimmung sind wesentlich verschärft und nicht zum Vorteil der Stadt entwickelt worden. Hier gibt es noch eine Menge an Rechtsstreitigkeiten, auch damit muss man sich befassen, sodass es nicht so einfach ist, locker vom Hocker etwas dazu zu sagen; das wissen Sie auch. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Das Wort hat der Abgeordnete Hackbusch.

**Norbert Hackbusch** DIE LINKE:\* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Schaal, 25,1 Prozent wurden doch eben – und auch in der Regierungserklärung – vom Bürgermeister genannt als die Maxime, mit der er losziehen will. Dementsprechend müssen wir uns mit dieser Äußerung auseinandersetzen. Wann sollen wir uns denn damit auseinandersetzen, wenn nicht jetzt? Das ist doch eine Selbstverständlichkeit, das sollte das gesamte Parlament machen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Jens Kerstan* GAL)

Ich empfehle Ihnen, noch einmal die alten Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der HEW-Privatisierung nachzulesen. Da hatten wir schon eine ähnliche Diskussion in Ihren Reihen und Sie sagten uns, mit 75 Prozent könne man die HEW nicht steuern.

(*Dora Heyenn* DIE LINKE: Ja!)

Dann wurde wieder darüber diskutiert, weil der Verkauf weiterging, und im Zusammenhang mit einem Anteil von 25,1 Prozent haben Sie von der Sozialdemokratie uns damals gesagt – wir, die wir dagegen waren, waren nur noch ein kleines Rest-Rümpfchen, das gebe ich zu –,

(*Jan Quast* SPD: Regenbogen war das!)

mit 25,1 Prozent könnten wir kein Unternehmen steuern und keinen Einfluss ausüben.

Deshalb fragen wir Sie jetzt: Wollen Sie Einfluss auf die Netze,

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: Ja, wollen wir!)

wollen Sie in Richtung auf 100 Prozent gehen oder wollen Sie das nicht? Lesen Sie das noch einmal nach und machen Sie sich schlau, dann können wir neu debattieren. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren! Die Fraktionen der GAL und der CDU sind übereingekommen, das zweite und dritte Thema morgen zu debattieren, da wir jetzt nur noch weniger als 15 Minuten haben. Damit haben wir die Aktuelle Stunde für heute beendet und beginnen sie morgen mit dem zweiten und dritten Thema.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2, Wahl von zwei Schriftführerinnen oder Schriftführern.

**[Wahl von zwei Schriftführerinnen oder Schriftführern]**

Sie finden auf dem Tisch einen orangefarbenen Stimmzettel. Darauf stehen die beiden Vorschläge für die Wahl der Schriftführerin oder des Schriftführers. Kann ich davon ausgehen, dass andere Vorschläge nicht gemacht werden? – Das ist der Fall.

Der Stimmzettel enthält bei den Namen jeweils Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen bei jedem Namen ein Kreuz machen, aber bitte nur eins. Mehrere Kreuze beziehungsweise kein Kreuz bei einem der Namen machen den Stimmzettel ungültig. Auch weitere Eintragungen oder Bemerkungen führen zur Ungültigkeit des Stimmzettels. Bitte nehmen Sie nun Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Ich darf die vorläufigen Schriftführerinnen nun bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Meine Damen und Herren! Sind alle Stimmzettel abgegeben? – Das ist der Fall. Dann ist die Wahlhandlung geschlossen und ich bitte, die Stimmen auszuzählen. Die Sitzung ist für die Dauer der Stimmenauszählung unterbrochen.

**Unterbrechung: 16.18 Uhr**

**Wiederbeginn: 16.32 Uhr**

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen. Die Sitzung ist eröffnet.

Ich darf Ihnen das Abstimmungsergebnis bekannt geben. Bei der Wahl von zwei Schriftführerinnen oder Schriftführern sind 117 Stimmzettel abgegeben worden. Für Herrn Hakverdi waren 117 gültig, für Herrn Wankum waren ebenfalls 117 gültig, es gab keine ungültigen Stimmen. Auf Herrn Hakverdi entfielen 106 Ja-Stimmen, sieben Nein-Stimmen

und vier Stimmenthaltungen. Damit ist Herr Hakverdi gewählt.

(Beifall bei der SPD)

Auf Herrn Wankum entfielen 93 Ja-Stimmen, acht Nein-Stimmen und 16 Enthaltungen. Damit ist auch Herr Wankum gewählt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Herr Hakverdi, ich darf Sie zunächst fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

**Metin Hakverdi SPD:** Ja.

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Das ist der Fall. – Herzlichen Glückwunsch.

Herr Wankum, ich darf Sie auch fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

**Andreas C. Wankum CDU:** Ja.

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Das ist ebenfalls der Fall.

Dann möchte ich Frau Kammeyer und Frau Özdemir herzlich danken, dass Sie uns heute als vorläufige Schriftführerinnen zur Verfügung gestanden haben.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich bitte Sie, jetzt Ihre Plätze im Plenum einzunehmen, und die neugewählten Schriftführer, Ihre Plätze hier oben einzunehmen.

Wir kommen dann zu den Tagesordnungspunkten 5 und 6, den Drucksachen 20/39 und 20/40: Wahl der Vertrauensleute und ihrer Vertreterinnen und Vertreter für die Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Hamburgischen Obergericht und beim Verwaltungsgericht Hamburg und: Wahl eines Datenschutzgremiums nach Paragraf 14 Datenschutzordnung der Hamburgischen Bürgerschaft.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:**

**Wahl der Vertrauensleute und ihrer Vertreterinnen und Vertreter für die Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Hamburgischen Obergericht und beim Verwaltungsgericht Hamburg**  
– Drs 20/39 –]

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:**

**Wahl eines Datenschutzgremiums nach § 14 Datenschutzordnung der Hamburgischen Bürgerschaft**  
– Drs 20/40 –]

**(Erster Vizepräsident Frank Schira)**

Die Fraktionen haben vereinbart, dass die Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden. Für die Wahlen liegen Ihnen bereits drei Stimmzettel vor. Leider hat ein Übermittlungsfehler zu einer fehlerhaften Schreibweise bei zwei Kandidatinnen auf dem blauen Stimmzettel geführt. Ich bitte Sie daher, den blauen Stimmzettel nicht zu verwenden. Wir haben inzwischen einen grünen Stimmzettel erhalten, der die Namen in korrekter Schreibweise wiedergibt. Für die Wahlen der Vertrauensleute verwenden Sie daher bitte den gelben und den grünen Stimmzettel und für die Wahl des Datenschutzgremiums den rosafarbenen.

Die Stimmzettel enthalten bei jedem Namen jeweils Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen bei jedem der Namen ein Kreuz machen, aber bitte nur eines. Mehrere Kreuze beziehungsweise kein Kreuz bei einem der Namen macht die Wahl dieses Kandidaten ungültig. Auch weitere Eintragungen oder Bemerkungen auf einem der Stimmzettel würden zur Ungültigkeit des gesamten Stimmzettels führen. Bitte nehmen Sie jetzt Ihre Wahlentscheidung vor und dann werden wir einsammeln.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Sind alle Stimmzettel abgegeben? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden jetzt ermittelt und vereinbarungsgemäß zu Protokoll nachgereicht.\*\*

Meine Damen und Herren! Ich komme zu Tagesordnungspunkt 31, Drucksache 20/165, Interfraktioneller Antrag: Einsetzung der Ausschüsse.

**[Interfraktioneller Antrag:  
Einsetzung der Ausschüsse  
– Drs 20/165 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/200 ein Antrag der GAL-Fraktion vor.

**[Antrag der GAL-Fraktion:  
Einsetzen eines Ausschusses für Medien, Netzpolitik und Datenschutz  
– Drs 20/200 –]**

Mir ist mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der GAL-Fraktion hierzu gemäß Paragraf 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt wird. Herr Kerstan, Sie haben das Wort für maximal fünf Minuten.

**Jens Kerstan** GAL:\* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Parlament gibt sich heute eine Struktur, in der es arbeiten will, normalerweise eine Struktur, in der Schwerpunkte und wichtige Themenfelder deutlich werden in der Besetzung, aber auch im Zuschnitt der Ausschüsse. Wir leben in einer Zeit, in der die neuen Medien und das In-

ternet immer wichtiger geworden sind. Sie haben Gesellschaft, Wirtschaft und den Alltag verändert und haben deshalb eine ganz besondere Bedeutung bekommen. Daher entspricht es in keiner Weise der Bedeutung dieses Themas, den Bereich Medien, Netzpolitik und Datenschutz als Unterthemen irgendeinem anderen Ausschuss zuzuordnen, der sich noch nicht so richtig beschäftigt gefühlt hat. Das wird vor allem auch Hamburg als einer großen und wichtigen Medienstadt nicht gerecht.

(Dirk Kienscherf SPD: Sie haben doch davon gar keine Ahnung!)

Deshalb haben wir als GAL-Fraktion, auch wenn wir in dem Interfraktionellen Antrag einen anderen Zuschnitt vorgefunden haben, in diesem Punkt nicht unser Einverständnis erklärt und diesen Zusatzantrag gestellt. Es wäre wichtig für Hamburg, in einer bewegten Zeit und auch in einer bewegten Konkurrenz zwischen Medienstädten ein Signal zu setzen, dass die Hamburger Politik Medien und Netzpolitik genauso wichtig nimmt, wie es der gesellschaftlichen Realität entspricht.

(Andy Grote SPD: Gab es diese Realität in den letzten drei Jahren noch nicht?)

Ich würde mir wünschen, dass die anderen Fraktionen unserem Vorschlag in diesem Punkt folgen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Danke schön. – Frau Artus hat das Wort für maximal fünf Minuten.

**Kersten Artus** DIE LINKE:\* Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Die Fraktion DIE LINKE unterstützt den Antrag der GAL. Wir finden, dass schon in der letzten Wahlperiode das Thema Medien und Netzpolitik viel zu wenig Bedeutung gehabt hat.

(Jan Quast SPD: Machen Sie etwas draus!)

Das Thema Medien wurde immer wie ein Randthema behandelt. Es gewinnt weiterhin an Bedeutung, vor allem, wenn wir uns das Medium Internet ansehen. Aber auch über die Themen Rundfunkstaatsverträge und Medienstaatsverträge haben wir viel zu wenig geredet, weil die Bürgerschaft immer nur ein Abnickgremium für die unterzeichneten Staatsverträge gewesen ist. Es geht um die Spannungsfelder Demokratie und Teilhabe, aber auch um wirtschaftliche Interessen. Wir haben uns in der letzten Wahlperiode meiner Meinung nach viel zu wenig mit dem Thema Medienkompetenz beschäftigt. Es war immer ein Anliegen der SPD, mehr über das Thema zu reden; hierfür wäre unserer Meinung nach ein Ausschuss – wie jetzt vorgeschlagen – geeignet. Auch der Medienkoordinator, der in den letzten Jahren eingesetzt gewesen ist,

\*\* Ergebnisse, siehe Seite 158 bis 160

**(Kersten Artus)**

hat unserer Meinung nach überhaupt nicht die parlamentarische und gesellschaftliche Bedeutung gehabt, die er eigentlich hätte haben sollen. Ob sich das jetzt verbessern wird, wird man sehen. Ein Ausschuss könnte die Relevanz dieser Thematik befördern.

(Beifall bei der LINKEN und der GAL)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Vielen Dank. – Herr Schmidt hat das Wort.

**Hansjörg Schmidt SPD:**\* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die SPD ist das Thema Medien, IT-Wirtschaft und Medienwirtschaft kein Unterthema, sondern natürlich eines der wichtigsten Themen in unserer Stadt. Hamburg ist eine Hafenstadt, die von Handel und Logistik lebt, und die Logistikwirtschaft weiß schon längst, wie wichtig das Internet für Handel und Logistik ist. Deswegen war es auch nur folgerichtig, dieses Thema in Zukunft wieder dort hineinzupacken, wo es hingehört,

(*Jens Kerstan GAL:* In den Hafen!)

nämlich in den Wirtschaftsausschuss.

(Beifall bei der SPD)

Aus unserer Sicht macht es keinen Sinn, einen Nerd-Ausschuss zu gründen, wo die einzelnen Experten aus den Fraktionen zusammentreffen, ihre eckigen Brillen aufsetzen, die iPads rausholen und sich gegenseitig die Twitter-Follower-Zahlen vorlesen und damit eine Ausschusssitzung beschäftigen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Der Bereich Medien und IT ist natürlich eine Querschnittsaufgabe, die in allen Ausschüssen Thema sein sollte. Gerade die Themen Medienkompetenz und Staatsverträge sind in der letzten Legislaturperiode zu kurz gekommen ist. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat hierzu in der letzten Legislaturperiode einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, der diesbezüglich richtungsweisend Vorgaben macht. Von den anderen Fraktionen kam da relativ wenig. Aus unserer Sicht gehört das Thema jetzt in einen Ausschuss. Wir sind sehr froh, dass der Bürgermeister gesagt hat, er mache das Thema zur Chefsache, denn es ist in den letzten Jahren sehr stiefmütterlich behandelt worden. Zu keiner anderen Zeit wurde dieses Thema so stark hin und her geschoben wie in den letzten Jahren unter Schwarz-Grün und vorher unter der CDU-Regierung.

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Das stimmt doch gar nicht!)

Damit muss Schluss sein. Die Medien- und IT-Wirtschaft braucht endlich Verlässlichkeit. Deswegen gehört das Thema in diesen Ausschuss und des-

wegen werden wir diesen Antrag auch ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Herr Wersich hat das Wort.

**Dietrich Wersich CDU:** Herr Schmidt, mit Ihrem Beitrag haben Sie es uns richtig schwer gemacht, bei unserer Linie zu bleiben.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Ich hatte nämlich, als Sie ausführten, warum das so wichtig für die Wirtschaft und den Wirtschaftsausschuss sei, eigentlich das entscheidende Wort erwartet, dass es dann auch in die Wirtschaftsbehörde gehört. Da wäre ein Schuh draus geworden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Diese Volte, hinterher noch etwas über die Unzuverlässigkeit der CDU-Senate und die Behandlung dieses Themas anzuhängen, war schon ziemlich weit hergeholt.

(*Gabi Dobusch SPD:* Nein! Das jetzt gerade nicht!)

Dennoch plädiere ich weiterhin dafür, was wir auch im Ältestenrat besprochen haben. Wir haben ohnehin die Anzahl der Ausschüsse um zwei Vollausschüsse erhöht und werden schon jetzt große Schwierigkeiten bekommen, den Sitzungsplan so abzustimmen, dass die Abgeordneten auch jeweils in die Ausschüsse gehen können, in die sie möchten, ohne dass es dann Überschneidungen gibt. Deswegen haben wir uns trotz der für uns inhaltlich falschen Entscheidung, dieses Thema zur sogenannten Chefsache zu machen, dazu durchgerungen, es zu unterstützen, dass dieses Thema im Wirtschaftsausschuss behandelt wird, und deswegen werden wir den Antrag ebenfalls ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Gibt es weitere Wortmeldungen? – Dies ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung, zunächst zum Antrag der GAL-Fraktion aus Drucksache 20/200.

Wer möchte diesen Antrag annehmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Somit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Interfraktionellen Antrag aus Drucksache 20/165 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Somit sind die Ausschüsse einstimmig eingesetzt.

Wir kommen dann zu Tagesordnungspunkt 23, Drucksache 20/108, Antrag der CDU-Fraktion: Schuldenbremse – Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg.

**(Erster Vizepräsident Frank Schira)****[Antrag der CDU-Fraktion:  
Schuldenbremse – Änderung der Verfassung  
der Freien und Hansestadt Hamburg  
– Drs 20/108 –]**

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Herr Heintze hat das Wort.

**Roland Heintze** CDU:\* Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Schuldenbremse ist ein Gebot der Vernunft, weil wir auf die vielen Schulden der letzten Jahrzehnte nicht immer noch weitere auf türmen können. Die Zinslasten würden schon uns die Luft nehmen und spätere Generationen vollends erdrücken. Wie viel Kritik wir auch an der Regierungserklärung des Bürgermeisters hatten, aber da hat er recht. Deswegen verstehen wir auch im Moment nicht so ganz, was wir in der Zeitung lesen oder aus der Finanzbehörde hören oder auch nicht hören, weil diese Politik, die er dort richtig beschreibt, im Prinzip Grundlage jeder CDU-Haushaltspolitik gewesen ist.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Ach ja!)*

Es lohnt sich an dieser Stelle, ganz kurz – das erlauben Sie mir – auf die Jahre 2001 bis 2007 zurückzublicken.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: 2007 hören Sie auf, komisch! Und was war 2009?)*

Damals hat ein konsequenter Abbau des Haushaltsdefizits stattgefunden; die Ausgaben stiegen moderat um 1,2 Prozent, die Einnahmen hingegen um 3,8 Prozent. Das beschreibt genau das, was der Bürgermeister möchte, wenn er von Haushaltskonsolidierung spricht. Aber noch viel wichtiger: Es zeigt, dass es möglich ist.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Daran haben Sie doch selbst nicht geglaubt!)*

Wenn es möglich ist, in diesem Zeitraum das Defizit im Haushalt von 1,5 Milliarden Euro auf 245 Millionen Euro zu senken und eine Rücklage, die wir bei ganzen 81 Euro von der Vorgängerregierung übernommen haben, auf inzwischen über 1 Milliarde Euro aufzubauen, dann verstehen wir nicht, wieso es nicht möglich sein soll, diesen Kurs der Haushaltskonsolidierung wieder aufzunehmen und an die CDU-Politik dieser Jahre anzuschließen.

*(Beifall bei der CDU)*

Wir dürfen sicher nicht verschweigen, dass da zwei Grundbedingungen dazugehörten. Das eine war die Wachsende Stadt; ich muss ein Konzept haben, wo die Einnahmen herkommen sollen. Der Bürgermeister hat erzählt, dass er da etwas habe. Wir warten ab. Und das andere waren – auch das ist eine Realität, der sich seitdem kein Senat verschließen konnte – die Jesteburger Beschlüsse. Das war der Auftakt der Sparmaßnahmen zur Kon-

solidierung unseres Haushalts. Das waren richtige Maßnahmen, die hart umstritten waren. Damit hat man sich in der SPD-Fraktion – ich verrate Ihnen nichts Falsches – wie auch in der CDU-Fraktion nicht immer Freude gemacht, aber das war der einzig konsequente Weg, dieses Ziel, das der Bürgermeister als Leitziel beschrieben hat, auch zu erreichen. Lassen Sie uns von daher hier doch bitte anknüpfen.

*(Beifall bei der CDU)*

Die CDU ist in Vorlage gegangen. Wir haben 2007 hier im Parlament die Änderung der Landeshaushaltsordnung und damit die gesetzliche Grundlage für einen endgültigen Schuldenstopp in Hamburg bereits ab dem Jahr 2013 beschlossen:

*"Der Haushaltsplan ist ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen."*

Das bedeutet nicht, dass der Bürgermeister etwas Neues erfunden hat und er 2020 vielleicht einmal die Schuldenbremse des Bundes umsetzt.

*(Jan Quast SPD: Das wollen Sie doch auch! Schon 2015!)*

Wir haben eine gültige Rechtslage in dieser Stadt. Die gültige Haushaltsrechtslage ist bis heute, dass es ab 2013 keine Neuschuldenaufnahme mehr gibt. Von daher verstehe ich nicht, wieso man jetzt dahinter zurückbleiben möchte und sagt, 2020 würden wir etwas machen, dann hätten wir auch das Schuldenverbot, und das sei eine Vision und eine Herausforderung.

Liebe SPD-Regierungsfraktion, das ist keine Herausforderung, die da 2020 vor der Tür steht, sondern wenn Sie anders agieren, verstoßen Sie gegen das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Wo ist jetzt der Widerspruch?)*

Nun verkaufen Sie hier nicht Dinge als Ihre Leistung, die mit Ihnen gar nichts zu tun haben.

*(Beifall bei der CDU und der FDP)*

Nichtsdestotrotz haben wir heute einen Antrag auf der Tagesordnung, der sich mit der Schuldenbremse und einer Verfassungsänderung beschäftigt. Eine Verfassungsänderung bedeutet auch immer, dass man eine Zweidrittelmehrheit in diesem Gremium braucht und dass wir hier einen Konsens brauchen, um diese Verfassungsänderung 2015 zu erreichen. Wir haben jetzt die Chance – da schaue ich auch den Finanzsenator an –, auf einer Situation aufzusetzen, die uns helfen kann, dieses ehrgeizige Ziel an dieser Stelle auch zu erreichen. Wir haben die Chance, im Konsens mit der Stadt eine Schuldenbremse umzusetzen, denn wo Sie auch hinschauen – das haben Sie auch im Wahlkampf gemerkt –, gibt es einen Konsens zumindest bei der großen Mehrheit der Hamburgerinnen und

**(Roland Heintze)**

Hamburger. Es gibt kein "Weiter so!" beim Schuldenmachen.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Deswegen wurden Sie auch abgewählt!)*

Diesen Konsens sollten wir nutzen.

*(Beifall bei der CDU und der FDP)*

Stattdessen lesen wir jetzt etwas ganz Neues. Man möchte raus aus dem Schuldenverbot 2013. Da taucht eine Giftliste über 280 Millionen Euro auf. Ich weiß nicht, ob die Summe stimmt oder ob diese Veröffentlichung schon die Disziplinierung der Fraktion war, aber auf jeden Fall haben wir eine Giftliste, die alles tut, nur nicht "pay as you go". Sie besagt, dass wir 280 Millionen Euro ausgeben. Wo das herkommt, wissen wir noch nicht, aber wir wissen jetzt schon, dass das Schuldenverbot 2013 so nicht mehr funktioniert.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Ihre ungedeckten Schecks sind das, ein Scheckbuch ungedeckter Schecks!)*

Ich vermute, Sie möchten damit aus der Schuldenbremse raus. Sie wollen weiter neue Schulden machen, aber nicht mit uns.

*(Beifall bei der CDU)*

Wie geht es denn nun anders? Sie haben natürlich recht, wenn Sie sagen, loszumarschieren und die Landeshaushaltsordnung zu ändern sei das eine. Da reicht die einfache Mehrheit und Sie werden voraussichtlich Ihre Mehrheit nutzen, um das wieder rückgängig zu machen. Aber da muss mehr her. Wir müssen jetzt die Situation nutzen – deswegen bringen wir den Antrag an dieser Stelle ein – und zwei Lehren mitnehmen: Konsolidierung funktioniert, die Jahre 2001 bis 2007 und das Konsolidierungsprogramm von Schwarz-Grün, das wir für die Jahre 2011 und 2012 auf den Weg gebracht hatten. Die Stadt trägt einen solchen Konsolidierungskurs grundsätzlich mit. Wir haben ein Schuldenverbot, das für 2013 bereits in der Landeshaushaltsordnung steht. Warum können wir diese Ausgangslage nicht nutzen, bevor eine neue Regierung einen neuen Haushalt vorlegt, und hier einen deutlich stärkeres Verbot beschließen, nämlich eine Verfassungsänderung, die das Schuldenverbot 2015 festschreibt? Wenn wir das jetzt nicht beschließen, dann werden wir hier einen Haushalt präsentiert bekommen, bei dem uns vermutlich Hören und Sehen vergehen wird. Von daher lieber jetzt präventiv 2015 keine Schulden mehr, dann kann sich die Finanzbehörde darauf einstellen. Die Stadt wird es uns danken, weil es eine Frage von Zukunftsfähigkeit ist. Dafür möchten wir werben.

*(Beifall bei der CDU und der FDP)*

Nichtsdestotrotz, was bedeutet das praktisch? Wir müssen am Ende des Tages dazu auch einen Vorschlag machen und können nicht einfach nur sa-

gen, jetzt ändern wir einmal ein bisschen die Verfassung. Wenn wir in die Haushalte dieser Stadt gucken, haben wir eine Ausgangslage, wie wir 2010 abgeschlossen haben. Wir haben 2010 mit deutlich weniger Ausgaben und deutlich mehr Einnahmen abgeschlossen als geplant. Wir haben ein Defizit von unter 1 Milliarde Euro, geplant war ein Defizit von über 1 Milliarde Euro. Das bedeutet also, dass wir im Jahr 2010, das auch kein leichtes Jahr war, bewiesen haben, dass wir bereits eine Haushaltspolitik auf den Weg gebracht und gemacht haben, auf deren Niveau wir uns auch wieder einfinden können.

Der zweite Punkt ist, dass wir ein Sparpaket haben, das auf dem Tisch liegt, und mit dem letzten Haushalt ein Konsolidierungsprogramm von Schwarz-Grün eingebracht haben. Darin steht, dass eine Konsolidierung von 410 Millionen Euro, aufwachsend auf 500 Millionen Euro der Höhe nach möglich ist. Wenn ich beides addiere und dann noch einen weiteren Punkt hinzunehme – der Bund übernimmt in den nächsten Jahren die Kosten für die Grundsicherung in Hamburg, Hartz-IV-Kompromiss 150 Millionen Euro, die zusätzlich in den Haushalt fließen und die bisher nicht eingeplant waren –, dann habe ich einen dritten Stein.

Und ich habe den vierten Stein: Wir haben eine sehr hohe Rücklage der Stadt, die wir – selbst wenn wir den 81-Euro-Zustand nicht mehr erreichen möchten und das wollen wir mitnichten – sehr seriös schrittweise auf ungefähr 667 Millionen Euro bis 2015 absenken können. Damit haben wir einen weiteren Baustein, um den Haushalt zu konsolidieren.

Bei den letzten etwa 230 Millionen Euro, die uns fehlen, müssen wir uns einmal einen Effekt anschauen, und da bitte ich die Haushaltspolitiker, das dezidiert zu tun: Wir haben ein Planungsgeld von 460 Millionen Euro im Haushalt 2010. Dieses Planungsgeld gab es auch schon im Haushalt 2009. Was bedeutet das denn strukturell? Die Haushalte werden höher veranschlagt, als sie gebraucht werden. Das kann nicht sein, das müssen wir nutzen, da muss die Luft aus dem Haushalt heraus.

*(Beifall bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Wer hat die Luft denn da reingepumpt, diese heiße Luft?)*

Das sage ich auch an die Adresse der eigenen Finanzleute. Selbst wenn wir die herausnehmen und sagen, dass wir 230 Millionen Euro brauchen, weil eine Behörde natürlich auch ein bisschen Luft zum Atmen haben muss, falls Mehrausgaben um die Ecke kommen, wenn wir also diesen Anschlag nur mit 230 Millionen Euro im Jahr zum Ansatz bringen, dann haben wir Folgendes erreicht, immer unter der Annahme, dass die Steuereinnahmen gemäß der letzten Prognose bis 2014 so laufen, wie

**(Roland Heintze)**

sie laufen, und die Ausgaben nie mehr als um 1 Prozent bis 1,3 Prozent steigen. Dann haben wir erreicht, dass wir 2013 keine weiteren Kredite aufnehmen müssen, weil der Haushalt bis dahin ohne Kredite auskommt. Der Abbau der Rücklagen würde weiterlaufen bis 2015. Dann werden wir auch keinen weiteren Abbau der Rücklagen mehr brauchen und wir haben die einmalige Chance, 2015 mit einem Überschuss von 180 Millionen Euro einen Haushalt zu präsentieren, der strukturell ausgeglichen ist.

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Strukturell bedeutet nämlich, dass wir in guten Phasen Einnahmen haben müssen, sonst ist es nicht strukturell, und wir brauchen noch 100 Millionen Euro, um das Sonderkonjunkturprogramm zu tilgen, bei dem wir natürlich auch sagen, dass das ab 2015 losgehen muss. Also lassen Sie uns am Ende des Tages einen Haushalt vorlegen, der ungefähr einen Überschuss von vielleicht 60 bis 70 Millionen Euro hat. Das ist 2015 möglich.

Die Zahlen haben wir vorgelegt. Wir stellen sie der Stadt auch gerne für eine breite Diskussion zur Verfügung, die wir in diesen Tagen anstoßen werden. Wir haben sie schon vorab vorgestellt und ich persönlich weiß nicht, warum es, wenn es möglich ist, nicht gemacht wird. Ich kann nur noch einmal die Regierungsfraktion auffordern: Kommen Sie zur Vernunft,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Kommen Sie mal zur Vernunft und dann reden wir weiter!)

schauen Sie sich diese Zahlen an, diskutieren Sie mit uns darüber und ich bin sicher, wir kommen zu einem Schuldenverbot 2015.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann Ihnen nur anbieten, in den Haushaltsausschusssitzungen, die jetzt kommen, wenn wir die Überweisung der Grünen hier beschließen, jedem einzelnen Haushaltspolitiker, der den Bedarf hat, die öffentlich zugänglichen Zahlen des Rechnungshofes, die wir verwandt haben, zu erklären – nichts ausgedacht, sondern die Prognosen, die allen vorliegen. Wenn das nicht möglich ist, sondern wir stattdessen hier einen Haushalt präsentiert bekommen, der in die Verschuldung marschiert, weil "pay as you go" dann auf einmal "borrow as you can" wird, dann haben wir ein ernstes Problem. Ich kann Ihnen nur jetzt zurufen: Ziehen Sie mit,

(*Thomas Völsch SPD*: So wie Sie es bisher gemacht haben!)

setzen Sie hier gemeinsam einen Stoppstein für die Zukunftsfähigkeit der Stadt und für die vom Bürgermeister beschworene Luft zum Atmen, helfen Sie uns jetzt, hier strukturell ab 2015 einen

Haushalt zu haben, der ohne Schulden auskommt, und stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Barbara Duden**: Das Wort bekommt Herr Quast.

**Jan Quast SPD**:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die SPD steht zur Schuldenbremse. So steht es in unserem Wahlprogramm und so hat es der Erste Bürgermeister in seiner Regierungserklärung vor drei Wochen noch einmal bekräftigt; Herr Heintze hat ihn zitiert.

Das Ziel, spätestens ab 2020 ohne Schulden auszukommen, bedeutet aber, dass wir in den nächsten Jahren ein strukturelles Defizit von 1 Milliarde Euro im Haushalt abbauen müssen. Den vorliegenden Antrag der CDU, der vorsieht, dieses Ziel schon 2015 zu erreichen und in unserer Verfassung festzuschreiben, halten wir für falsch. Wir wollen aber mit Ihnen und mit allen Fraktionen des Hauses über die Umsetzung der Schuldenbremse in die Diskussion kommen und deswegen werden wir auch die Überweisung beantragen. Und da, Herr Heintze, können wir gern einmal über das reden, was Sie eben vorgetragen haben, darauf sind wir sehr gespannt. Vor allen Dingen können Sie uns dann sicherlich erklären, warum all das, was Sie jetzt erzählen, nicht schon Politik des CDU-Senats gewesen ist.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Hamburg hat heute 28 Milliarden Euro Schulden. Auch in diesem Punkt ist Ihr Antrag etwas unehrlich in seiner Einleitung. Jedes Jahr gibt Hamburg 1 Milliarde Euro allein für Zinsen aus. Jeder neunte Euro an Steuereinnahmen wird für Zinsen aufgewandt und das in einer Zeit historisch niedriger Zinsen. Allein ein Anstieg von einem Prozentpunkt bedeutet für unseren Haushalt kurzfristig 50 Millionen Euro Mehrbelastung; dies hat uns der Rechnungshof vorgerechnet. Herr Heintze, die Schuldenbremse ist daher ein Gebot der Vernunft, wenn wir nicht noch mehr Handlungsspielraum einbüßen wollen. Angesichts eines strukturellen Defizits im Hamburg Haushalt von 1 Milliarde Euro ist die Schuldenbremse aber auch eine sehr große Herausforderung und eben nicht so einfach, wie Sie versuchten, es vorzugaukeln.

(Beifall bei der SPD)

Olaf Scholz hat in seiner Regierungserklärung dargelegt, wie der Senat mit dieser Herausforderung umgehen will. Die Ausgaben des Haushalts werden künftig im Durchschnitt um nicht mehr als 1 Prozent steigen. Das bedeutet, dass wir sehr genau hinsehen müssen, wo mehr Mittel eingesetzt werden können, aber vor allen Dingen auch, wo



**(Jan Quast)**

Einschnitte unvermeidbar sein können. Wir laden Sie auch gern ein, sich genau daran zu beteiligen.

2007 hat die CDU ein Verschuldungsverbot ab 2013 in die Landeshaushaltsordnung geschrieben. Herr Heintze, Sie sind darauf ausführlich eingegangen.

*(Dietrich Wersich CDU: Zu Recht!)*

Aber das war es dann auch schon, denn die Konsolidierungspolitik wurde genau zu diesem Zeitpunkt von Ihrem Senat eingestellt.

*(Beifall bei der SPD)*

Anstatt die Boomjahre 2007 und 2008 zu nutzen, mit einer schrittweisen Haushaltssanierung zu beginnen und die Schulden zurückzuführen, haben Sie in diesen Jahren die Ausgaben um 10 Prozent ausgeweitet. Das sind etwas andere Daten als die, die Sie darstellen, Herr Heintze. Gas geben statt die Bremse zu ziehen, das war Ihr Motto.

*(Beifall bei der SPD – Dietrich Wersich CDU: Wir haben Rücklagen gebildet, gegen die Herr Tschentscher noch klagen wollte!)*

Anstatt die guten Jahre zu nutzen, warten Sie immer auf bessere Jahre, Herr Heintze, das ist Ihre Politik.

Bei dem heute vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion fragen wir uns, warum erst jetzt? Warum wollen Sie erst jetzt die Verfassung ändern? Warum haben Sie dies nicht schon vor einem halben Jahr beantragt, als Sie noch den Senat gestellt haben? Warum haben Sie diese Chance nicht genutzt, Herr Heintze, die Sie uns heute vorstellen? War es denn nicht vielmehr so, dass Sie in der Landeshaushaltsordnung die bestehende Schuldenbremse längst abgeschrieben hatten? Hatte nicht erst im September ein CDU-Finanzsenator einen Finanzplan vorgelegt, der für 2013 und 2014 negative Finanzierungssalden von zusammen über 1,7 Milliarden Euro einräumt? Hatten Sie nicht bereits angekündigt, dass Sie die Schuldenbremse wohl wieder aus der Haushaltsordnung streichen müssten? Heute aber, nachdem der Wähler Ihnen das Steuer aus der Hand genommen hat, wollen Sie die Schuldenbremse anziehen. Die Schuldenbremse von 2007 war nichts anderes als Effekthascherei, weil keine disziplinierte Ausgabenpolitik folgte. Und auch der jetzige Antrag ist nichts anderes als dies, nämlich Effekthascherei.

*(Beifall bei der SPD)*

Davon aber haben die Hamburgerinnen und Hamburger die Nase voll.

Liebe CDU-Fraktion! Sie kennen die Probleme, die Sie uns hinterlassen haben, sehr genau. Sie kennen die Rahmenbedingungen und die Handlungserfordernisse im Hamburger Haushalt. Gleichwohl setzen Sie die Politik der Effekthascherei fort. Das ist unehrlich und unaufrichtig. Die Schuldenbremse

des Bundes käme 2019 noch früh genug für Hamburg, meint Herr Heintze laut "Die Welt" am 23. Juli 2010. Die Äußerung zeigt doch, wie beliebig Sie tatsächlich mit diesem Thema umgehen.

*(Beifall bei der SPD – Dietrich Wersich CDU: Nee, mit der Krise hat sich doch was geändert!)*

Meine Damen und Herren! Wir, die SPD, wollen weg von einer Politik der Beliebigkeit und zurück zu einer soliden Politik, die Probleme offen und ehrlich benennt und nicht für schöne Schlagzeilen schnelle, aber unrealistische Lösungen vorgaukelt. Jetzt ist nicht die Zeit für eine überstürzte Änderung unserer Verfassung. Die Schaffung einer landesrechtlichen Regelung, um die Möglichkeiten der Schuldenbremse des Grundgesetzes auszuschöpfen, ist sinnvoll, muss aber nicht heute geschehen. Wir werden gern darüber mit allen Fraktionen im Haushaltsausschuss diskutieren. Jetzt ist aber die Zeit, Bilanz zu ziehen, Bilanz über die finanzielle Hinterlassenschaft der letzten neun Jahre, um auf dieser Basis eine solide Haushaltsplanung für die Zukunft zu erstellen. Wirken Sie daran mit konkreten und nachhaltigen Vorschlägen mit, wir warten auf Sie.

Meine Damen und Herren! Es ist unsere feste Absicht, die Schuldenbremse des Grundgesetzes einzuhalten. Auf dieses Ziel werden wir hart hinarbeiten. Dazu gehört ein fester Wille und Disziplin.

*(Zuruf von Dietrich Wersich CDU)*

Solide Haushaltspolitik erfordert Substanz, Herr Wersich, Substanz und einen langen Atem. Schnellschüsse wie heute von der CDU werden diesem nicht gerecht. Das Thema wird uns weiter beschäftigen. – Vielen Dank.

*(Beifall bei der SPD)*

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Hajduk.

**Anja Hajduk GAL:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Antrag der CDU, die Schuldenbremse in Hamburg einzuführen, also auch in Hamburg durch parlamentarische Beratungen ernst zu machen, unser Haushaltsrecht diesen Regelungen anzupassen, die in einem großen parteilichen Konsens auf Bundesebene gefunden wurden, finde ich sachgerecht. Deswegen haben wir uns auch schon sehr weitgehend verständigt, diesen Antrag zu überweisen und zu beraten, denn es ist sinnvoll und richtig, auch in der Hamburgischen Verfassung und im Übrigen auch bei unseren haushaltsrechtlichen Regelungen hier eine Anpassung vorzunehmen.

*(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)*

**(Anja Hajduk)**

Ich möchte noch etwas anderes hierzu sagen. Ich glaube, es ist sinnvoll, noch einmal darüber zu beraten im Sinne einer Ernsthaftigkeit, einer Verlässlichkeit und einer Glaubwürdigkeit, egal, ob man in der Regierungsrolle oder in der Oppositionsrolle ist, welche Zeitschiene richtig ist. Ich kann da einräumen, dass es sicherlich auch im letzten Jahr und in der vergangenen Legislaturperiode Steuerungsmängel in der Finanzbehörde gegeben hat. Wir haben nämlich vor ungefähr einem knappen Jahr ein zusätzliches strukturelles Defizit im Haushalt festgestellt und deswegen auch diese sehr schwierigen Haushaltsberatungen im vergangenen September im Senat gehabt; das will ich gern einräumen. Es ist aber auch richtig, dass es natürlich nach dem Jahr 2007 besonders schwierige Herausforderungen gab, nämlich infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise eben nicht durch zusätzliches drastisches Einsparen die Konjunktur zusätzlich zu belasten. Es stünde diesem Haus gut an, wenn wir auf die letzte Legislaturperiode schauen, dass wir mit heftiger Unterstützung der damaligen Opposition den Betriebshaushalt im Schulbereich, im Sozialbereich und im Wissenschaftsbereich deutlich ausgeweitet haben. Das wird immer gern ausgeblendet, wenn über die Finanzpolitik der letzten Jahre gesprochen wird.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist eine Teilmenge!)*

– Man sollte wissen, dass diese Teilmenge, Herr Dressel, im fortgeschriebenen Haushaltsjahr 2010 drei Viertel ausgemacht hat, und dabei habe ich die Zinsen noch nicht gerechnet. Sie können durchaus noch einmal spitz nachrechnen.

*(Beifall bei Jens Kerstan GAL und bei der CDU)*

Die SPD war immer sehr dafür, das eine oder andere bei der Klassenfrequenz noch obendrauf zu packen. Da können Sie gern noch mal den Bleistift spitzen.

Ich möchte für meine Fraktion sagen, dass wir es für richtig halten, dass uns der Senat vor dem Hintergrund einer sehr ehrlichen Einschätzung der Haushaltssituation parallel zu den Haushaltsberatungen ein Finanzplan-Rahmengesetz vorlegt, damit wir parallel zu den Beratungen des kommenden Doppelhaushalts in diesem Haus die verfassungsrechtliche Anpassung der Schuldenbremse vornehmen können. Ich sage sehr deutlich, dass ich nicht glaube, dass Hamburg die Grenze 2020 ausreizen muss, um ohne neue Schulden struktureller Art auszukommen. Herr Heintze, Sie haben begründet, dass es 2015 in jedem Falle machbar wäre. Ich will einmal deutlich machen, warum wir da durchaus unsere Zweifel haben. Sie wissen auch, dass das Defizit in den Jahren 2009 und 2010 knapp unter 1 Milliarde Euro lag.

*(Dietrich Wersich CDU: Höhepunkt der Krise!)*

Jetzt gibt es natürlich noch einmal das Thema besserer Steuermehreinnahmen, aber wir haben auch die Festlegung, und an der sollte Hamburg unbedingt festhalten, ab dem Jahr 2015 100 Millionen Euro zu tilgen für den Konjunkturstabilisierungsfonds. Das heißt aber, man hat bis zum Jahr 2015, also innerhalb dieser Legislaturperiode, schon einen hohen, dreistelligen Millionenbetrag strukturell einzusparen. Deswegen sind wir bereit, diese Haushaltsberatungen gemeinsam mit dem Senat noch abzuwarten, um das Jahr der Einführung der Schuldenbremse festzulegen. Ich gehe davon aus, dass wir nicht das Jahr 2020 brauchen werden, um dies auszureizen. Ich bin dafür, dass dieses Haus hoffentlich eine Einigkeit erzielt, vielleicht nur die Haushalte innerhalb dieser Legislaturperiode noch mit Nettokreditaufnahme zu belasten.

Ich möchte noch einen kleinen Punkt anfügen. Dies muss man der Ehrlichkeit halber erwähnen, wenn man, wie wir beide, CDU und Grüne, die letzten Haushalte zu verantworten hatten. Wir haben nämlich auch bei dem Konjunkturstabilisierungsfonds eine Menge an Schulden in diesen besonderen Fonds aufgenommen, mit denen wir auch Defizite im Jahr 2013 und 2014 decken wollten. Und wenn das ehrlich ist, dann würde ich sehr dafür plädieren, uns in der zweiten Hälfte dieser Dekade ohne neue Schulden auskommen zu lassen. Daran werden wir allerdings auch diesen SPD-Senat messen, ob er sich das vornimmt.

Ich möchte mit Folgendem schließen: Wenn wir uns einerseits ein bisschen von ritualisierten Vorwürfen aus unseren jeweiligen Rollen im Haus entfernen, dann tut das der Haushaltspolitik sicher gut. Aber dieser Senat muss etwas einlösen: "pay as you go". Davon ist definitiv noch nichts zu sehen. Was ausgegeben wird und wofür bezahlt werden soll, haben Sie wortreich im Wahlkampf angekündigt, Herr Scholz. Wir erwarten von Ihnen auch bei der Vorlage dieses Doppelhaushalts, dass Sie das 1:1 belegen werden mit Einsparungen im Betriebshaushalt. Sie haben die Messlatte sehr hoch gelegt. Die Messlatte der Schuldenbremse wird in diesem Doppelhaushalt aus diesem Hause kommen. Hier nehme ich die SPD einmal beim Wort, dass sie das auch schaffen wird. Insofern sind wir sehr gespannt, wann endlich Ihr Versprechen eingelöst wird, wo Sie kürzen wollen, weil Sie Ihre Mehrausgaben schon festgelegt haben. In diesem Sinne hoffe ich auf Ehrlichkeit und Klarheit auch nach der Wahl. – Herzlichen Dank.

*(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)*

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Dr. Kluth.

**Dr. Thomas-Sönke Kluth** FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Landesrechnungshof hat uns mit seinem Sonderbericht zur Haushaltslage eine klare politische Botschaft mit auf den Weg gegeben. Es geht darum, die Finanzen der Stadt strukturell zukunftsfähig zu machen. Es geht darum, durch eine konsequente Sanierung des Haushalts die politische Gestaltungsfreiheit zurückzugewinnen. Von daher geht der Antrag der CDU grundsätzlich in die richtige Richtung. Er räumt einem ausgeglichenen Haushalt durch die Neufassung des Artikels 72 Verfassungsrang ein. Dies ist wichtig, denn er schließt zugleich ein Schlupfloch, für das der Antragsteller, die CDU-Fraktion, letztlich selbst verantwortlich ist, denn die gegenwärtig geltende Bestimmung, nach der Haushaltsdefizite ab 2003 grundsätzlich ohne die Aufnahme von Krediten auszugleichen sind, ist löchrig wie ein Schweizer Käse. Nach Paragraph 18 LHO ist eine Nettokreditaufnahme nämlich immer dann erlaubt, wenn es um Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts geht, dem Rechnung zu tragen ist, oder wenn ein vergleichbarer, schwerwiegender Grund vorliegt.

Es liegt auf der Hand, dass diese Regelung das Einfallstor für eine mit absoluter Mehrheit regierende Senatspartei ist, um politische Wohltaten mit neuen Schulden zu finanzieren, also auf Kosten zukünftiger Generationen. Lassen Sie uns dieses Schlupfloch gemeinsam schließen, je eher, desto besser. Wenn ich mir das Regierungsprogramm der SPD ansehe, dann sage ich: am besten sofort.

(Beifall bei der FDP)

Es ist das Verdienst des parteipolitischer Präferenzen unverdächtigen Hamburger Steuerzahlerbundes, das Regierungsprogramm der SPD genau nachgerechnet zu haben. Die Bilanz: Ausgabenerhöhende Wahlversprechen 153, Vorschläge zur Gegenfinanzierung sieben, Vorschläge zur Ausgabenminderung zwei. Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als dass ein sozialdemokratischer Finanzsenator so den Haushalt saniert. Seriöse Haushaltspolitik sieht anders aus, "pay as you go" auch.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Walter Scheuerl* CDU)

Mehr Senatoren, Behörden und Staatsräte, Abschaffung der Studiengebühren, Kita zum Nulltarif und die Gegenfinanzierung – Frau Hajduk hat dies zu Recht angesprochen – Fehlanzeige. Düsseldorf lässt grüßen: vor der Wahl versprochen, nach der Wahl gebrochen.

(*Jan Quast* SPD: Warten Sie doch mal ab! – *Dietrich Wersich* CDU: Das machen Sie ja schon!)

Meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion unterstützt die Richtung des vorliegenden Antrags, je eher es eine Schuldenbremse gibt, desto besser.

Eigentlich geht uns schon die Ausnahmeregelung des Artikels 72 Absatz 2 in dem vorliegenden Antrag zu weit. Aber, das soll an dieser Stelle auch erwähnt sein, die Kollegen von der CDU müssen sich natürlich fragen lassen, warum eigentlich erst jetzt, warum nicht bereits in der Legislaturperiode 2004 bis 2008 und warum nicht in der letzten Legislaturperiode?

Nun kann man sagen, besser später als nie, aber ich kann mich noch ziemlich präzise an die Pressekonferenz des damaligen Finanzsenators im Oktober 2007 erinnern, als Herr Freytag mit einem überdimensionalen Scheck den Ausstieg aus der Neuverschuldung verkündet hat. Das wäre ein guter Zeitpunkt gewesen, den Antrag einzubringen, und nicht erst heute. Wir haben dies damals übrigens als Wählertäuschung kritisiert und Herrn Freytag vorgehalten, er habe ein gestörtes Verhältnis zu Zahlen. Ich glaube, wir haben mit dieser Einschätzung recht behalten.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte mit Einverständnis der Präsidentin Ole von Beust zitieren, der in diesem Zusammenhang später von "kreativer Haushaltspolitik" gesprochen hat.

(*Dr. Monika Schaal* SPD: Sag doch mal nee!)

Also machen wir ernst und beschließen wir die Schuldenbremse ab 2015 mit Verfassungsrang. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Dr. Bischoff.

**Dr. Joachim Bischoff** DIE LINKE:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Quast, ich habe mich vorhin bei Ihrer Darlegung gefragt, was Effekthascherei bedeutet. Welchen Effekt sollte diese Truppe eigentlich erzeugen mit dem Antrag?

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben offensichtlich eine Hochachtung vor dieser Amateurhaftigkeit, die sich mir nicht erschließt.

(*Jan Quast* SPD: Das gebietet die Höflichkeit!)

Frau Hajduk, was heißt hier sachgerecht? Das habe ich auch nicht verstanden, denn es gab doch von Herrn Heintze eine schreckliche Verunklarung.

(Beifall bei *Christiane Schneider* DIE LINKE)

Fest steht, dass die CDU-Fraktion 2007 mit ihrer absoluten Mehrheit die Landeshaushaltsordnung geändert und Paragraph 18 eingeführt hat. Ihr damaliger Finanzsprecher Willfried Maier hat gesagt, man könne vielleicht darüber reden, aber zugleich müsse man sich darüber im Klaren sein – das hat

**(Dr. Joachim Bischoff)**

jetzt die FDP noch einmal blamabel dargestellt –, wenn man so etwas mache, dann verzichte ein Gemeinwesen darauf, bei schwerer Schädigung des volkswirtschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts oder einer vergleichbaren Notlage auch reagieren zu können. Das war damals Ihre Argumentation. Ich finde dies sehr weitblickend; das billige ich Herrn Maier sonst nicht zu, aber in dem Punkt schon. Das ist doch dann auch passiert, denn 2009 sagte Schwarz-Grün, wir hätten eine schwere Störung, wir müssten anders als andere Bundesländer Kredite aufnehmen, Stichwort Konjunkturstabilisierungsfonds, und gegensteuern. Das ist jetzt auf den Weg gebracht worden, es war ein Projekt bis 2014. Herr Heintze, ich hätte es wirklich ehrlich gefunden, wenn Sie gesagt hätten, Sie hätten schon bei Vorlage des Finanzplans 2013 angekündigt, den Paragraphen 18 der Landeshaushaltsordnung außer Kraft zu setzen. Sie haben dasselbe noch einmal betont beim Stabilitätsbericht, der dem Stabilitätsrat jährlich vorgelegt werden muss. Darin steht auch, der damals schwarz-grüne Senat werde der Bürgerschaft vorschlagen, diesen Paragraphen auszusetzen. Das machte vor dem Hintergrund der schwierigen Entwicklung Sinn. Sie haben es erwähnt, Frau Hajduk, dass wir dies in der Opposition zum Teil mitgetragen haben, also nicht nur DIE LINKE, sondern auch die SPD. Das war meines Erachtens richtig und es bleibt auch rückblickend richtig. Ich teile diese bodenlose Naivität der FDP nicht, die sagt, da sei eine kleine globale Turbulenz gewesen, aber jetzt sei alles vorbei und wir bräuchten dieses nicht weiter in Anspruch zu nehmen. Wenn wir das täten, dann sei das löchriger Käse. Das ist Quatsch, das ist kein löchriger Käse, sondern eine vernünftige politische Orientierung.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Ein Gemeinwesen braucht für solche Situationen der kapitalistischen Globalökonomie die Möglichkeit, gegenzusteuern. Es können, wie wir an anderer Stelle sehen, Notlagen auftreten, auch wenn wir uns das natürlich nicht wünschen. Dann muss auf solche Sachen zurückgegriffen werden können. Statt jetzt solche Klimmzüge zu machen, wäre es hinsichtlich der Verfassung eigentlich konsequent zu sagen, wir haben gelernt und beerdigen auch den Paragraphen 18 der Landeshaushaltsordnung.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist auch keine Effekthascherei, es sei denn, der Effekt wäre, man demonstriert noch einmal, dass man nicht durchblickt. Dann kann ich Ihnen folgen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. *Isabella Vértes-Schütter* SPD)

Frau Hajduk, ich habe gesehen, dass Sie sich noch einmal äußern wollen. Dann gehen Sie bitte noch einmal auf das Argument ein, warum wir in den letzten 30 Jahren immer wieder beschwören, wir wollten von der Tendenz der Verschuldung wegkommen, und dann trotzdem konstatieren, dass das in der Summe nicht funktioniert. DIE LINKE hat nicht mit abgestimmt bei der Einsetzung dieser Verschuldungsregeln. Ich bin hier auch nach wie vor total skeptisch, wo uns das hinführen könnte. Ich glaube, dass Sie damit im Grunde auch eine Belastung der Verfassung programmieren, weil wir eine total schwierige Situation haben, weil ich nicht davon überzeugt bin, dass wir jetzt alles konjunkturell überwunden haben und uns einfach darauf konzentrieren können, mit der Verfassung im Nacken, nun zu Konsolidierungskursen überzugehen. Warum wir hier nicht mitgemacht haben, ist nicht nur aus dem Grunde, weil wir diese Beschränkung des Spielraums, der Gestaltung und des Gegensteuerns sehen, sondern auch, weil dahinter eine Logik steht. Sie schreiben so etwas in die Verfassung, wie Herr Kluth von der FDP noch einmal gesagt hat, Sie stopfen alle Löcher. Sie wollen alles so lassen, machen dann noch Steuer-senkungspolitik und zwingen das Gemeinwesen, öffentliche Leistungen herunterzufahren; das ist die gegenwärtige Situation.

Wir kommen noch zum Bericht des Landesrechnungshofs. Wir haben nicht nur einen Schuldenberg von 28 Milliarden Euro, sondern darüber hinaus auch etliche Unterfinanzierungen im Gemeinwesen in Hamburg. Wenn Sie jetzt sagen, das interessiert Sie nicht, denn wir hätten so eine Art Guillotine, dann führt dies immer nur dazu, dass Sie Leistungsverzicht, Arbeitsverdichtung, Sozialabbau oder Reduktion sozialer Sicherheit programmieren. Das kann niemals eine zukunftsorientierte Politik sein.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort bekommt Senator Dr. Tschentscher.

**Senator Dr. Peter Tschentscher:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Debatte zu einem Problem, das uns auch im Senat sehr beschäftigt. Es geht um die Frage, wie wir einer Schuldenspirale und einer erdrückenden Zinslast entkommen, die wichtige staatliche Leistungen in der Zukunft gefährden. Wir haben leider dabei im Kern kein juristisches Problem, das wir durch Gesetze oder eine Änderung der Verfassung beheben könnten, denn dann wäre die Sache einfach. Wir könnten mit großer Mehrheit die nötigen Paragraphen in die Welt setzen und alles wäre gut. Tatsächlich ist die Lösung unseres Haushaltsproblems im Kern deshalb schwieriger, weil es mit Paragraphen allein nicht getan ist. Wer das nicht glaubt, mag sich daran erinnern – das

**(Senator Dr. Peter Tschentscher)**

wurde schon erwähnt –, dass die Stadt 2007 zwar die Schuldenregeln der Landeshaushaltsordnung für 2013 verschärft hat, aber es wurde dann keine Haushaltspolitik gemacht, die auch die Einhaltung dieser strengeren Regeln gewährleisten hätte.

In der Debatte eben ist ein wenig Haushaltsberatung vorweggenommen worden, das machen wir heute nicht, das machen wir im Juni. Woher diese über 200 Millionen Euro kommen, über die in der Zeitung zu lesen war und um die wir die Haushaltspläne bereinigen müssen, sollten CDU und GAL in diesem Hause besser wissen als alle anderen. Darüber reden wir später noch.

Auch die Haushaltslage ist ein Thema anlässlich des Berichts des Rechnungshofs, auf das wir gleich noch zu sprechen kommen. Ich möchte einfach nur feststellen: Weil die Haushaltslage so ist wie sie ist, hat der Vorgängersenaat im Herbst letzten Jahres in Auftrag gegeben, die Schuldenregel, die er selbst vor zwei, drei Jahren beschlossen hat, wieder zu ändern, weil ihre Einhaltung wegen der Haushaltslage, wegen Ihrer Haushaltslage, so ist wie sie ist.

(*Farid Müller GAL: Das ist aber Ihre!*)

– Ab sofort ist sie unserer aller Haushaltslage.

Deshalb sollten wir jetzt zu einer vernünftigen Betrachtung kommen. Es wird ein großer Kraftakt sein, die Schuldenbremse des Grundgesetzes bis zum Jahr 2020 zu erreichen. Das ist aber nichts, was wir erst dann beginnen können. Wir werden ab sofort mit großer Sparsamkeit planen und handeln müssen. Das ist eine große Aufgabe und Anforderung an alle, denn Sparen im öffentlichen Haushalt bedeutet nicht stures Wegstreichen von Ausgaben, sondern das stetige Durchdenken und kluge Wahrnehmen der wichtigsten öffentlichen Aufgaben.

Wenn man von einer um konjunkturelle Schwankungen bereinigten Einnahmeprognose ausgeht, werden wir vermutlich die Jahre bis 2020 dringend benötigen, um das strukturelle Haushaltsdefizit zu überwinden. Dabei dürfen wir uns von einem stetigen Konsolidierungspfad auch dann nicht abbringen lassen, wenn vorübergehend positive Steuerschätzungen aufkommen. Das war eindeutig ein Fehler in den letzten Jahren. Der Senat – Frau Hajduk, Sie haben es angesprochen – wird dem Parlament deshalb sehr bald eine verlässliche Planung für die Entwicklung des Gesamthaushalts bis 2020 vorlegen, eine Entwicklung ohne Phasen manischer Ausgabenfreude und hysterischer Sparpakete. Wir werden eine stetige Aufgaben- und Ausgabenkritik vornehmen. Auf der anderen Seite ist jede strukturelle Einnahmeverbesserung der Länder willkommen, denn sie erleichtert uns den Weg.

Eine verfassungsrechtliche Anpassung an die Schuldenbremse, Frau Hajduk, ist eine Sache. Eine vorzeitige Festschreibung unrealistischer Kon-

solidierungsziele in der Landeshaushaltsordnung oder gar in der Verfassung wäre aber eine Wette auf die Konjunktur. Ich würde dem Parlament empfehlen, solche Wetten nicht einzugehen.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE*)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Wersich.

**Dietrich Wersich CDU:** Zunächst einmal, Herr Tschentscher, dies war noch keine Gestaltung, es war nach wie vor das, was wir seit Wochen hören, nämlich Ankündigungen ohne Inhalt und ohne konkrete Antworten auf die Haushaltsfragen von Hamburg.

(*Dirk Kienscherf SPD: Bei dem Desaster, das Sie hinterlassen haben!*)

– Dazu komme ich auch, so viel Geduld sollten Sie noch haben.

Herr Quast, aus Ihrer Rede sprach vor allem eines, nämlich die Angst vor dem Regieren.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie immer wieder Äußerungen zitieren von vor einem halben oder einem Jahr, vermittelt das den Eindruck, dass Sie offenbar mitten in der Krise stehengeblieben sind. Haben Sie denn gar nicht wahrgenommen, wie Hamburg erfolgreich durch die Krise gekommen ist?

Haben Sie denn nicht wahrgenommen, dass Hamburg im Jahr 2009 600 Millionen Euro weniger ausgegeben hat, als veranschlagt war? Haben Sie nicht wahrgenommen, dass Hamburg im Jahr 2010 über 400 Millionen Euro weniger ausgegeben hat? Haben Sie nicht wahrgenommen, dass Hamburg in beiden Jahren zusammen über 400 Millionen Euro mehr eingenommen hat? Wir waren auf dem Höhepunkt der Krise bei einem Haushaltsdefizit von unter 1 Milliarde Euro und dann kann man sich doch heute nicht hinstellen, die Krise zum Normalfall erklären und daran glauben, dass der Hamburger Haushalt mit 1 Milliarde Euro unterfinanziert ist. Das ist keine zeitgemäße Erkenntnis, das sind Erkenntnisse, Gedanken oder Spekulationen von gestern.

(Beifall bei der CDU)

Roland Heintze hat darauf hingewiesen, dass wir auf dem Höhepunkt der Einnahmekenise – gut 900 Millionen Euro Steuern – ein schmerzhaftes Sparpaket von 500 Millionen Euro auf dieser Basis erarbeitet haben.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Die Hälfte Luftbuchungen!*)

Da kann man natürlich jetzt sagen, dass einem die eine oder andere Maßnahme nicht gefällt. Das

**(Dietrich Wersich)**

Bessere ist immer der Feind des Guten und vielleicht haben Sie andere Vorschläge, aber wenn Sie einige dieser Sparmaßnahmen nicht mehr realisieren wollen, dann können Sie uns doch nicht die Schuld dafür in die Schuhe schieben.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Welche konkreten Sparmaßnahmen waren denn darin?)

Ich möchte dazu nur eine Zahl nennen, Herr Tschentscher. Wir haben im Haushalt 2011 167 Millionen Euro für unerwartete Mehraufwendungen vorgesehen, in 2012 sogar 188 Millionen Euro. Das ist der Puffer, wenn an der einen oder anderen Stelle eine Sparmaßnahme nicht greift. Aber das heißt doch nicht, dass wir, wenn die Blaulichtsteuer nicht kommt, gleich in die Haushaltsunterdeckung gehen. Der alte Senat hat hier große Puffer eingebaut

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das waren Kartoffelpuffer!)

und Sie sind jetzt traurig, dass Sie diese Puffer nicht verwenden können, um damit Ihre Wahlgeschenke zu finanzieren.

(Beifall bei der CDU)

Auf der Basis des Höhepunkts der Einnahmenkrise von gut 900 Millionen Euro, eines Sparpakets von 500 Millionen Euro, einer strukturellen Bundesentlastung von 150 Millionen Euro und erhöhter normalisierter Steuereinnahmen ist ein Haushalt ohne Schulden strukturell ab 2015 möglich.

(Beifall bei der CDU)

Und weil es möglich ist, müssen wir es tun im Interesse der Zukunftsfähigkeit unserer Stadt und im Interesse der jungen Menschen, die nicht unter der Schuldenlast erdrückt werden wollen.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Völsch.

**Thomas Völsch SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Kolleginnen und Kollegen von der CDU sind in den letzten Wochen eifrig bemüht, die letzten neun Jahre ein bisschen zu erklären. Herr Wersich, Sie müssen sich einfach einmal fragen lassen, ob Sie nicht wahrgenommen haben, dass Sie am 20. Februar dieses Jahres eine krachende Wahlniederlage mit dem schlechtesten Ergebnis Ihrer Partei seit Kriegsende eingefahren haben

(Beifall bei der SPD)

und dass Sie abgewählt worden sind. Das war das Ergebnis Ihrer Politik.

(*Dietrich Wersich CDU*: Das steht Ihnen noch bevor, wir haben es schon hinter uns!)

Ich möchte noch einmal auf den Kollegen Heintze eingehen, weil er auch einige grundsätzliche Sachen gesagt hat, und dazu zwei, drei Bemerkungen machen. Ich würde Ihnen ausdrücklich zugehen, dass Sie einen Finanzsenator hatten, der einen Beitrag zur Konsolidierung geleistet hat. Das war aber Wolfgang Peiner und das war derselbe Finanzsenator, der als Aufsichtsratsmitglied und später als Aufsichtsratsvorsitzender in der HSH Nordbank gesessen hat und mit für eine Politik in dieser Bank gesorgt hat, die die Bank und die Stadt annähernd an den Abgrund geführt hat. Das war das Ergebnis dieses Senators, auch wenn er vielleicht einen kleinen Beitrag zur Konsolidierung geleistet hat.

Ich stimme Ihnen zu, Herr Heintze, Konsolidierung ist möglich. Konsolidierung kann funktionieren, aber offensichtlich nicht mit der CDU. Ich darf Sie daran erinnern, dass Sie schon im Wahlkampf den ehemaligen Bürgermeister kaum noch genannt haben, und Sie nennen jetzt auch nicht einmal mehr Ihren ehemaligen Finanzsenator.

(*Jan Quast SPD*: Das ist auch schwer, das waren so viele!)

Von 2007 bis Anfang 2010 hatten wir einen Finanzsenator in dieser Stadt mit Namen Michael Freytag, der in der Zeit sämtliche Schleusen geöffnet hat. Allein die Sach- und Fachausgaben sind in den Jahren 2008 bis 2010 um fast 1 Milliarde Euro gestiegen. Ich schätze Sie sehr, Frau Hajduk, aber das war nicht nur ein Steuerungsproblem in der Finanzbehörde, sondern ich fürchte, dass dahinter ganz konkrete und bewusste Entscheidungen standen.

(Beifall bei der SPD)

Dann möchte ich noch einmal auf das Stichwort zurückkommen, Sie hätten Ende letzten Jahres tiefgreifende Konsolidierungsbeschlüsse gefasst. Ich zitiere einmal – wir greifen sowieso schon ein bisschen der Debatte über den Rechnungshofbericht vor – aus dem Rechnungshofbericht:

"Der Rechnungshof stellt fest, dass auch die zuletzt gefassten Konsolidierungsbeschlüsse des Senats das im Hamburger Haushalt bestehende strukturelle Defizit nicht entscheidend verbessern können, da Maßnahmen in erheblichem Umfang nicht konkretisiert sind und sie in ihrer Gesamtheit – gemessen an der Gesamtkonsolidierungsvorgabe – nur mit geringen strukturellen Effekten verbunden sind."

Ein richtig konkretes Konsolidierungsprogramm sieht anders aus in der Bewertung.

Vorletzter Punkt: Der Kollege Tschentscher ist eben sehr freundlich über die angeblichen Mehrausgaben hinweggegangen, die jetzt schon im Haushalt diskutiert werden. Ich will Ihnen gerne

**(Thomas Völsch)**

einmal vorlesen, um welche Positionen es dabei geht:

"Realistischere Veranschlagung der Entwicklung der gesetzlichen Leistungen im Einzelplan 4: im Jahr 2011 34 Millionen Euro, im Jahr 2012 80 Millionen Euro."

Ich kann mich noch gut an Debatten im Haushaltsausschuss erinnern, in denen wir zum Beispiel über das Thema Hilfen zur Erziehung diskutiert haben und die Kollegin Veit und der Kollege Kienischer sehr insistierend gefragt haben, ob diese Ausgaben richtig veranschlagt seien. Es war Sozialsenator Wersich, der immer wieder bestätigt hat, dass sie realistisch veranschlagt wären; das waren sie aber nicht.

*(Dietrich Wersich CDU: Herrn Böwer dürfen Sie nicht vergessen!)*

– Der Kollege Böwer hat das auch gefragt, das ist richtig. Er gehört dem Haus gegenwärtig leider nicht mehr an.

Ein weiterer Punkt ist der Verzicht auf die in der alten Planung enthaltenen zentralen globalen Minderausgaben für noch nicht konkretisierte Maßnahmen. Selbst die Finanzbehörde sagt inzwischen dazu, dass überzeugende und umsetzungsfähige Maßnahmen aus dieser Kommission bisher noch nicht vorliegen. 26 Millionen Euro im Jahr 2011 und 58 Millionen Euro im Jahr 2012, genau das Gleiche bei den globalen Minderausgaben der Justizbehörde und der Innenbehörde. Das ist das Ergebnis Ihrer Konsolidierungspolitik: 220 Millionen Euro ungedeckte Schecks in diesem Haushalt.

*(Beifall bei der SPD)*

Letzte Bemerkung: Frau Hajduk, wir greifen Ihr Angebot und Ihren Hinweis gerne auf, dass wir eine sachliche und ordentliche Diskussion führen. Dazu gehört nicht einmal acht Wochen nach der Wahl aber auch die Fairness, dem Senat die Möglichkeit zu geben, einen ordentlichen Haushalt vorzulegen.

*(Dietrich Wersich CDU: Er hat schon Ausgaben vorgelegt!)*

Die Zeit sollte er haben. Der letzte Senat hat es in einem Dreivierteljahr nicht geschafft, einen ordentlichen Haushalt vorzulegen, obwohl er es hätte tun können und tun müssen. Im letzten Jahr haben Sie ein Dreivierteljahr gebraucht, um einen halbwegs auf Papier gedruckten Haushalt vorzulegen, ordentlich war er bis dahin nicht. Deshalb hat der Senat die Zeit, bis er einen Haushalt vorgebracht hat, und dann werden wir das im Haushaltsausschuss und hier im Parlament auch ordentlich debattieren und diskutieren. – Vielen Dank.

*(Beifall bei der SPD)*

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Hajduk.

**Anja Hajduk GAL:** Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Völsch! Genau das habe ich in meinem Beitrag deutlich gemacht, dass der Senat die Möglichkeit haben muss, einen Haushalt vorzulegen.

*(Thomas Völsch SPD: Dann sind wir uns einig!)*

Deswegen beschließen wir heute nicht, sondern überweisen, aber wir werden dieses Thema Schuldenbremse auch nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag vertagen.

*(Beifall bei der GAL und der CDU)*

Zunächst möchte ich etwas zu Herrn Bischoff sagen: Herr Bischoff, wir haben eine Grundgesetzregelung, die spätestens ab dem Jahr 2020 für Hamburg bindend ist. Wenn wir das umsetzen, was Ihnen so wichtig ist, nämlich konjunkturbedingt gewisse Differenzen zuzulassen, also ein Defizit in einem schlechten Jahr hinzunehmen und im guten Jahr dafür vorzubauen, wenn wir so einen Mechanismus in Hamburg wirksam machen wollen, dann müssen wir das tun, was letztlich die CDU vorgeschlagen hat, es nämlich entsprechend in die Verfassung zu übertragen und vor allen Dingen in die Landeshaushaltsordnung zu übersetzen. Sie kommen als LINKE nicht drum herum, zu der neuen Regelung Schuldenbremse auch eine landesrechtliche Übersetzung in Hamburg zu suchen, und dann werden Sie sich als LINKE positionieren müssen, ob Sie sich auch mit Ihren eigenen Ausgabenvorschlägen zutrauen, eine Schuldenbremse in Hamburg mitzutragen oder nicht. Dann können Sie nicht mehr ausweichen, so wie ich Ihren Beitrag nämlich vorhin verstanden habe, dass Sie skeptisch sind, ob man das denn hinbekommt und ob das in jeder Notsituation auch angemessen ist. Es hat etwas mit Selbstbeschränkung und Verantwortung für die Zukunft zu tun. Darüber werden Sie nachdenken müssen und dazu fordere ich Sie jetzt schon auf.

*(Beifall bei der GAL, der CDU und der SPD)*

Eine zweite Bemerkung, die ich machen möchte: Ich fand es ein bisschen enttäuschend, Herr Finanzsenator, dass Sie vor den Haushaltsberatungen, die Sie noch führen wollen, bereits sicher sind, dass man bis zum Jahr 2020 braucht, um den strukturellen Ausgleich im Haushalt hinzubekommen. Das finde ich enttäuschend, wenn ich mir einmal anschau, wie die unterschiedlichen Haushaltslagen in den verschiedenen Bundesländern sind. Da ist es für den Stadtstaat Hamburg nicht einfach, das ist mir klar, aber dass wir uns heute schon anhören sollen, dass man mit Sicherheit das letztmögliche Jahr wird ausreizen wollen, um dann erst beim strukturellen Haushaltsausgleich angekommen zu sein, das finde ich enttäuschend. Ich

**(Anja Hajduk)**

hoffe, dass Sie sich das bis zu den Haushaltsberatungen noch einmal überlegen, denn Sie wollen sicherlich auch keine Wette auf die konjunkturelle Lage zum Ende des Jahrzehnts abschließen. Die Rücklagen, die auch die vergangene Regierung noch gebildet hat – darauf hat Herr Wersich zu Recht hingewiesen –, werden Ihnen bei der jetzigen Steuereinnahmenentwicklung das Geschäft in diesen Wochen auch leichter machen, das ist doch allgemein bekannt. Von daher fordere ich Sie auf, diese Situation auch zu nutzen, um ehrgeiziger zu sein. Das können wir erwarten.

Sie haben vorhin in Ihrem Beitrag gesagt, kluge Haushaltspolitik heiße nicht, bestimmte Ausgaben wegzustreichen. Sicherlich ist es ein Punkt, auch genau hinzusehen, aber Sie haben das Prinzip "pay as you go" vorgegeben und wenn Sie demnächst zusätzliche Ausgaben neu beschließen werden, dann machen Sie im Sinne der Transparenz bitte auch deutlich, welche Sie dafür wegstreichen. Daraus werden wir Sie nicht entlassen. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Bläsing.

**Robert Bläsing** FDP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ein paar Worte zur CDU: Wir als FDP hatten eigentlich auch geplant, etwas Ähnliches in die Wege zu leiten. Sie sind uns da zuvorgekommen; insofern werden wir ganz konstruktiv an den Beratungen im Haushaltsausschuss teilnehmen.

Zu den Grünen: Frau Hajduk, Ihnen persönlich kaufe ich ab, dass Ihnen wirklich daran gelegen ist, die Verschuldung zu begrenzen und auch zurückzuführen. Aber wenn man Ihren Fraktionsvorsitzenden in der Debatte vorhin gehört hat, der schon wieder von Kreditaufnahme gesprochen hat, als es um die Energiepolitik ging, dann habe ich, was die gesamte GAL-Fraktion angeht, doch so meine Zweifel.

(*Jens Kerstan* GAL: Das macht jedes Unternehmen!)

– Schattenhaushalte wollen Sie machen, Herr Kerstan.

Insofern müssen wir schauen, was die SPD hier macht. Sie sollten, Herr Erster Bürgermeister, schon gucken, dass das Motto Ihrer Regierung jetzt am Anfang gerade nicht "Im Mehltau zu Berge wir gehn, fallera" ist, sondern Sie sollten da etwas ehrgeiziger auftreten. Im Wahlkampf der SPD war "pay as you go" sozusagen Ihr Tischfeuerwerk, das Sie immer wieder gezündet haben. Wir werden schon sehr genau darauf achten, ob das denn so Wirklichkeit wird und so plausibel der Fall ist, wie

Sie es angekündigt haben. Ich habe übrigens den Ausdruck "pay as you go", den Sie damals verwendet haben, seit dem Wahltag nicht mehr vernommen. Das müsste ich noch einmal nachschauen, aber seitdem habe ich das so nicht mehr gehört.

Zu Ihnen, Herr Bischoff. Ihr Weltbild kann man schon bei Karl Marx nachlesen.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Walter Scheuerl* CDU – *Christiane Schneider* DIE LINKE: In welchem Band denn?)

Insofern werden wir dieser Debatte im Haushaltsausschuss sehr konstruktiv folgen.

(Glocke)

**Vizepräsidentin Barbara Duden** (unterbrechend): Herr Bläsing, ich möchte Ihnen nur helfen, keine Angst.

**Robert Bläsing** FDP: Das ist lieb, Frau Präsidentin.

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Bis jetzt war das wirklich eine Debatte, bei der man merken konnte, dass ganz viele Leute zuhören. Das kippt gerade ein bisschen. Haben Sie Geduld und hören Sie Herrn Bläsing zu.

**Robert Bläsing** (fortfahrend): Ich bin eigentlich auch schon am Schluss, aber trotzdem vielen Dank, Frau Präsidentin.

Wir werden der Überweisung zustimmen und auch den Antrag sehr wohlwollend beraten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Bischoff.

**Dr. Joachim Bischoff** DIE LINKE:\* Frau Präsidentin! Drei kurze Bemerkungen: Erstens, Herr Wersich, ist unstrittig, dass 2010 weitaus besser gelaufen ist, als wahrscheinlich alle Haushaltspolitiker befürchtet haben. Die Frage, um die es ging – Herr Tschentscher hat es angesprochen –, ist, ob wir das fortschreiben können. Dazu sagt der Landesrechnungshof:

"Die vermeintlichen Konsolidierungserfolge der Vergangenheit waren zu großen Teilen weniger den Auswirkungen nachhaltiger Maßnahmen, sondern überwiegend konjunkturell bedingten Einnahmespitzen zu verdanken."

Deswegen ist das nicht seriös, wenn Sie jetzt eine Ausnahmesituation zum Anlass nehmen, die Ver-



**(Dr. Joachim Bischoff)**

fassung der Freien und Hansestadt Hamburg ändern zu wollen. Das ist der Punkt, um den es geht.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Lassen Sie uns, das finde ich jetzt ein gutes Angebot, in den nächsten Monaten bereden, mit welchen Entwicklungen wir in den nächsten Jahren rechnen können. Ich teile die Position von Herrn Tschentscher, dass eine nachhaltige Konsolidierung eine relativ schwierige Aufgabe ist, und da ist es nicht einfach mit so einer Verfassungsbestimmung getan.

Zweite Bemerkung: Frau Hajduk, Hamburg hat einen Stabilitätsbericht vorgelegt und wird das in diesem Jahr auch machen. Dieser Stabilitätsrat und dieser Stabilitätsbericht ist die Konsequenz der Schuldenregelung des Artikels 109 Absatz 3 Grundgesetz und das Grundgesetz, auch wenn wir dagegen waren, dies aufzunehmen, ist für uns Bezugspunkt. Insofern kann ich das hier überhaupt nicht nachvollziehen. In dem letzten Stabilitätsbericht steht in Sachen löchriger Käse, dass die Länder die Möglichkeit haben, bei drei Punkten zusätzliche Regelungen zu treffen, und zwar in der Frage des Auf- und Abschwungs, bei Naturkatastrophen und in außergewöhnlichen Notsituationen. Der Absatz lautet:

"Die nähere Ausgestaltung für die Haushalte der Länder regeln diese im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Kompetenzen [...]."

Hamburg hat auf diese Ausnahmeregelungen nicht zurückgegriffen. Das war meines Erachtens eher klug und das ist kein Ausweichen. Wir haben also genug Möglichkeiten, nachhaltig den Kurs der öffentlichen Finanzen zu stabilisieren. Das wird aber letztlich nur mit der Einnahmensituation gehen und nicht einfach durch Kürzungen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Wolfgang Rose SPD*)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Völsch.

**Thomas Völsch SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Bläsing, Sie haben eben ein bisschen despektierlich vom Tischfeuerwerk "pay as you go" gesprochen. Von dem großen Feuerwerk HSH Nordbank und Elbphilharmonie habe ich, wenn ich ehrlich bin, in den nächsten Jahren erst einmal die Nase voll. Da ist genügend Geld verbrannt worden.

(*Dietrich Wersich CDU:* Das ist doch jetzt billig! – *Dirk Kienscherf SPD:* Stehen Sie doch einmal zu Ihrer Verantwortung!)

– Das war sehr teuer, Herr Wersich, das war nicht billig.

Frau Hajduk, ich möchte noch einmal ganz konstruktiv aufgreifen, was Sie eben gesagt haben. Ich möchte Sie noch einmal auf den Bericht des Rechnungshofs hinweisen. Der Rechnungshof führt in seinem Bericht unter anderem aus:

"Es erfordert ab heute acht Jahre konsequenter Finanzpolitik bis zu einem strukturell ausgeglichenen Haushalt[...]."

Das macht noch einmal deutlich, vor welcher anspruchsvollen Aufgabe wir stehen. Wenn Sie meinen, dass wir dieses Ziel früher erreichen können, dann machen Sie konkrete Vorschläge, wie wir das tun können. Dann diskutieren wir hier im Parlament und im Haushaltsausschuss darüber und werden zu einer Entscheidung kommen, und wenn es dann funktioniert, wäre ich der Letzte, der sagen würde, dass es nicht geht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer einer Überweisung der Drucksache 20/108 an den Haushaltsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig passiert.

Wir kommen zu Punkt 26 der Tagesordnung, Drucksache 20/111, dem Antrag der GAL-Fraktion: Ganztägige Bildung und Betreuung an Schulen – zügig Planungs- und Handlungssicherheit für Eltern, Schulen und Hortträger schaffen.

**[Antrag der GAL-Fraktion:  
Ganztägige Bildung und Betreuung an Schulen  
– zügig Planungs- und Handlungssicherheit für Eltern, Schulen und Hortträger schaffen  
– Drs 20/111 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/206 in der Neufassung ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:  
"Ganztägige Bildung und Betreuung an Schulen" statt Verwahrung  
– Drs 20/206 (Neufassung) –]**

Beide Drucksachen möchte die FDP-Fraktion federführend an den Schulausschuss und mitberatend an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Frau Blömeke bitte.

**Christiane Blömeke GAL:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vor fast zwei Jahren hat sich der damalige schwarz-grüne Senat auf den Weg gemacht, die ganztägige Betreuung an den Schulen in Gang zu bringen, und das haben wir

**(Christiane Blömeke)**

aus guten Gründen getan. Ich will Ihnen drei davon einmal nennen.

Das neue Bildungs- und Betreuungsangebot an den Schulen sollte nicht mehr wie bisher im Kita-Gutscheinsystem an einen bestimmten Bedarf gekoppelt werden, sondern allen Kindern zur Verfügung stehen, unabhängig von der Lebenslage der Eltern. Das ist ein wichtiger Beitrag für mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit.

(Beifall bei *Robert Heinemann CDU*)

Mit der Anmeldung an der Schule sollte für die Eltern auch eine verlässliche Ganztags- und Ferienbetreuung gleich mitorganisiert werden. Es sollte kein Hin und Her mehr geben zwischen Schule und Hort, das die Eltern bislang belastet hat. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Und drittens: Das neue Angebot sollte in gemeinsamer Verantwortung zwischen Hortträgern und Schulen organisiert werden. Die Kompetenzen der Hortanbieter waren beim Ausbau dieser Ganztagschulen ausdrücklich erwünscht und das wiederum ist ein sehr wichtiger Beitrag zur besseren Kooperation von Jugendhilfe und Schule und zur Entwicklung eines gemeinsamen Bildungsverständnisses.

(Beifall bei der GAL)

Wie es dann weiterging, wissen wir alle. Fünf Schulen haben sich auf den Weg gemacht, zum kommenden Schuljahr sollen es noch einmal 21 Schulen sein und bis zur flächendeckenden Einführung, die ursprünglich einmal geplant war, soll es ein paralleles Angebot von Kita-Gutscheinsystem auf der einen Seite und ganztägiger Betreuung in den Schulen auf der anderen Seite geben. Noch unter Schwarz-Grün wurden Verhandlungen zum neuen Landesrahmenvertrag angegangen und sie standen kurz vor dem Abschluss, doch durch das Regierungsende des schwarz-grünen Senats konnten diese Verhandlungen nicht mehr zu Ende geführt werden.

So weit, so gut, könnte man meinen und alles wäre jetzt auf einem guten Weg, wenn dann gehandelt wird. Jetzt haben wir aber einen SPD-Senat, der im Wahlkampf den Menschen Klarheit versprochen hat.

(*Dirk Kienscherf SPD*: So sind wir!)

Und es wird Zeit, dass wir ihn an seinen Worten messen, Herr Kienscherf.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Aber diese Widersprüchlichkeit – die Situation der Pilotschulen auf der einen Seite und die Wünsche der SPD nach Entschleunigung auf der anderen Seite – trägt nicht zur Klarheit bei. Klarheit gewinnen wir nur, wenn wir die Umsetzung vorantreiben, und es gibt gute Gründe, dies zu tun: Die Kinder,

die bisher keinen Anspruch auf einen Hortplatz im Gutscheinsystem haben, erhalten damit endlich ein Bildungs- und Betreuungsangebot, unabhängig von der Lebenslage der Eltern. Man kann das hier nicht oft genug sagen, weil es wirklich ein wichtiger und wesentlicher Punkt ist.

Ein weiterer wichtiger Grund: Wir müssen dem vorzeitigen Abbau von Hortplätzen entgegenwirken. Wir haben jetzt schon die Situation, dass die Nachfrage wesentlich größer ist als das Angebot und das hat natürlich einen Grund, weil das Verhalten der Kita-Träger nachvollziehbar ist. Sie befürchten natürlich, dass ihre Hortplätze nicht mehr nachgefragt werden, wenn wir zunehmend ein kostenfreies Angebot in den Schulen haben. Dieser Effekt wird verstärkt durch die Ungewissheit und diese entsteht nicht zuletzt durch die Ansage der SPD zur Entschleunigung. Das ist ein ganz großes Problem, vor dem wir stehen. Die Kita-Träger können betriebswirtschaftlich nicht mehr kalkulieren, weil sie nicht mehr genau wissen, was denn jetzt wird, und aus diesem Grund muss natürlich endlich gehandelt werden.

Nicht zuletzt haben wir ab August die zweite Pilotphase, in der 21 Standorte mit dieser Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule wieder neu beginnen wollen und eine ganztägige Betreuung ausbauen wollen. Aber auch hier haben wir das Problem, dass die Landesrahmenverhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Es gibt immer noch keine Wiederaufnahme dieser Landesrahmenverhandlungen. Dabei ist das ganz wichtig, weil nur die sorgfältige Steuerung des Prozesses und eine Landesrahmenverhandlung zwischen Jugendhilfe und Behörde ein geordnetes Verfahren zulassen. Nur so können wir alle dafür sorgen, dass diese Versorgungspässe, die ich eben genannt habe, aber auch möglicherweise Kita-Pleiten verhindert werden.

Unserer Fraktion ist es dabei wichtig, dass die Erfahrungen der bestehenden Pilotstandorte mit in eine Evaluation einfließen, und zwar in eine prozessorientierte Evaluation. Und es ist natürlich ganz klar, dass wir alle heranziehen wollen, an dieser Evaluation beteiligt zu sein. Dazu zählen natürlich die Eltern, die Mitarbeiter und auch die Kita-Träger. Aus diesem Grund stimmen wir auch Punkt 2 des Antrags der LINKEN zu, die das in ähnlicher Form fordern.

Meine Damen und Herren! Klarheit und Verantwortung ist hier gefragt, Zögern und Entschleunigen sind hier fehl am Platz und zeugen nicht von einem Verantwortungsgefühl. In vielen Punkten muss die SPD das Rad auch gar nicht neu erfinden, so zum Beispiel bei den Verhandlungen mit den Trägern über eine sogenannte Investitionssicherungsvereinbarung, die es den Trägern ermöglicht, auch später noch ihre Hortplätze in dann mehr nachgefragte Krippen- und Elementarplätze umzuwan-

**(Christiane Blömeke)**

deln. Die Kita-Träger brauchen in dieser Hinsicht Planungssicherheit. Der neue Senat kann, wenn er will, schnell handeln. Er muss es politisch nur wollen.

Das größte Problem, das wir im Moment sehen, ist die mögliche Entscheidung der SPD, Ganztagschulen in Gang zu setzen ohne Beteiligung der Jugendhilfeträger oder der Hortträger. Äußerungen dieser Art waren immer wieder zu hören. Eine derartige Fehlentscheidung – anders kann es dann nicht genannt werden – hätte katastrophale Folgen für die gesamte Hamburger Betreuungslandschaft.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

– Danke, da sitzen die Experten.

Es ist jetzt an der Zeit, Eltern, Schulen und Horten zu erläutern, ob und wenn ja, in welchem Tempo Sie den eingeschlagenen Reformweg fortsetzen wollen. Ich finde es auch ganz wichtig, verehrte Damen und Herren der SPD-Fraktion, den Hortträgern zu erklären, ob sie als Partner beim Ausbau der Ganztagschulen weiterhin gewünscht sind und ob ihr Fachwissen gewünscht ist oder nicht. Das müssen die Hortträger jetzt wissen. Schaffen Sie mit der heutigen Debatte endlich Klarheit über den Kurs des neuen Senats. Schließlich sind Sie für das Versprechen, Klarheit zu schaffen, gewählt worden; dann beweisen Sie es jetzt auch.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Holster.

**Lars Holster SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Blömeke, so weit sind wir grundsätzlich inhaltlich gar nicht auseinander. Aber ich habe mich ernsthaft gefragt, warum die GAL-Fraktion in dieser Form diesen Antrag stellt und damit offen niederlegt, dass sie es in den letzten drei Jahren weder geschafft hat, ein vernünftiges organisatorisches und pädagogisches Konzept noch eine solide Finanzierung vorzulegen.

(Beifall bei der SPD – Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel übernimmt den Vorsitz.)

Die Antwort ist einfach: Dieses Thema muss schnell in die kompetenten Hände der SPD.

(Beifall bei der SPD)

Der Ausbau der ganztägigen Bildung ist richtig und notwendig. Sie bietet Chancengleichheit für alle Kinder in unserer Stadt und führt zu einer größeren sozialen Gerechtigkeit. Wir müssen mit diesem Projekt das Ziel verfolgen, dass sich die Schulen auf der einen Seite und die Träger von Kitas und Jugendhilfeeinrichtungen auf der anderen Seite wieder stärker aufeinander zubewegen und Kooperationen als gegenseitigen Gewinn nutzen.

Grundsätzlich haben wir eine große Übereinstimmung, aber die SPD-Fraktion wird diesen Antrag und auch den Änderungsantrag des Änderungsantrages des Änderungsantrages der Partei der LINKEN aus folgenden Gründen ablehnen.

Erstens: Sie fordern den Senat auf, innerhalb der nächsten drei Monate eine Planungs- und Handlungssicherheit sowie eine Finanzierung zu gewährleisten – eine unverschämte Forderung,

(*Jens Kerstan GAL: Pay as you go!*)

wenn man berücksichtigt, dass Sie seit Mai 2009 keine einzige Drucksache in dieser Angelegenheit der Bürgerschaft vorgelegt haben und es keinerlei Haushaltsplanung dazu gibt.

(Beifall bei der SPD)

Was jetzt so einmal eben in drei Monaten gefordert wird, haben Sie in den letzten drei Jahren nicht solide geplant.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens: Sie fordern, dass die Verhandlungen zwischen Hortanbietern und den beteiligten Behörden wieder aufgenommen werden sollen. Tatsache ist, dass diese Verhandlungen nie unterbrochen wurden und monatlich stattfinden. Die ehemaligen Senatoren Goetsch und Wersich haben offensichtlich den Überblick über dieses Projekt verloren.

Drittens: Sie fordern eine zügige Fortschreibung des Projekts und dass die betroffenen Träger schnell Unterstützung für die Umwandlung der Hortplätze in Krippen- und Elementarplätze erhalten sollen. Genau in diesem Punkt zeigt sich das Regierungsversagen von Schwarz-Grün. Sie nehmen die große Verunsicherung bei allen Akteuren, insbesondere den besorgten Eltern, nicht ernst. Die Pilotstandorte brauchen für ihre Weiterentwicklung des Systems Zeit und Ruhe. Eine Beschleunigung würde zudem zu einem noch massiveren Abbau von Hortplätzen bei den Trägern führen. Wir wollen erst eine qualifizierte Auswertung der zweiten Modellphase unter Einbeziehung aller Akteure vornehmen. In diesem Punkt stimmen wir der Partei der LINKEN durchaus bei ihrem Antrag zu.

(*Heike Sudmann DIE LINKE: Der Fraktion auch!*)

Die GAL und auch der Änderungsantrag der Fraktion der LINKEN fordern eine Darstellung aller Schulstandorte, die eine räumliche Voraussetzung für eine Ganztagschule erfüllen. Natürlich sind räumliche Faktoren wichtig, aber wer eine ganztägige Bildung und Betreuung an Schulen vorrangig auf der Grundlage räumlicher Aspekte umsetzen will, wird keine Akzeptanz bei Schülern, Eltern und Lehrern erfahren.

(*Mehmet Yildiz DIE LINKE: Haben Sie den Antrag überhaupt gelesen?*)

**(Lars Holster)**

Ich persönlich erlebe seit vielen Jahren jeden Tag, wie umfangreich und schwierig es ist, ein auf die unterschiedlichen Bedarfe abgestimmtes Ganztagsangebot zu schaffen.

(*Dr. Till Steffen GAL*: Dafür werden Sie ja bezahlt!)

– Richtig.

Die Weiterentwicklung der Ganztagschule ist ein intensiver Prozess, der unter Einbeziehung aller Akteure sorgfältig und verantwortungsbewusst geplant und solide finanziert werden muss. In Ihren Anträgen lese ich dazu kein einziges Wort. Die GAL spricht in ihrem Antrag von der Handlungssicherheit für Eltern, Schulen und Hortträger. Es wird wieder Zeit, dass wir individuell auf die Kinder in unserer Stadt schauen, bevor wir allen Schulen einen neuen organisatorischen Kraftakt zumuten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel**: Das Wort hat jetzt Herr Heinemann.

**Robert Heinemann** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Holster, man muss vorsichtig sein, dass man nicht arrogant klingt, aber ich habe irgendwie den Eindruck, dass Sie zumindest die Debatte der letzten Jahre zu diesem Thema nicht wirklich verfolgt haben und leider auch noch nicht gelesen haben, was die Trägervereinigungen zu diesem Thema geschrieben haben, gerade auch zur Position Ihrer Partei.

Es gibt ein detailliertes Konzept. Natürlich kann man immer noch Details verbessern, das ist auch der Grund, warum man nicht gleich mit der flächendeckenden Umsetzung angefangen hat, sondern eben mit Pilotstandorten. Und der Sinn von Pilotstandorten ist, dass man lernt und schaut, wie sich diese entwickeln und ob es eine zweite Phase geben sollte. In zwei Jahren sollte es dann eine flächendeckende Einführung der ganztägigen Betreuung geben. Das zeigt gerade, dass bei diesem Prozess der sukzessiven Einführung geplant war, an der einen oder anderen Stelle noch nachzubessern.

Der Unterschied ist nur: Wenn man verbessern möchte, dann braucht man erst einmal ein Konzept und das kann ich nun wirklich bei Ihnen im Moment überhaupt nicht erkennen.

(Beifall bei der CDU und bei *Jens Kerstan GAL*)

Im Regierungsprogramm haben Sie noch geschrieben:

"Das mit [den] Pilotprojekten verfolgte Ziel, Horte an die Schulen zu bringen, ..."

– also das, was Schwarz-Grün vorhatte –

"... ist grundsätzlich richtig."

In der Regierungserklärung, und ich habe dem Bürgermeister sehr genau zugehört, habe ich dazu kein einziges Wort gefunden, nichts zu diesem wichtigen Thema ganztägige Betreuung und der Frage der Kooperation mit den Horten. Stattdessen, und da habe ich dann sehr genau hingehört, hat er einen massiven Ausbau der Ganztagschulen angekündigt, ebenso wie später der neue Schulsenator in einem Interview. Statt einer Weiterentwicklung unseres Konzepts, wie noch angekündigt, will Olaf Scholz jetzt offenbar doch wieder die Lufthoheit über den Kinderbetten erobern: staatliche Ganztagsbetreuung statt Kooperation mit den freien Trägern, Zwangsganztagschulen für alle statt Betreuung für die, die sie wollen oder brauchen. Da ist sie wieder, die alte sozialdemokratische Idee vom starken Staat, der schon weiß, was für die Menschen am besten ist.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Stefanie von Berg GAL*)

Dieser Schwenk der SPD aus einem eher bürgerlichen Wahlkampf zurück in die alte Mottenkiste ist kein Zufall; wir konnten es ja in den letzten Tagen auch bei der Debatte um die Vorschule beobachten. Auf "Abgeordnetenwatch" hatte der Abgeordnete Ties Rabe, so wie ich ihn kenne und schätze, noch gesagt:

"Vorschule und Kindertagesstätte sind zwei gleichwertige Angebote für Kinder vor der Einschulung."

– Ganz Ihrer Meinung.

Der Senator Ties Rabe erklärt jetzt im "Hamburger Abendblatt":

"In den Vorschulklassen werden die Kinder optimal auf den Besuch der Grundschule vorbereitet."

In den Kindertagesstätten also offenbar seiner Meinung nach nicht, weshalb er jetzt auch ohne Prüfung irgendwelcher Kapazitäten einfach eine Zusage für alle Vorschulanmeldungen gab. Dabei weiß er noch nicht einmal, wo er die ganzen Rückläufer vom Gymnasium unterbringen soll.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Stefanie von Berg GAL*)

Das Problem dieser ideologischen Rückfälle ist, dass sie leider auf dem Rücken der Betroffenen erfolgen und natürlich auch die Problemlösung verschleppen. Tatsache ist doch, dass viele Eltern in Hamburg trotz aller Verbesserungen, die wir schon erreicht haben, vergeblich einen passenden Hortplatz suchen. Tatsache ist doch, dass es Probleme mit der Abdeckung der Ferienzeiten gibt. Tatsache ist doch, dass wir überall komplizierte Bring- und Abholdienste haben und, wenn dann mal einer krank wird, es riesige Probleme gibt, um die Kinder

**(Robert Heinemann)**

zur Schule und wieder zum Hort zurückzubringen. All dies muss in Hamburg im Moment jeden Tag kompliziert organisiert werden. Tatsache ist auch, dass wir in Hamburg in den Kitas zügig Platz für den Ausbau der Krippenplätze brauchen. Auch dies ist innerstädtisch, das haben wir alles erlebt, nicht immer ganz einfach. Hierauf muss die Politik jetzt eine Antwort geben und nicht erst irgendwann in einigen Jahren. Die Politik kann und darf das aus meiner Sicht auch nicht alleine machen, sondern nur gemeinsam mit den vielen hoch qualifizierten Trägern und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Eltern und natürlich auch den Schulen.

Frau Blömeke hat es gesagt, vor allem brauchen die Kinder, Eltern, Schulen und Träger jetzt endlich Klarheit. Was passiert denn zum Sommer mit der zweiten Pilotphase? Dazu brauchen sie jetzt einmal eine Aussage. Wie bekommen die Träger Planungssicherheit für die Investitionen für die dringend benötigten Hortplätze? Welche Schulen sollen denn nach Vorstellung des Senats Ganztagschulen werden und auf welcher Grundlage erfolgt eigentlich in diesen Tagen die Schulentwicklungsplanung? Auch hier gilt wieder: Ohne klare Aussagen kann es doch gar keinen Schulentwicklungsplan geben, der nämlich dann die Ganztagskapazitäten entsprechend ausbaut, und ohne einen Schulentwicklungsplan können wiederum die dringend benötigten Schulbauten und die Sanierungen nicht beauftragt werden, die teilweise zum 1. August schon existieren müssen. Wenn man sich dann auch noch ansieht, was die Träger schreiben, die massiv vor Versorgungsengpässen und eigener Insolvenz warnen, dann zeigt sich, vor welcher Problemlage sie da stehen, wenn sie kein klares Konzept haben.

Eigentlich ist die im GAL-Antrag genannte Frist vom 30. Juni viel zu lang für viele Träger und auch für die Betroffenen. Ich hätte erwartet, dass die SPD nach so langer Vorbereitungszeit auch ein Konzept hat, und wenn man unseres immer ablehnt, man auch weiß, was man will, wenn man ordentlich regieren will.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Leider scheint ein solches nicht vorzuliegen, sondern es gab nur viel heiße Luft. Wir geben Ihnen von daher noch ein paar Wochen Zeit, unterstützen den Antrag der GAL und sind sehr gespannt, was Sie uns vorlegen werden.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Die Abgeordnete Frau von Treuenfels hat das Wort.

**Anna-Elisabeth von Treuenfels** FDP: Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir Liberalen sind von einer verlässlichen und verbes-

serten Betreuung der Kinder am Nachmittag total überzeugt. Das ist eine der wichtigsten Grundlagen, und das wissen wir alle, für mehr Bildungsgerechtigkeit und für familienfreundliche Politik, die wir in der Stadt sehr nötig haben. Allerdings, und das ist wichtig, sind wir der Auffassung, dass bei diesem Thema Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehen muss.

(Beifall bei der FDP)

Das gilt für den Antrag der GAL und auch für die Äußerungen der CDU, die ich hier gerade gehört habe. Der Grund ist ganz einfach. Eine Ausweitung der Hortbetreuung an Schulen, auch an Pilot-schulen, ist organisatorisch, räumlich, personell und auch finanziell eine riesige Herausforderung. Deshalb brauchen wir vor der Entscheidung eine Bewertung der Ergebnisse der ersten Pilotphase der Ganztagsbildung, bei der auch Träger und Kritiker einmal zu Wort kommen sollen. Wir brauchen, und darauf legen wir Wert, eine externe Evaluation der zweiten Pilotphase, um die Erfahrungen mit "GaBi" unabhängig bewertet unter die Lupe nehmen zu können.

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen ein finanzielles Rahmenkonzept des Senats, das die Grundlage für die Gespräche mit den Trägern bildet.

Meine Damen und Herren, eine sofortige Zustimmung zu dem Antrag der GAL hieße, eine Carte blanche auszustellen. Dafür sind wir nicht zu haben und das werden wir auch nicht mitmachen.

(Beifall bei der FDP)

Alein die Antworten zum Schulbau aus der Anfrage der SPD vom Februar dieses Jahres zeigten deutlich, dass die meisten Umbau- und Erweiterungsplanungen der jetzigen Pilotstandorte noch nicht einmal abgeschlossen sind. Hier ohne ein umsetzungsfähiges Konzept Fakten zu schaffen, bedeutet genau das glatte Gegenteil von Planungs- und Handlungssicherheit. Was dabei herauskommt, haben wir in den letzten Jahren und Legislaturperioden in der Schulpolitik deutlich sehen können: das blanke Chaos.

Verantwortliche Schulpolitik heißt, gerade wenn es um Kinder und Jugendliche geht, Erfahrungen auszuwerten, Konsequenzen zu ziehen, Transparenz und Rahmenbedingungen zu schaffen. Alles andere wäre ein Rückfall in die tristen Zeiten der staatlichen Zuteilungswirtschaft von Betreuungsplätzen.

(Beifall bei der FDP)

Einen Salto mortale in die Neunzigerjahre wollen wir auf keinen Fall, weil er auf Kosten der Kinder und Eltern ginge. Deshalb plädieren wir dafür, diesen Antrag an den Schulausschuss zu überweisen. So können wir alle zusammen vernünftige Rahmenbedingungen schaffen, um das zu bewerk-

**(Anna-Elisabeth von Treuenfels)**

stelligen, was wir alle wollen: verstärkte ganztägige Betreuungsangebote. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Frau Heyenn, Sie haben das Wort.

**Dora Heyenn** DIE LINKE:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der schwarz-grüne Senat hat allen Eltern, also auch den nicht berufstätigen, im Rahmen der ganztägigen Bildung und Betreuung an Schulen, kurz "GaBi" genannt, einen Hortplatz für deren Kinder versprochen. Statt 18 000 sollten 28 000 Kinder so in den Genuss einer ganztägigen Betreuung kommen. Das hörte sich gut an, entpuppte sich aber ganz schnell als Verwahrung statt Betreuung.

Es gab viel Kritik, vor allem von Eltern und Beschäftigten. Hier die wichtigsten Kritikpunkte: Erstens wurde ganz besonders kritisiert, dass 10 000 zusätzliche Kinder ohne zusätzliche Mittel betreut werden sollten. Das ist nicht anderes als weniger Betreuung und schlechtere Betreuung. Deshalb wurde "GaBi" auch ganz schnell übersetzt mit "ganz billig" oder man sprach von "Ganztagschule light".

Zweitens wurde gefragt, warum man fünf Schulen seit Schuljahresbeginn 2010 in einen Pilotversuch schickt, aber das Ergebnis dieses Schulversuchs nicht abwartet. In diesem Punkt sind wir mit der FDP einig, dass man das erst einmal abwarten müsste – man staune. Der Grund konnte nur folgender sein. Die ersten Ergebnisse waren offenkundig nicht überzeugend genug und deshalb wollte man schnell vollendete Tatsachen schaffen. So war es auch zu hören und der Presse zu entnehmen. Die Mängel, die bei diesen Pilotversuchen zutage traten, waren diese: Es gab keine entsprechenden Räumlichkeiten an den Schulen, es wurde in einer Schule in drei Schichten gegessen und die Kinder mussten unter Druck in einer Viertelstunde ihr Mittagessen einnehmen, es gab kein pädagogisches Konzept und für Wahlangebote mussten Eltern teilweise zusätzlich Geld entrichten. Während dieser Zeit hat die Mutter eines Kindes aus der Schule Lutterothstraße zu diesem Thema gesagt, es fehlten kreative Angebote und Materialien und ein pädagogisches Konzept könne sie als Mutter nicht erkennen. Deshalb überlegt sie jetzt, ihr Kind von dieser Schule zu nehmen.

Weitere Kritik richtete sich dagegen, dass die ganztägige Bildung und Betreuung an Schulen versteckte Gebühren enthielt. So sollten für Randzeiten vor 8 Uhr und nach 16 Uhr Gebühren gezahlt werden, ebenso für die Betreuung in den Ferien und auch für das Mittagessen sollte Mittagsgeld bezahlt werden.

Die grün geführte Schulbehörde wehrte sich gegen diese Kritik und argumentierte, es lägen 80 Bewerbungen für die zweite Phase von "GaBi" vor. Auch würden sich viele Eltern für die ganztägige Bildung und Betreuung an Schulen bewerben. Dem ist Folgendes zu entgegnen: Abgesehen davon, dass es statt 80 Schulen in der zweiten Pilotphase nur noch 21 Schulen waren, die an "GaBi" teilnehmen wollten, stehen viele Eltern unter Druck. Das "Hamburger Abendblatt" hat es auf den Punkt gebracht:

"Viele Eltern, die dringend einen Betreuungsplatz brauchen, denken, 'besser' den als [gar] keinen."

Und mit dem Antrag der GAL werden diese Mängel nicht beseitigt. Bevor bei "GaBi" irgendetwas zügig gemacht wird, ist die Evaluation der Pilotschulen abzuwarten. Und da das Ergebnis dieser Evaluation nicht von vornherein feststeht, sind die Betroffenen in den pädagogischen Beirat einzubeziehen, sie zu beteiligen und ihnen gegebenenfalls auch ein Minderheitenvotum einzuräumen.

Herr Heinemann, ich muss sagen, wir sind selten einer Meinung, aber Sie haben mir die ganzen Argumente, die ich vom Abgeordneten Rabe zum Senator Rabe in dieser Frage aufführen wollte, alle weggenommen, aber ich unterstütze Sie voll. Der Vorschlag der SPD, die ganztägige Bildung und Betreuung an Schulen zu beschleunigen, läuft auf eine Verschiebung des Betreuungsangebots für alle Kinder hinaus. Noch im Januar dieses Jahres hat Olaf Scholz dem Landeselternausschuss Kinderbetreuung im Wahlkampf als Sofortmaßnahme die Erweiterung des Rechtsanspruchs auf einen Hortplatz wieder bis zum 14. Lebensjahr versprochen. Viele Eltern brauchen aber einen Ganztagsplatz für ihre Kinder. Deshalb muss die SPD ihr Wahlversprechen einhalten und darf nicht schon wenige Wochen nach der Wahl dieses Versprechen brechen.

Die Erweiterung des Rechtsanspruchs auf einen Hortplatz bis zum 14. Lebensjahr ist sofort zu gewährleisten. Dabei darf der Betreuungsschlüssel unserer Auffassung nach nicht verschlechtert werden. Dafür hat der LEA keine Unterschrift geleistet. Wir legen neben den vier Punkten, die in unserem Antrag aufgeführt sind, großen Wert darauf, dass im Rahmen der aktuellen Fortschreibung des Schulentwicklungsplans darzustellen ist, welche Standorte zu welchem Zeitpunkt frühestens Ganztagschule werden können. Wichtig ist auch, über die geeigneten Räumlichkeiten für die ganztägige Bildung und Betreuung an Schulen Auskunft zu bekommen, denn es kann nicht sein, dass es so weitergeht wie bisher, dass die Kinder sich in einer sehr kargen Umgebung komplett unwohl fühlen. Wir werden diesen Antrag ziffernweise abstimmen lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Senator Rabe hat das Wort.

**Senator Ties Rabe:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ganztagschule ist in der Tat, das haben alle Vorredner deutlich gemacht, die richtige Antwort auf die Herausforderung an das deutsche und das Hamburger Bildungssystem. Drei Herausforderungen will ich nennen.

Erstens: Das Leben vieler Familien hat sich deutlich verändert, in der Regel arbeiten beide Elternteile. Das finden wir gut, aber was tun die Kinder, wenn nachmittags keiner zu Hause ist? Auf diese Frage gibt die Ganztagschule eine passende und richtige Antwort.

Zweitens: In einigen Familien sind die Eltern überfordert, wenn es darum geht, den Schülerinnen und Schülern, ihren Kindern zu helfen, in der Schule klarzukommen. Sie können nicht in dem Maße Unterstützung bieten, wie das in unserem heutigen Schulsystem leider noch notwendig ist. Die Ganztagschule bietet gerade diesen benachteiligten Kindern die Chancengleichheit, die sie benötigen, damit sie Chancen in der Schule bekommen.

Drittens: Kinder leben heute in einer Zeit, in der sie immer seltener Geschwister haben, in der es immer schwieriger wird, mit Freunden einfach nur zu spielen. Dagegen sind sie einer Reizüberflutung von Medien und anderen Angeboten zu Hause ausgesetzt. Dieser Vereinsamung und Überflutung bietet ebenfalls die Ganztagschule ein entsprechendes Gegenkonzept, das wir für genau das richtige halten. Deswegen hat dieser Senat schon im Wahlkampf eine sehr klare Politik angekündigt. Diese Politik werden wir beibehalten. Sie lautet: Wir wollen zur Entlastung berufstätiger Eltern viele neue Ganztagschulen schaffen, um Kindern sinnvolle Freizeit- und Gemeinschaftsangebote zu bieten und ein gerechteres Schulsystem und mehr Chancengleichheit durchzusetzen. Deshalb wird dieser Senat viele neue Ganztagschulen auf den Weg bringen.

(Beifall bei der SPD)

Auf welchen Weg? Genau um diese Frage ringen wir jetzt. Die Zusammenarbeit von Schule und Hort, das sage ich sehr klar, bringt uns dieser Idee einer flächendeckenden Ganztagschule über alle Schulformen ein großes Stück näher, denn warum sollte eine Schule alles alleine machen, wenn doch bei jeder Schule um die Ecke bereits jetzt ein entsprechendes Hortangebot einer Kindertagesstätte vorhanden ist, wenn also jetzt schon nachmittags Schulkinder erfolgreich betreut werden. Es ist nur vernünftig, diese vorhandenen Angebote zu verzahnen und zu verbinden. Wenn zwei bislang ge-

trennte Einrichtungen zusammenarbeiten, dann birgt das viele neue Chancen.

Aber es ist nicht leicht, diese Frage genau zu durchdenken und zu klären. Es geht um Räume, das wurde richtig angesprochen, es geht um Erzieher, es geht um Möbel, es geht um Geld, es geht um Abstimmungszeiten, um Rahmenverträge, Zeitabläufe, Standorte und vieles mehr. Sie alle haben diese Punkte selber aufgeführt. Und das muss alles solide bedacht sein, denn gute Schulpolitik lebt nicht nur von der richtigen Idee, man muss es dann auch richtig machen. Wir haben in den letzten drei Jahren ein Feuerwerk an Ideen erlebt, darunter waren auch einige gute, das will ich zugestehen. Aber diese Idee zu haben, ist eben noch nicht gutes Regieren. Dazu muss man auch sorgfältig planen und seriös umsetzen. Genau daran, das darf man an dieser Stelle einmal sagen, hat es diesem Thema in den letzten drei Jahren gemangelt. Und genau das wollen wir jetzt ändern.

(Beifall bei der SPD)

Gerade bei der ganztägigen Betreuung, so wie sie geplant ist, gibt es viel zu tun. Wir erinnern uns, durch den Planungsprozess der letzten zwei Jahre sind viele Wunden entstanden. Herr Holster, Sie haben nicht nur bereits darauf hingewiesen, dass Sie selber es nicht geschafft haben, einen klaren Zeitplan vorzulegen und auch entsprechende Drucksachen hier jemals vorzulegen, sondern ganz im Gegenteil haben Sie in der Vergangenheit zwar die Richtung vorgegeben, aber ständig durch Vollgas und Vollbremsung die Szene derart irritiert, dass heute keiner mehr weiß, was eigentlich Sache ist.

Ich erinnere an die Debatten, die wir hier geführt haben. Zunächst hieß es, alle Grundschulen sollten zu einer Ganztagschule werden, alle, und zwar ganz schnell. Dann wurde das Ganze plötzlich gestoppt und es hieß, man wolle jetzt erst einmal die Primarschule einführen und alles solle anhalten. Nach dem Volksentscheid hieß es wieder: Vollgas geben, möglichst viele Ganztagschulen, 80 waren angekündigt. Und dann hieß es wieder, das mit 80 werde nichts, es würden etwas weniger und am Ende sind es 20. Und wenn man ehrlich abrechnet, sind es eigentlich sogar nur 15.

Dieses Hin und Her der Vergangenheit hat die Szene schwer verunsichert, hat die Träger und auch die Schulen verunsichert. Und in dem Durcheinander haben Horte angefangen zu schließen. Und deswegen sagen wir: Wer so dramatische Veränderungen plant, der muss auch seriös planen und berechenbar sein. Genau das wollen wir tun und mit erneutem Vollgas werden wir diesem Ziel weiß Gott nicht näher kommen.

Wie schwierig die Lage ist, zeigen übrigens Ihre Anträge. Ich will einmal kurz die Redebeiträge der anderen zusammenfassen. Frau Heyenn von der

**(Senator Ties Rabe)**

LINKEN sagt, das könnte klappen, aber das müsse man ganz sorgfältig auswählen – Klammer auf, das klingt nicht, als ob das schneller geht. Und dann muss man es vor allem wesentlich besser ausstatten, also langsamer und teurer. Das kann man akzeptieren.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Aber nicht für die Eltern!)

Die GAL sagt: Ganz schnell, jetzt sofort, in den nächsten drei Wochen müsse etwas passieren. Die FDP sagt: Das ist viel zu schnell. Und die CDU? Herr Heinemann hat nur Fragen gestellt, wenn man genau hinhörte, denn er hat selber keine Position, er will nur von uns eine hören, damit er sich dann an einer abarbeiten kann. Das ist aus Sicht der Opposition legitim, aber ich hätte es gut gefunden, wenn Sie selber gesagt hätten, was Sie eigentlich wollen. Aber nun habe ich vier verschiedene Positionen hier liegen und genau so ist es in der Stadt und genau so ist es bei den Schulen auch. Genau deshalb, Frau Blömeke, heißt die Devise nicht: Jetzt aber Vollgas geben und mit Schwung in das Minenfeld fahren, damit es so richtig explodiert, sondern vor dem Minenfeld stehenbleiben und den Weg suchen. Das muss die Devise sein und das haben wir vor.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel** (unterbrechend): Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Yildiz?

**Senator Ties Rabe:** Eine Zwischenfrage von Herrn Yildiz – aber gerne.

**Zwischenfrage von Mehmet Yildiz DIE LINKE:** Herr Senator Rabe, ich möchte, weil ich gleich auch reden möchte, jetzt direkt durch eine Frage etwas von ihnen erfahren. Werden diese 21 geplanten Pilotprojekte jetzt umgesetzt oder warten wir erst einmal auf die fünf und die Pilotprojekte werden danach umgesetzt?

**Senator Ties Rabe** (fortfahrend): Herr Yildiz, das steht hier, die Frage beantworte ich noch.

Dass wir jetzt handeln müssen, ist völlig klar, aber ich will einmal darauf hinweisen, Herr Heinemann, in der jetzigen Situation ist das weiß Gott nicht leicht, denn ein bestelltes Feld finden wir in der Schulpolitik nicht vor. Ihre Anfragen, die Sie zurzeit stellen, zeigen das sehr genau. Und ich will einmal sagen, was sonst noch alles auf diesem Berg herumliegt. Ein neues Notensystem: angefangen, liegengelassen; neue Lehrpläne müssen dringend erstellt werden: angefangen, liegengelassen; ein neuer Schulentwicklungsplan: angefangen, liegengelassen; das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung dringend umsetzen: Fünf Tage

vor der Pressekonferenz gab es in der Behörde fast nichts, das muss man sich einmal vorstellen.

(Zuruf von Robert Heinemann CDU)

– Ja, weil wir in fünf Tagen erarbeitet haben, was Sie fünf Monate vergessen haben.

(Beifall bei der SPD - Dirk Kienscherf SPD: Richtig!)

Die Stadtteilschule entwickeln: nichts passiert; den schulischen Nachhilfeunterricht voranbringen: wieder nichts passiert; Inklusion von Förderkindern: an die Wand gefahren, kann man schon sagen und nun noch neue Ganztagsangebote. Angesichts dieser Erblast, vor der ich jetzt stehe, haben Sie die Idee zu sagen: Das haben wir drei Jahre nicht hinbekommen, aber jetzt hat der neue Schulsenator immerhin schon zwei Wochen und vier Tage im Amt zugebracht, nun muss er aber endlich das Konzept vorlegen, was wir nicht hinbekommen haben. Ich muss ganz ehrlich sagen: Das ist schon verwegen, was Sie da fordern.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb werden wir an dieser Stelle Folgendes tun. Erstens: Selbstverständlich werten wir aus, was die fünf – inzwischen sind es übrigens sieben – Pilotschulen gemacht haben und welche Erkenntnisse sie haben. Wir wissen zum Beispiel, dass es dringend notwendig ist, den Vormittags- und den Nachmittagsteil zu verzahnen, denn in Wahrheit haben die zurzeit kaum Gelegenheit, miteinander zu reden und sich auszutauschen. Das ist zum Beispiel ein Punkt.

Zweitens: Wir wissen, dass jetzt 15 Schulen plus sechs weitere einen Antrag gestellt haben. Selbstverständlich stehen wir zu unserem Wort. Die gehen an den Start und werden dabei bestmöglich unterstützt. Das zu Ihrer Frage, Herr Yildiz, die nur allzu berechtigt ist.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Wann?)

– Der Start, Frau Heyenn, ist im Sommer 2011, genauso, wie wir das gesagt haben.

Gleichzeitig erarbeiten wir Kriterien, wie das in Zukunft besser laufen kann und wie wir die vielen Schrammen und die vielen Probleme an der Stelle beseitigen können. Das werden wir so schnell wie es geht machen, denn die ganze Erblast, die ich eben aufgezählt habe

(Zuruf von Robert Heinemann CDU)

– Herr Heinemann, das machen Sie ja ständig deutlich –, müsste theoretisch auch ganz schnell entschieden werden: Lehrpläne, Schulentwicklungsplan, Notentafel, Studentafel und so weiter und so weiter.

Ich komme zum Schluss. Sorgfältig planen, gut regieren, genau das, Frau Blömeke, werden wir tun. Wir werden dazu intensive Gespräche mit den Ki-



**(Senator Ties Rabe)**

taträgern führen. Die laufen zurzeit und wir haben demnächst ein großes Gespräch dazu. Nach drei Jahren ist für uns ein Kurs klar: Sorgfalt statt Hektik. Und so werden wir verfahren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Frau von Berg hat das Wort.

**Dr. Stefanie von Berg GAL:\*** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Rabe hat mich ganz aus dem Konzept gebracht.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sehr gut!)

Ich hatte mich innerlich und gedanklich auf ganztägige Bildung und Betreuung an Schulen eingestellt und war jetzt irgendwie mit einer Abrechnung der letzten Legislaturperiode beschäftigt. Ich werde aber auf all diese Kritik nicht eingehen, sondern mich wirklich auf das Thema des Antrags beschränken.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL – Dirk Kien-scherf SPD: Nein, das wäre auch ungünstig für Sie!)

Zuerst zu Herrn Holster, wir hätten viel zu früh Planungs- und Handlungssicherheit gefordert. Planungs- und Handlungssicherheit waren bereits auf dem Weg. Das Gerüst des Ganzen, das Skelett ist der Landesrahmenvertrag. Wir waren in Verhandlungen mit den Trägern und den Beteiligten. Durch die Neuwahlen wurden die Verhandlungen zum Landesrahmenvertrag unterbrochen und darum stehen die Hortträger jetzt vor einer großen Unsicherheit. Ich kann das Papier, das Herr Heinemann vorhin schon einmal zitiert hat, noch einmal hochhalten. Die Hortträger fordern jetzt alle dringend Planungssicherheit. Gerade dadurch, dass die Entschleunigung kommt, kommt es zu diesen Unsicherheiten und zum Sterben von Horten. Das, meine Damen und Herren, ist einfach Fakt und das bitte ich, auch einmal zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Frau von Treuenfels hat, glaube ich, das Konzept der ganzen Sache nicht verstanden. Es gibt nämlich durchaus ein Konzept, zu dem ich nachher auch noch einmal ganz kurz komme. Das Konzept lag vor und es ist nicht so, dass es kein Konzept gegeben hätte. Nur muss man es natürlich auch verstehen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ach so, das haben wir alles nur falsch verstanden!)

Frau Heyenn hat Kritikpunkte genannt, die aber bereits weitestgehend ausgeräumt waren. Es wird eine Evaluation gefordert, die wir auch befürworten. Diese läuft prozessbegleitend. Auch wir sind, da sind wir ganz d'accord mit der LINKEN, für eine Evaluation mit einem pädagogischen Beirat unter

Einbeziehung aller Beteiligten, also der Träger sowie natürlich auch der Eltern.

Ich möchte zum Schluss noch eines dazu sagen, warum wir eigentlich diese Debatte führen. Es wird die ganze Zeit von der Ganztagschule geredet. Ganztagschule ist nicht dasselbe wie ganztägige Bildung und Betreuung, das sind zwei verschiedene pädagogische Konzepte. Die Ganztagschule ist eine Schule, an der den ganzen Tag Unterricht stattfindet, während die ganztägige Bildung und Betreuung tatsächlich davon geprägt ist, dass der Tag anders rhythmisiert ist, dass Kinder den ganzen Tag ein Recht auf Bildung und Betreuung haben und nicht einfach morgens auf Unterricht und nachmittags auf Hausaufgabenbetreuung, sondern tatsächlich eine andere Rhythmisierung des Tages. Deswegen stehen wir hier, denn wir wollen eine Teilhabe aller Kinder, wir wollen Chancengerechtigkeit jetzt ermöglichen und nicht erst in fünf oder sechs Jahren und wir wollen ganz klar, und das ist das Allerwichtigste, eine Verzahnung von Schule und Hort. Eine Ganztagschule ist nämlich im Wesentlichen eine Schule, die nur von Lehrkräften begleitet wird, während die ganztägige Bildung und Betreuung davon geprägt ist, dass zwei kompetente Partner miteinander kooperieren. Hierin haben die Horte große Kompetenzen. Diese sollten wir auf keinen Fall außer Acht lassen.

(Beifall bei der GAL)

Deswegen fordern wir auch Planungs- und Handlungssicherheit für die Hortträger jetzt und nicht erst später, damit es nicht zum Hortsterben kommt, und wir fordern vor allen Dingen die Wiederaufnahme der Verhandlungen, die aufgrund der Neuwahlen abgebrochen wurden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Herr Eisold, Sie haben das Wort.

**Gunnar Eisold SPD:\*** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau von Berg, das Konzept lag vor, es wurde nur nicht verstanden. Ich würde Sie bitten, einmal das vorzulegen, was uns an Konzepten in den letzten zwei Jahren zugegangen ist. Wir haben es nicht gesehen, sonst hätten wir uns gern damit beschäftigt und Sie können sicher sein, wir hätten es auch verstanden.

(Beifall bei der SPD)

Vielmehr ist es – Herr Wersich, das zeigen auch die heutigen Beiträge – ein Feuerwerk der Ideen gewesen; das sagte Herr Rabe ganz richtig. Es reicht vom Lob auf die Ganztagschule, das wir auch teilen – Frau Blömeke hat das vom Grundsatz her völlig richtig aufgeführt –, bis zu dem, was Herr Heinemann sagte über eine Zwangs-Ganztagschule für alle. Das waren die unterschiedli-

**(Gunnar Eisold)**

chen Positionen von GAL und CDU. Dabei kam nicht mehr heraus als ein bunter Strauß von Ideen, der nie in einem Konzept zusammengebunden wurde. Wir aber haben heute mit den Folgen zu leben und die heißen in der Tat Probleme bei den Kita- und Hortträgern.

*(Dirk Kienscherf SPD: Richtig!)*

Hier lohnt sich einmal ein Blick zurück. Herr Wersich, Sie sind doch mit Frau Goetsch im Mai 2009 in die Landespressekonferenz gegangen und haben Großes verkündet. Sie haben gesagt, zum Schuljahresbeginn im Herbst 2011 – bis dahin ist es kein halbes Jahr mehr – sollte in Hamburg für 40 Prozent der Schulkinder bis zur sechsten Klasse die Betreuung bis 16 Uhr gewährleistet sein; ein Ziel, das einen staunen ließ, das aber, wenn Sie es realisiert hätten, sicherlich auch Anerkennung gefunden hätte.

*(Dietrich Wersich CDU: Sie waren ja am Anfang dagegen!)*

18 000 Kinder waren es zum damaligen Zeitpunkt. Sie haben ausgerechnet, es müssten in diesem Herbst 28 000 Kinder sein. Das ist ein hohes Ziel, aber was ist heute? Es ist bisher bei den sechs bis sieben Pilotschulen geblieben,

*(Dietrich Wersich CDU: Es hat auch andere Beschlüsse gegeben!)*

die im Übrigen Geldprobleme haben, weil sie nicht auskömmlich finanziert sind. Das ist keineswegs das Werk eines Senators, der vor Kurzem erst seine Arbeit aufgenommen hat, sondern einer unzulänglichen Planung, die Sie den Pilotschulen mit auf den Weg gegeben haben.

In diesem Herbst haben wir die Situation, dass möglicherweise weitere Schulen an den Start gehen. Ob das tatsächlich gelingt, wird davon abhängen, ob Herr Rabe und unser SPD-Senat in der Lage sind, das aufzuholen, was Sie nicht geleistet haben. In erster Linie muss benannt werden, dass wir keinen Landesrahmenvertrag haben, der den Trägern die Sicherheit gibt, wenn sie in dieses neue Modell investieren. Sie haben genug Zeit gehabt, sich daran abzuarbeiten. An uns als SPD lag es nicht. Sie haben unsere Unterstützung immer gehabt, wenn es darum ging, Ganztagsbetreuung herzustellen, auch generell in diesem Hause, mit Ausnahme vielleicht der CDU. Aus all den unterschiedlichen Zielrichtungen habe ich immer wahrgenommen, dass das Ziel einer Ganztagschule etwas ist, was für wichtig gehalten wird, gerade auch, weil es die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördert.

*(Dietrich Wersich CDU: Sie haben das noch nicht verstanden!)*

– Wir haben das sehr gut verstanden, Herr Wersich.

Was durch Ihre handwerklichen Fehler vorliegt, baden die Träger und Eltern heute aus. Dazu gehört auch die Problematik der Hortplatzkapazitäten. Es ist richtig, dass viele Träger dazu übergehen, das, was sie an Hortplätzen zur Verfügung haben, infrage zu stellen, weil sie nicht wissen, wie die Perspektive aussieht. Das ist schlecht für die Eltern und die Träger und daran muss gearbeitet werden. Aber es hilft nichts, an dieser Stelle Ratschläge zu geben, wenn wir uns nicht in Ruhe die Fakten ansehen. Der Antrag der GAL ist in einem Punkt recht aufschlussreich, er benennt nämlich einen wichtigen anderen handwerklichen Fehler und das ist die Unterfinanzierung der bisherigen Planungen für die ganztägige Betreuung. Wir erfahren erstmals, dass es eine Umwandlungspauschale geben soll beziehungsweise sollte; sie war anscheinend in den Anfängen schon vorgesehen. Die Träger und die Eltern hätten natürlich gern vor der Wahl gewusst, was an finanziellen Lasten zusätzlich zu schultern ist. Uns hätte es auch interessiert, aber Sie haben das wohlweislich nicht mitgeteilt. Heute müssen wir feststellen, dass das Ganze teurer wird, als Sie es uns in diesem Haus zugesagt haben, und das muss aufgeklärt werden.

Wir als SPD müssen uns schon gar nicht vorhalten lassen, dass uns die Kinderbetreuung nicht lieb und teuer wäre. Wir haben in vier wichtigen Bereichen unsere Wahlzusagen eingehalten. Wir haben die Gebühren für das Mittagessen zurückgenommen, wir haben für behinderte Kinder wieder normale Verhältnisse in den Kitas geschaffen und die Gebührenerhöhung zurückgenommen, wir haben es wieder ermöglicht, dass Kinder bis zum 14. Lebensjahr den Hort besuchen können, und der letzte und nicht unwichtigste Punkt: Das, was Sie an Kita-Gebührenerhöhungen im letzten Jahr auf den Tisch gelegt haben, wird auch zurückgenommen. Viele Eltern in Hamburg, die über Gebühr belastet worden sind, werden entlastet. Das ist Bildungs- und Betreuungspolitik für Hamburgs Kinder, wie sie unser Bürgermeister vor der Wahl versprochen hat; dies halten wir ein.

*(Beifall bei der SPD)*

Wie dieser Antrag zeigt, gibt es aber Punkte, die vorher nicht klar waren, zum Beispiel die Unterfinanzierung. Wir wollen schon sehr genau wissen, welche Haken und Ösen es noch bei dem Paket gibt. Hier geht in der Tat Sorgfalt vor Schnelligkeit, da hat Herr Rabe völlig recht. Das heißt nicht, dass wir die Interessen der Eltern aus dem Blick verlieren, aber wir können nicht hektisch agieren, damit ist niemandem geholfen.

*(Beifall bei der SPD)*

Bevor wir inhaltlich über die Argumente beraten, die auch in Ihren Anträgen enthalten sind und die durchaus zum Teil diskussionswürdig sind, müssen wir erst einmal eine Grundlage des Senats haben, über die es sich dann zu beraten lohnt. Diese

**(Gunnar Eisold)**

hatten wir bisher nicht. Ich gehe fest davon aus, dass wir vom neuen Senat dazu eine entsprechende Grundlage bekommen und dann macht es auch Sinn, das, was Sie an Argumenten diskutiert haben wollen, zu debattieren. Momentan sind wir noch in einem vorlagenfreien Raum. Damit sind Sie etwas zu früh dran und deshalb wollen wir heute Ihren Anträgen aus diesem Grund nicht zustimmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Herr Yildiz, Sie haben das Wort.

**Mehmet Yildiz DIE LINKE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Da ich nur zwei Minuten Zeit habe, möchte ich mich kurz fassen,

(Beifall bei *Nikolaus Haufler CDU*)

damit ich für die nächste Debatte genügend Zeit habe.

Herr Senator Rabe, Sie haben selbst eingesehen, dass es Probleme gibt und Veränderungen stattfinden müssen. Das finde ich schön und von daher macht es keinen Sinn, die neuen Pilotprojekte zu genehmigen und die Leute mit den gleichen Problemen kämpfen zu lassen. Man sollte stattdessen erst einmal diese fünf Pilotprojekte auswerten und danach die kommenden Pilotprojekte genehmigen, damit die Träger und Schulen nicht dasselbe Problem erleben, das sie heute haben. Wenn Sie wollen, Herr Rabe, wie Sie es selbst erwähnt haben, dass alle Kinder von Bildung und der ganztägigen Betreuung profitieren, dann kann man auch jetzt durch den Kita-Gutschein so etwas ermöglichen. Sie müssen nur den Paragraphen der Kita-Gutscheine ändern und nicht nur die Berufstätigkeit der Eltern in den Vordergrund stellen, sondern die Bedürfnisse und das Recht der Kinder auf Bildung in den Vordergrund stellen und allen Kindern die Gutscheine ermöglichen. Dann können sie auch von den Horten nach der Schule profitieren, denn das Kita-Gutscheinsystem schließt viele Kinder aus. Schwarz-Grün hat versucht, auf Kosten der Erzieher, der Kinder und Eltern mehr Kinder zu betreuen und das kann nicht sein. Daher fordern wir, erst einmal die fünf Pilotprojekte auszuwerten, danach schauen wir zusammen weiter. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Vielen Dank. – Frau Kaesbach, Sie haben das Wort.

**Martina Kaesbach FDP:**\* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Meine Parteifreundin hat schon gesagt, dass diese Hortreform zwar ein Baby von Schwarz-Grün ist, aber in den Grundzügen befürworten wir als FDP dies. Senator Ties Rabe sagte schon, die SPD habe vor, verstärkt

Ganztagsschulen in Hamburg auszubauen. Das ist parteiübergreifender Konsens und das begrüßen wir. Dies hat unmittelbar zur Folge, dass sich der Nachmittag der Schüler zunehmend an den Schulen abspielt. Natürlich hat dieser Ganztags-schul-Ausbau einen Paradigmenwechsel zur Folge, der auch mit der Hortreform zusammenhängt; das kann man nicht auseinanderdividieren. Zudem findet die sozialräumliche Anbindung der Kinder und Jugendlichen wachsende Bedeutung.

In einer Metropole wie Hamburg ist es wichtig, die Vernetzung von Schule, Kita, offener Kinder- und Jugendarbeit, Sportvereinen und sonstiger Angebotsstrukturen zu gewährleisten. Auch für die Eltern bedeutet es eine zeitliche Entlastung, da nicht so viele Wege von A nach B bestritten werden müssen. Aber die unter Schwarz-Grün angeschobene, danach wieder fast ganz aufgegebene, dann unter dem Schulsenator Wersich eingesetzte Hortreform, wie sie jetzt vorliegt, hat sehr viel Unruhe in die Trägerlandschaft gebracht. Natürlich fordern die Kita-Träger Informationen, Planungssicherheit und damit Anspruch auf Verhandlungen ein. Natürlich darf man die Träger – hier geht es um Existenzen – und auch die Eltern nicht im Regen stehen lassen.

(Beifall bei der FDP)

Die Politik ist dann unglaublich und verantwortungslos, wenn die Träger, die anstelle des Staats eine Grundversorgung leisten, wieder in Existenznöte kommen, weil die Politik meint, gerade wieder etwas Neues erfinden zu müssen, dies aber erst einmal in unzähligen Gremien diskutieren möchte. Das wollen wir nicht. Auf der anderen Seite müssen wir uns aber im Klaren darüber sein, dass mit dem flächendeckenden Ausbau der Ganztags-schulen und der Hortreform ein großer Paradigmenwechsel eintritt. Die Betreuung der Kinder soll zukünftig in den Räumlichkeiten der Schulen stattfinden. Es ist noch vollkommen unklar, welches Personal hier eingesetzt wird, in welcher Form Sport- und andere Vereine eingebunden werden. Aus Kostengründen spricht man davon, Honorarkräfte einzusetzen. Das dickste Brett sind aber die Räumlichkeiten. Die Klassenzimmer sollen zu Lernstätten, Mensen, Spielzimmern und Ruheräumen in einem werden, man spricht von Multifunktionsräumen; das ist nicht zumutbar.

(Beifall bei der FDP)

Für uns ist klar, dass ein Konzept noch nicht steht. Liebe Frau von Berg, hier sind wir anderer Meinung, wir können wirklich kein Konzept sehen. Deshalb sprechen wir uns gegen ein weiteres Übers-Knie-Brechen und eine einschneidende Reform auf Kosten der Kinder und Jugendlichen aus. Wir fordern die Erstellung einer externen Evaluation der zweiten Pilotphase. Erst dann sollte im Rahmen einer AG der Schul- und Sozialbehörde unter

**(Martina Kaesbach)**

Einbindung der Träger ein Konzept entwickelt werden.

(Beifall bei Dr. Thomas-Sönke Kluth [FDP])

Zudem warnen wir davor, mit der Hortreform schleichend das Kita-Gutscheinsystem auszuhebeln. Es spricht aus unserer Sicht nichts dagegen, die Hortreform im Rahmen des Kita-Gutscheinsystems laufen zu lassen.

(Beifall bei der FDP)

Damit bliebe die Wahlfreiheit der Eltern gesichert. Wir sprechen uns dagegen aus, jetzt schon Fakten für eine vollkommen unausgeglichene Sache zu schaffen. Deshalb beantragen wir die Überweisung an den Schulausschuss und lehnen eine momentane Befassung nur vom Senat mit den Trägern ab.

(Beifall bei der FDP – *Jan Quast SPD*: Das können die aber gar nicht!)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Herr de Vries, Sie haben das Wort.

**Christoph de Vries** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich halte nun meine Jungferrede und meine Erwartung war, dass wir vom neuen Senat heute auch neue Konzepte zu hören bekommen, stattdessen aber einzig und allein nur Gejammer darüber hören, was für große Herausforderungen auf diesen Senat zukommen. Herr Senator Rabe, das war etwas wenig und es erinnert mich auch ein wenig an die Politik der ruhigen Hand, die wir damals bei Gerhard Schröder gekannt haben.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD: Ah, ah!)

– So ist ein wenig Stimmung im Saal, das ist auch richtig.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Das hat er als Zusage empfunden!)

Das hört auch nicht beim Senat auf, denn die Vorredner, die Kollegen Holster und Eisold, haben auch den Eindruck hinterlassen, als ob der Senat und die SPD-Fraktion noch nicht in der Regierung angekommen sind. Vielleicht brauchen Sie dazu etwas länger Zeit, wir wollen Sie dabei gern unterstützen.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Sie waren ja schon immer in der Opposition, Herr de Vries!)

Wir bedauern aber besonders, dass im Grunde, außer von den Vorrednern der GAL-Fraktion, kein einziger Satz gesagt wurde zur Konzeption der ganztägigen Bildung und Betreuung an den Schulen. Es stellt doch konzeptionell einen Systemwechsel dar gegenüber dem, was wir heute haben.

Es ist an dieser Stelle noch einmal wert, die Vorzüge in aller Kürze zu benennen. Das Ziel ist die kostenfreie Betreuung für alle Schülerinnen und Schüler zwischen 8 und 16 Uhr. Es ist auch angeklungen, dass die Gewährleistung der Betreuung dabei anders erfolgt als bei den Vorbedingungen, die wir beim Kita-Gutschein haben. Das heißt, die Kopplung an die Berufstätigkeit der Eltern entfällt und das ist eine wichtige soziale Komponente, die nicht nur der CDU- oder GAL-Fraktion an dieser Stelle etwas wert sein sollte, denn hiermit bietet sich die Chance, die Bildungschancen vieler Kinder nachhaltig zu verbessern und auch vorhandene Vorbelastungen abzubauen. Aber auch den Eltern wird eine große Last abgenommen mit dem Konzept, nämlich dadurch, dass mit der Schulanmeldung zugleich auch die Betreuung sichergestellt ist. Wir nehmen ihnen die Sorge, neben der Bildung an der Schule gleichzeitig die Betreuung sicherstellen zu müssen, was häufig sehr schwierig ist. Gleiches gilt für die Kinder, denn es könnten lange Wege entfallen, die es heute noch gibt, wenn sich nämlich die Kinder nach Schulschluss auf den Weg machen müssen zu den manchmal etwas weiter entfernten Einrichtungen.

(*Andy Grote SPD*: Das haben aber sämtliche Vorredner auch schon gesagt!)

– Danke, Herr Grote, aber es scheint in Ihrer Fraktion bisher noch nicht angekommen zu sein und deswegen wiederhole ich es gern noch einmal.

(Beifall bei der CDU)

Ein Punkt, Herr Grote, wurde aber nicht vergessen, nämlich die höhere Flexibilität, die wir bei diesem System der ganztägigen Bildung und Betreuung haben. Gerade wenn wir es mit der verbindlichen Ganztagschule vergleichen, ist es doch so, dass die verpflichtende Präsenz vorsieht, bis zur entsprechenden Uhrzeit, 16 Uhr, zu bleiben. Die ganztägige Betreuung und Bildung an den Schulen bietet den Eltern und Kindern viel mehr Flexibilität. Es kann wesentlich mehr auf die Bedürfnisse und individuellen Interessen eingegangen werden, indem man in der Lage ist, diese Betreuung nicht fünfzig, sondern nur an bestimmten Tagen in Anspruch zu nehmen, und an den anderen Tagen den Neigungen und Interessen individuell nachzugehen.

(*Andy Grote SPD*: Ist alles vollständig richtig!)

Herr Grote, es gibt noch einen weiteren Vorteil. Das Konzept hat auch aus Sicht der öffentlichen Hand und des Steuerzahlers einen Vorteil, der nicht von der Hand zu weisen ist. Es geht nämlich um die effiziente Ausschöpfung der vorhandenen Ressourcen, denn schon vorhandene Schulräume sollen ganztägig genutzt werden. Es ist auch im Sinne unserer Landeshaushaltsordnung überhaupt

**(Christoph de Vries)**

nicht einzusehen, wenn Räumlichkeiten an Schulen viele Stunden am Tag ungenutzt bleiben.

*(Dirk Kienscherf SPD: Warum haben Sie das alles nicht gemacht? Sie hatten doch 10 Jahre Zeit dazu!)*

Im Übrigen, Herr Kienscherf, ist das kein Problem, das wir nur an Schulen haben, sondern wir haben es bei vielen öffentlichen Einrichtungen und Trägern, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, dass hier täglich große Teile leer stehen. Das kann nicht im Sinne von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sein.

*(Andy Grote SPD: Was leiten Sie aus der Erkenntnis ab?)*

– Dazu kommen wir jetzt, Herr Grote.

In der Realität werden dem armen Finanzsenator Tschentscher jeden Tag unbezahlte Rechnungen der Fachressorts präsentiert. Echte Gegenfinanzierungsvorschläge sind bisher nicht bekannt; auch heute waren sie noch nicht zu vernehmen. In seiner früheren Funktion als Haushaltssprecher hat Herr Tschentscher jedoch mehrfach verkündet und auch in einer großen Pressekonferenz mitgeteilt, dass er große Potenziale dabei sieht, Flächenbedarfe der öffentlichen Verwaltung in Hamburg zu reduzieren. Falls nun die Fantasie an dieser Stelle in der Regierung fehlt, wollen wir bei der praktischen Umsetzung gern behilflich sein, nämlich durch die räumliche Zusammenführung von Schul- und Hortbetreuung an einem Ort.

"Pay as you go" ist in aller Munde, wir haben es heute Abend mehrfach gehört. Wir sind Ihnen dabei gern behilflich, damit es nicht in wenigen Wochen heißt: "Pay or you go".

*(Beifall bei der CDU – Jan Quast SPD: Das ist aber nett!)*

Nun zum entscheidenden Punkt, bevor ich zum Abschluss komme. Wir brauchen ein klares politisches Signal, wohin die Reise gehen soll bei dieser ganztägigen Betreuung. Die Pilotierung für die 21 weiteren Schulen steht unmittelbar bevor, nämlich zum nächsten Schuljahr. Es ist natürlich ein berechtigtes Anliegen der Hortanbieter, dass sie in Kürze Klarheit darüber haben, wie es weitergeht.

*(Dirk Kienscherf SPD: Das Chaos, das Sie verursacht haben!)*

Ich habe heute gehört, dass schon mehrere Gesprächswünsche an die Senatoren Rabe und Scheele herangetragen worden sind, auf die bis heute nicht reagiert wurde.

*(Dirk Kienscherf SPD: Sie haben seit Jahren versucht, ein Konzept hinzukriegen!)*

Ich glaube, in Anbetracht der Situation der Hortanbieter ist das ein ziemliches Unding.

*(Beifall bei der CDU – Glocke)*

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel** (unterbrechend): Bevor der Abgeordnete fortfährt, möchte ich die Abgeordneten um Ruhe bitten. Der Abgeordnete hat das Wort und nur er.

**Christoph de Vries** (fortfahrend): Zum Abschluss kommen wir zur Kultur des guten Regierens. Ich denke, die Menschen haben bei den zentralen Dingen des Lebensalltags einen Anspruch darauf, nicht im Unklaren gelassen zu werden. Dass die Kinderbetreuung zu den zentralen Dingen des Lebensalltags gehört, ist wohl zweifellos und deswegen erwarten wir auch in Kürze ein klares Signal, wie es weitergeht mit der zeitlichen Planung und auch mit der Finanzierung. Der Verweis auf Umsetzungsdetails kann in dieser Frage nicht genügen. Wir erwarten, dass Sie hier Ihrer Verantwortung gerecht werden. – Danke.

*(Beifall bei der CDU)*

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Frau Blömeke hat das Wort.

**Christiane Blömeke GAL:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte kurz etwas ergänzen, auch an Herrn Eisold gerichtet. Es verlangt keiner von der SPD-Fraktion, dass hektisch agiert werden soll. Aber es kann doch nicht sein, dass man sich als Senator hinstellt, stöhnt und erzählt, was alles vorgefunden wurde, und nur in der Vergangenheit gräbt. Was man erwarten kann, ist eine Zusage,

*(Andy Grote SPD: Mit dem haben Sie abgeschlossen, das merkt man!)*

dass wir jetzt zügig die Gespräche führen, den Landesrahmenvertrag wieder aufnehmen und vor allen Dingen dem Hortsterben,

*(Dirk Kienscherf SPD: Fragen Sie dazu mal den Senator!)*

das wir im Moment beobachten, entgegentreten, indem Gespräche zur Investitionssicherungspauschale geführt werden. Das ist es, was ich eben sagte. Keiner kann hier etwas dafür, dass die neuen Abgeordneten sich nicht mit bestimmten Themen beschäftigen, wie zum Beispiel das Eckpunkt Papier zur Ausgestaltung dieser ganztägigen Bildung und Betreuung,

*(Dirk Kienscherf SPD: Die Rote Karte!)*

und dass immer wiederholt wird, das gäbe es anscheinend nicht. Wenn Herr Eisold sagt, er würde das erste Mal von dieser Umwandlungspauschale hören, dann tut es mir leid, dann hat auch Herr Eisold seine Hausaufgaben nicht gemacht.

*(Andy Grote SPD: Wo ist denn Ihr Papier?)*

Ich möchte es noch einmal hochhalten. Wir haben zum einen dieses aktuelle Papier aller Wohlfahrts-

**(Christiane Blömeke)**

verbände und der Vereinigung und wir haben ähnliche Äußerungen der Wohlfahrtsverbände schon Ende letzten Jahres gehabt. Wenn die Politiker, die hier sitzen, ausschließlich Schulpolitiker sind und sich mit diesen Äußerungen der Wohlfahrtsverbände nicht auseinandersetzen, dann ist das nicht unser Thema. Informieren Sie sich, wie die Sachlage ist, und die sieht dramatisch aus, wenn dieser Senat nicht gleich und zügig handelt, zumindest beim Gegensteuern des Hortsterbens, denn sonst kommen wir in eine richtige Notlage.

(*Jan Quast SPD: Es gibt eine Rote Karte für solche Reden!*)

Wir haben alle diese Wahlen gemacht, wir hatten die Wahlkampfzeit und jetzt sind Sie am Ruder. Da hilft es nichts, wenn Sie nach da verweisen.

(Beifall bei der GAL)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gumbel:** Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 20/111 und 20/206 in der Neufassung federführend an den Schulausschuss und mitberatend an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Ich lasse jetzt in der Sache abstimmen, zunächst zum Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 20/206, Neufassung. Diesen möchte die GAL-Fraktion zifferweise abstimmen lassen.

Zunächst zu Ziffer 1. Wer möchte diese annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das abgelehnt.

Wer möchte sich Ziffer 2 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 2 abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 3 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 3 abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 4 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 4 abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 5 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 5 abgelehnt.

Ich komme nun zum Antrag der GAL-Fraktion aus Drucksache 20/111. Diesen möchte die FDP-Fraktion zifferweise abstimmen lassen.

Wer möchte Ziffer 1 dieses Antrags annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 1 abgelehnt.

Wer möchte sich Ziffer 2 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 2 abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 3 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 3 abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 4 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 4 abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 5 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 5 abgelehnt.

Ich rufe Punkt 11 der Tagesordnung auf, Drucksache 20/119. Es geht um einen Dringlichen Senatsantrag: Neustrukturierung der Behörden.

**[Dringlicher Senatsantrag:  
Neustrukturierung der Behörden  
– Drs 20/119 –]**

Wird das Wort gewünscht? – Herr Kluth, Sie haben es.

**Dr. Thomas-Sönke Kluth** FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn Koalitionen abtreten und Alleinregierungen antreten, ist normalerweise eine Chance relativ hoch, nämlich dass sich die Zahl der Regierungsmitglieder verringert. Ausgerechnet Sie, Herr Scholz, der Sie im Wahlkampf gutes, sparsames Regieren versprochen haben, sind von dieser Regel abgewichen. Mit der kleinen Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz haben Sie mit Ihrem Senat einen zusätzlichen Kostenfaktor geschaffen. Allein die Summen für eine weitere Senatorin, eine Staatsrätin und die Präsidialverwaltung gehen in die Hunderttausende von Euro. Ob sich diese Entscheidungen als politisch lohnende Investition erweisen werden, halten wir für mehr als zweifelhaft.

(Beifall bei der FDP und bei *Klaus-Peter Hesse* CDU)

Sie brauchen diesen zusätzlichen Posten offenbar, um Ihre interne SPD-Koalition zwischen Links und Rechts, Ihr Gleichgewicht zwischen Frauen und Männern, Ihre Verteilung zwischen SPD-Kreis-Representanten und Externen im Senat sorgfältig auszutarieren. Das ist mit Sicherheit einer der schlechtesten Gründe für die Aufblähung auf elf Regierungsmitglieder, die der Steuerzahler in Hamburg erleben muss.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Über zweieinhalb Millionen Euro kostete in den vergangenen Jahren eine durchschnittliche Präsidialabteilung inklusive Senator und Staatsrat. Das ist viel zusätzliches Geld, das Sie ausgeben, um Genossenaustarierung statt effizientes Behörden-

**(Dr. Thomas-Sönke Kluth)**

management zu betreiben. Ähnlich sieht es bei dem Neuzuschnitt der Behörden aus. Die Eingliederung des Bereichs Arbeit in die Wirtschaftsbehörde war eine der erfolgreichsten Veränderungen beim Behördenzuschnitt in den letzten Jahren.

(*Andy Grote SPD: Woher wissen Sie das?*)

– Dazu kommen wir gleich, Herr Grote.

Endlich wurde Arbeitsmarktpolitik als aktives Instrument verstanden, um Arbeitsplätze zu schaffen. Die Entwicklung der Arbeitslosenquote der letzten Jahre in Hamburg ist ein Beweis dafür, dass diese Maßnahme nicht völlig falsch gewesen sein kann.

(Beifall bei der FDP – *Dr. Andreas Dressel SPD: Ich weiß nicht, ob da irgendein kausaler Zusammenhang besteht!*)

Sie, Herr Scholz, haben jetzt die Rolle rückwärts gemacht. Wie zu Zeiten von Senator Runde und seiner Vorgänger wandert der Bereich Arbeit wieder in die Sozialbehörde. Sie dokumentieren damit, dass nicht die aktive Arbeitsmarktpolitik im Schulterchluss mit der Wirtschaft Ihr Ziel ist, nicht die Bekämpfung des Fachkräftemangels und die Qualifizierung der Arbeitsuchenden, sondern eine sozial angehauchte Verwaltung von Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei der FDP)

Statt Menschen zusammen mit der Wirtschaft wieder aktiv in Arbeit zu bringen, signalisieren Sie damit, ganz so wie in den Neunzigerjahren, dass die Versorgung und die Verwaltung Arbeitsuchender Ihr Kernanliegen ist. Wir als Liberale halten dies für einen schweren Fehler.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben damit den Wirtschaftssenator schon vor Amtsantritt geschwächt und beschädigt.

Meine Damen und Herren! Ich komme zu einem weiteren Punkt. Nicht minder zweifelhaft ist aus unserer Sicht die Verlagerung des Bereichs Medien in die Senatskanzlei. Hamburgs Medienwirtschaft ist ein wichtiger Standortfaktor. Die Medienwirtschaft muss, gerade vor dem Hintergrund mancher Umzüge nach Berlin in den letzten Jahren, unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten gepflegt und gehegt werden. Das war lange Zeit eine erfolgreiche Praxis. Dann kam die vom damaligen CDU-Chef Freytag aus völlig sachfremden Erwägungen durchgesetzte Herauslösung der Medienabteilung aus der Wirtschaftsbehörde.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Ich kann Ihnen sagen, welche Erwägungen das waren!*)

Die Verschiebung in die Kulturbehörde führte faktisch zum Ersterben jeder Medienpolitik, ganz zu schweigen von einer nachhaltigen Forderung der Medienwirtschaft.

(Glocke)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel** (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Dr. Thomas-Sönke Kluth** (fortfahrend): Nein.

Und jetzt haben Sie, Herr Bürgermeister, den Bereich in die Senatskanzlei gelegt, weil Sie dort Zeit genug hätten, sich auch ohne neuen Medienkoordinator um den Medienstandort Hamburg zu kümmern. Wir bezweifeln das. Ein Blick in die Staatskanzlei des Herrn Beck in Mainz oder ein Rückblick auf den Umgang mit den Medien in der Düsseldorf Staatskanzlei unter den Ministerpräsidenten Rau und Clement lehrt, dass die SPD Medien zur Chefsache macht, um Einfluss zu ihren Gunsten zu nehmen auf Personalentscheidungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, auf ihnen missliebige Entwicklungen, wie etwa dem Versuch des Axel Springer Verlags, ins Fernsehgeschäft einzusteigen, und auf alles, was ihrer Partei schaden könnte.

(Beifall bei der FDP und bei *Klaus-Peter Hesse* und *Dietrich Wersich*, beide CDU)

Das ist die Reduzierung von Medienpolitik auf Parteipolitik und hat mit dem Wirtschaftsstandort Hamburg nichts zu tun. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Herr Dressel, Sie haben das Wort.

(*Dietrich Wersich CDU: Das ist natürlich alles gut, was der Senat macht! – Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den Vorsitz.*)

**Dr. Andreas Dressel SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gutes Regieren geht nicht ohne gute, vernünftig steuerbare Behördenstrukturen; darüber haben wir schon am Tag der Regierungserklärung gesprochen. Um es klar zu sagen, auch in Richtung Opposition: Verwaltungseffizienz entscheidet sich eben nicht allein danach, ob es einen Senator oder Staatsrat mehr oder weniger gibt. Ich erinnere nur daran, dass in den letzten Jahren parallel zu den Behördenzusammenlegungen die Stabsbereiche aufgebläht wurden. Da gab es nicht mehr nur einen Pressesprecher, sondern gleich drei. Das ging so weit, dass sogar die Staatsräte persönliche Referenten hatten und, und, und. Das war sozusagen Ihr Schmiermittel für Ihre Behördenzusammenlegungen und damit machen wir Schluss.

(Beifall bei der SPD)

Damit fangen wir bereits auch ganz konkret an. Ihr Kollege Voet van Vormizeele hat nachgefragt, wel-

**(Dr. Andreas Dressel)**

che ersten Maßnahmen wir im Bereich der Innenbehörde ergreifen werden.

(Zuruf von *Kai Voet van Vormizeele CDU*)

– Genau das.

Auch im Rahmen der Regierungserklärung haben wir versprochen zu prüfen, wo in den Präsidialbereichen abgebaut werden kann. Ein Punkt war das Referat für die Innenministerkonferenz und ein anderer Punkt die überfüllte Pressestelle; Herr Neumann hat bereits damit angefangen.

(*Dietrich Wersich CDU*: Kein Stück!)

Als Ergebnis werden am Schluss dieser Entwicklung weitere Polizeivollzugsbeamte aus den Stabsbereichen in die Polizeiarbeit geschickt, was ich für gut und richtig halte.

(Beifall bei der SPD)

Gehen wir einmal die einzelnen Punkte durch. Dabei bin ich natürlich besonders auf den Punkt Gesundheitsbehörde gestoßen. Bei diesem Thema sollte die FDP verdammt vorsichtig sein. Wenn man auf Bundesebene den Gesundheitsminister stellt, der jetzt auch noch zum FDP-Vorsitzenden befördert wird und Woche für Woche eine neue Sau durchs Dorf treibt, dann muss man wirklich zusehen, dass man als Land seine Gestaltungsmöglichkeiten ausschöpft und dabei auch einmal ein Kontrasignal setzt. Es ist ein wichtiges politisches Signal, dass wir das von Hamburg aus jetzt selbst tun können.

(Beifall bei der SPD)

Herr Wersich, eines kann ich Ihnen leider auch nicht ersparen.

(*Dietrich Wersich CDU*: Bisher bin ich ganz zufrieden!)

Zu Ihrer Regierungszeit war das Thema Gesundheit ein Wanderpokal, der ständig hin und her ging.

(*Dietrich Wersich CDU*: Und Sie haben's wieder auf die Wanderschaft geschickt!)

Die Menschen erwarten zu Recht, dass die Themen Gesundheit und Pflege auf Augenhöhe mit den anderen Ressorts und nicht wie bei Ihnen unter ferner liefen angegangen werden. Dies garantieren wir mit der neuen Behördenstruktur.

(Beifall bei der SPD)

Auch das Thema Verbraucherschutz soll nicht erst dann relevant sein, wenn wir wieder einmal einen Gammelfleischskandal haben. Wir definieren Verbraucherschutz anders und werden verstärkt Konzepte entwickeln, wie man ihn präventiv organisieren kann. Um die Bevölkerung aufzuklären und mitzunehmen, ist es richtig, eine Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema Gleichstellung, das in der Diskussion über die Regierungserklärung ihr Lieblingsthema war, wird die CDU vielleicht gleich noch etwas sagen. Auch das haben wir politisch aufgewertet, und zwar nicht, indem wir gesagt haben, darum solle sich irgendeine Stabsstelle kümmern, sondern das gehört im Bereich der Behörde für Justiz und Gleichstellung zu den politischen Kernaufgaben. Das ist Regelaufgabe, das haben wir zum politischen Programm gemacht.

(Beifall bei der SPD – *Dietrich Wersich CDU*: Gibt es mehr Mitarbeiter für die Gleichstellung?)

Interessant fand ich diese neoliberalen Äußerungen zur Sozialbehörde, nach dem Motto sozial angehauchte Arbeitsmarktpolitik.

(Zurufe von der FDP)

Wir wollen Arbeitsmarktpolitik machen und dabei den sozialen Gedanken nicht vergessen. Dazu stehen wir Sozialdemokraten.

(Beifall bei der SPD)

Auch zum Bereich Integration ist noch nichts gesagt worden. Dieses Programm wollen wir ebenfalls politisch umsetzen und deshalb ist es richtig, dass sich der Begriff Integration im Behördennamen wiederfindet. Wir brauchen ein ganzheitliches Integrationskonzept und dieses wichtige Querschnittsfeld ist in der Integrationsbehörde gut aufgehoben.

(Beifall bei der SPD)

Beim Punkt Wirtschaft und Medien gehe ich immerhin mit Ihnen d'accord, was das Thema sachfremde Erwägungen beim Umgang mit den Medien angeht. Zur Erinnerung: Es ging nämlich darum, dass Herr Freytag nicht wollte, dass ihm ein Konkurrent in Form von Herrn Gedaschko erwächst. Deshalb wurde überlegt, was alles aus der Wirtschaftsbehörde herausgenommen werden könnte. Man entschied sich, die Medien bei der Kulturbehörde anzusiedeln, und auch ansonsten wurde geguckt, wo man die Wirtschaftsbehörde stützen könnte.

Konkreter Inhalt dieses Verwaltungsbehörden-gesetzentwurfs ist, die Wirtschaftsbehörde deutlich zu stärken und zu einem politischen Kernressort zu machen. Das ist der erste Punkt. Hinsichtlich des Bereichs Medien finde ich es richtig – und zwar nicht, weil in irgendwelchen Rundfunkreden parteipolitische Entscheidungen durchgesetzt werden sollen, immerhin ist das Thema Rundfunkstaatsverträge zu Recht beim Ersten Bürgermeister angesiedelt,

(*Dietrich Wersich CDU*: Da ist ja auch die Medienwirtschaft drin! Was hat das mit dem Bürgermeister zu tun?)



**(Dr. Andreas Dressel)**

und zwar in allen 16 Bundesländern –, um sie herum mit dem Amt für Medien eine vernünftige Struktur zu schaffen, in dem Kompetenzen gebündelt werden, also die rundfunk- und medienrechtlichen Kompetenzen mit den anderen politischen Kompetenzen verknüpft werden. Wie vorhin der Kollege Schmidt in der Debatte über die Ausschusszusammensetzung deutlich gemacht hat, gehört dieser Bereich in die Kernkompetenz dieses Senats, er gehört in die Senatskanzlei, zum Ersten Bürgermeister.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist dies ein guter Entwurf für das Verwaltungsbehörden-gesetz und diese Behördenstruktur. Natürlich ist uns klar, dass wir uns immer wieder Nachfragen stellen müssen, mit welchen finanziellen Folgen dies verbunden sei. Aber wenn es so weitergeht, wie es der Kollege Neumann im Bereich der Innenbehörde vorgemacht hat, also wenn man auch in anderen Behörden überprüft, was in den Stabsbereichen verzichtbar ist und in Regelaufgaben vernünftig wahrgenommen werden kann, dann brauchen wir uns um eine vernünftige Bilanz keine Sorgen zu machen. Das ist ein guter Entwurf, stimmen Sie ihm zu.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Herr Dressel. – Das Wort hat Herr Hesse.

**Klaus-Peter Hesse** CDU:\* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Dressel spricht von einem guten Entwurf.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Gesetzentwurf!)

Wenn es ein Entwurf wäre, dann könnte ich damit auch leben. Aber es handelt sich um einen konkreten Senatsantrag, der alles andere als gut ist, lieber Herr Kollege Dressel. Ich werde Ihnen auch gerne sagen, warum.

Wir unterhalten uns nämlich über das interessante Thema Häuptlinge und Indianer. Sie, Herr Dressel, haben eben versucht, deutlich zu machen, dass es wichtig ist zu prüfen, wo man bei Indianern, bei einzelnen Personalstellen in den Präsidialabteilungen einsparen könne. Was Sie aber nicht gesagt haben und was mit diesem Entwurf, wenn Sie ihn so nennen möchten, tatsächlich deutlich wird, ist, dass der Behördenapparat aufgebläht wurde, und zwar stärker, als wir es in nahezu jedem anderen Bundesland in Deutschland bisher erleben konnten.

(Beifall bei der FDP und bei *Dietrich Wersich* CDU)

Wir haben uns schon oft gefragt, was nach den großen Ankündigungen des damaligen Kandidaten für das Bürgermeisteramt denn nun werden würde. Herr Scholz hat gesagt, er möchte gerne gute Leu-

te in den Senat holen und die Aufgabenbereiche neu strukturieren. Wenn wir uns jetzt das Ergebnis ansehen, lieber Herr Scholz, dann müssen wir feststellen, dass diese sozialdemokratische Behörden-scheidung, die wir heute erleben, aus unserer Sicht doch eher parteiinterne als vielmehr sachliche Gründe hat.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Das kann man an einigen Beispielen überaus deutlich erkennen. Mit diesem neuen Behörden-schnitt haben Sie eine große Chance vertan. Nachdem Sie Herrn Horch dafür gewinnen konnten, das Amt des Wirtschaftssenators zu übernehmen, stand sehr frühzeitig fest, dass der Bereich Verkehr zur Wirtschaft kommt. Seit gestern wissen wir Christdemokraten, dass Herr Horch für Überraschungen gut ist, und natürlich werden wir diese grundsätzlich positiv zu bewertende Entscheidung intensiv begleiten, lieber Herr Bürgermeister. Ich bin auch sehr froh, dass es auf Initiative der CDU-Bürgerschaftsfraktion einen Verkehrsausschuss in diesem Parlament geben wird, der diese Behörde mit ihrem Aufgabenbereich Verkehr in den nächsten Monaten und Jahren begleiten wird, denn da gibt es sehr viele Themen, die wir zu besprechen haben. Auch City-Maut und Umweltzone werden Themen sein, mit denen wir uns dort beschäftigen müssen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel* SPD: Ach, schlagen Sie das jetzt vor?)

– So ist es, Herr Dressel.

Ich schlage vor, dass wir im Verkehrsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft wichtige Themen beraten, die für uns Abgeordnete von Bedeutung sind, und meine Fraktion macht das auch. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Regierungsfraktion, lieber Kollege Neumann – er ist leider nicht da.

(Senator Michael Neumann: Hier!)

– Oh, er ist wieder in die alten Reihen zurückgekehrt. Vielleicht werden Sie sich irgendwann an diesen Platz zurücksehnen.

Lieber Kollege Neumann, wir werden uns in diesem Ausschuss natürlich auch mit dem Thema Überwachung des ruhenden und fließenden Verkehrs beschäftigen. Das hat Herr Scholz nicht in die Wirtschaftsbehörde gegeben, wohl wissend, dass er das vielleicht in der Innenbehörde behalten will. Ist es nicht so, ist die Abteilung der Innenbehörde auch in die Wirtschaftsbehörde gewandert? Das würde mich wundern, aber das lässt sich sicherlich klären.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Machen wir unter Verschiedenes!)

**(Klaus-Peter Hesse)**

Fakt ist, dass wir den gesamten Bereich im Verkehrsausschuss aufarbeiten werden. Ob diese Behörden-schneidung dann zum Erfolg führt, wird sich noch herausstellen.

Spannend ist, was mit dem Bereich IT und Medien passiert ist; das wurde bereits von dem Kollegen der FDP angesprochen. Dort hatte im Vorfeld der Bürgermeisterkandidat die designierte Kultursenatorin, Frau Kisseler, aber auch der designierte Senator Horch die Zuständigkeit für sich proklamiert. Wir wissen spätestens seit einer Stunde – das hat der Kollege Schmidt vorhin in seiner Rede deutlich gemacht –, dass IT und Medien für den Wirtschaftsausschuss der Bürgerschaft die richtigen Themen sind und eng verzahnt sind mit der Wirtschaft, die Wirtschaftsbehörde aber nicht dafür zuständig ist. Da fragt man sich schon und da helfen auch Ihre Nebelkerzen nicht, lieber Herr Kollege Dressel, warum dieser Bereich denn nicht in die Wirtschaftsbehörde gegangen ist, wo er fachlich, wie der Kollege Schmidt zu Recht gesagt hat, hingehört,

*(Andy Grote SPD: Warum haben Sie es denn da nicht zugeordnet?)*

sondern warum er in die Senatskanzlei gewandert ist. Das versteht keiner und da helfen auch Ihre Hilfsargumente nicht weiter, lieber Herr Kollege Dressel.

*(Beifall bei der CDU und bei Robert Bläsing FDP – Dr. Andreas Dressel SPD: Wie war das denn mit Gedaschko?)*

Nun zur Gesundheitsbehörde, lieber Kollege Dressel, die Sie eben als so besonders wichtig in ihrer Eigenständigkeit betonten. Sie haben gesagt, die Menschen würden eine eigenständige Gesundheitsbehörde für notwendig erachten. Ich frage mich manchmal, mit welchem Messgerät die Sozialdemokraten die Erwartungen der Menschen hinsichtlich eigenständiger Behördenstrukturen feststellen wollen.

*(Beifall bei der CDU und bei Robert Bläsing FDP – Andy Grote SPD: Da waren unsere Messgeräte besser!)*

Wenn Sie eine Ihrer berühmten Umfragen machen wollen – und da brauchen wir nicht schon wieder die Stadtbahn zu bemühen –, würden die Menschen auf die Frage, ob sie lieber Geld einsparen und stattdessen auf eine eigenständige Gesundheitsbehörde verzichten wollen, mit Begeisterung sagen, dass sie darauf verzichten könnten, wenn diese Themen in einer anderen Behörde gut abgedeckt werden würden. Dagegen hilft auch Ihr Hilfsargument nichts zu sagen, man müsse den Erwartungen der Menschen gerecht werden.

Insofern stellen wir heute fest, dass die SPD das Kunststück vollbracht hat, eine der größten Landesregierungen, nämlich die zweitgrößte Hambur-

ger Landesregierung seit dem Krieg, mit den entsprechenden 17 Männern und acht Frauen zu schaffen. Wir stellen auch fest, dass es die zweitgrößte Landesregierung Deutschlands geworden ist. Das kann nicht gut sein und das haben sich die Menschen so auch nicht vorgestellt.

*(Andy Grote SPD: Und die kleinste CDU-Fraktion!)*

Wenn man dann auch noch solche artfremden Entscheidungen trifft – die Gesundheitsbehörde wurde eigentlich nur geschaffen, um dem Kollegen Petersen ein Senatorenamt zu verschaffen, der es aber nicht wollte und jetzt mit dem Vorsitz im Haushaltsausschuss abgespeist wird –,

*(Andy Grote SPD: Der respektvolle Haushaltsausschuss!)*

dann hat das nichts mit sachlichen Erwägungen zu tun, sondern dann ist das reiner SPD-Filz. Es wird einfach geguckt, was man den Mitgliedern der eigenen Partei anbieten muss, das hat nichts mit sachlichen Erwägungen zu tun.

*(Beifall bei der CDU – Wolfgang Rose SPD: Kümmern Sie sich um Ihre Fraktion!)*

Wie Kollege Wersich in der Replik auf die Regierungserklärung des Bürgermeisters vorgerechnet hat, kosten ein Senator und ein Staatsrat mehr den Hamburger Steuerzahler 840 000 Euro jährlich, also 3,4 Millionen Euro über die gesamte Legislaturperiode. Dies hat eben auch die FDP angesprochen. Das ist schönes Geld, das uns in der Kasse fehlt. Ich befürchte ganz einfach, dass nicht nur der Kollege Horch, sondern auch andere Senatoren auf die Idee kommen, sich zu überlegen, wie sie dieses Geld wieder hereinbekommen. Die Bürger werden sich noch freuen. – Vielen Dank.

*(Beifall bei der CDU und der FDP)*

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Herr Hesse. – Das Wort hat Herr Kerstan.

**Jens Kerstan GAL:\*** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die ersten Senatsanträge nach einer Wahl sind immer sehr spannend, weil man dann feststellen kann, ob sie das enthalten, was im Wahlkampf versprochen wurde. Festzustellen ist, dass es dieser Senat da nicht so genau nimmt. Das wird auch bei anderen Themen deutlich. Die neue Stadtentwicklungssenatorin findet, man müsse das mit den 6000 Wohnungen pro Jahr in den ersten Jahren nicht so genau nehmen.

*(Andy Grote SPD: Sie haben das drei Jahre nicht so genau genommen, was im Wahlkampf drin war!)*

Der Finanzsenator will auf einmal nicht mehr im Aufsichtsrat der HSH Nordbank sitzen, weil er es jetzt selber machen möchte. Herr Horch philoso-

**(Jens Kerstan)**

phiert über City-Maut und Umweltzone, was wir gut finden, obwohl er diese Themen im Wahlkampf ausgeklammert hat. Wir finden das gut, weil es zeigt, dass sich ein Praktiker mit Problemen beschäftigt und zu richtigen Lösungsansätzen kommt und es nicht nur reine Ideologie ist. Doch wenn es jetzt um die Geschäftsverteilung des Senats und den Behördenzuschnitt geht, muss man feststellen, dass in diesem Paket nicht drin ist, was vorher draufgeschrieben wurde. Die SPD ist wieder einmal mit dem hohen Pathos angetreten, dieses Land regierungsfähig zu machen und es solide zu regieren, wozu man angeblich weniger Verwaltung und weniger Arbeitsstäbe braucht. Was ist dabei herausgekommen? Eine Behörde mehr, ein Senator mehr, ein Staatsrat mehr, eine Präsidialabteilung mehr. Das ist nicht das, was vor der Wahl versprochen wurde und warum das Ganze? Bei einer absoluten Mehrheit einer Partei müsste man doch eigentlich denken, dass die zur Verfügung stehenden Posten, die sich zuvor zwei Koalitionspartner teilten, jetzt auch für eine Partei ausreichen müssten. Aber nein, die Sozialdemokraten haben festgestellt, dass man zum Ausgleich der verschiedenen Interessen, wie zum Beispiel der Interessengruppen der Kreisverbände und Ähnlichem, eine Behörde mehr braucht. Was interessiert es einen noch, was man im Wahlkampf gesagt hat. Auch in diesem Paket ist mit Sicherheit nicht drin, was draufgestanden hat, und gutes Regieren ist das mit Sicherheit auch nicht.

(Beifall bei der GAL)

Aber wirklich hanebüchen finde ich, Herr Dressel, dass Ihr damaliger Finanzsenator in spe schon vor den Behördenzuschnitten angekündigt hatte, was er streichen möchte, nämlich die Leitstelle Integration und die Arbeitsstelle Vielfalt. Es ist mit Sicherheit die falsche Antwort auf gebrochene Wahlversprechen, aus Parteienproporzgründen den Behördenapparat aufzublähen und die beiden einzigen Organisationseinheiten zu streichen, die sich mit den wichtigen Themen Integration und Vielfalt in dieser Stadt beschäftigen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das sind Kernaufgaben, die nicht verstreut sein sollen!

Das sollten Sie sich wirklich noch einmal überlegen, Herr Dressel.

(Beifall bei der GAL)

Dass es anders geht, zeigen Sie bei dem Medienkoordinator, den Herr Tschentscher, als er noch in der Opposition war, ebenfalls zur Streichung vorgesehen hatte. Eine der Antworten lautete, man schaffe zwar eine zusätzliche Behörde, aber man streiche dafür die Leitstelle Integration, man streiche die Arbeitsstelle Vielfalt und den Medienkoordinator brauche man auch nicht. Mein Kollege Farid Müller hat eine Anfrage gestellt, ob der Senat denn jetzt den Medienkoordinator nicht mehr beru-

fen wolle, und, siehe da, die Antwort war, dass sich der Senat damit noch nicht befasst habe. Wenn Sie auch in diesem Punkt finden, man müsse sich nicht unbedingt an das halten, was man im Wahlkampf gesagt hat, dann empfehle ich Ihnen, das Gleiche beim Thema Integration zu tun, mit dem Sie der Stadt keinen Gefallen getan haben.

Sie sagen, der Wechsel der Arbeitsmarktpolitik in die Sozialbehörde sei ein wichtiges Signal dafür, dass die Arbeitsmarktpolitik unter der SPD sozialer werden wird. Wir werden sehen, ob das wirklich so ist. Wir werden morgen eine Debatte über die Arbeitsmarktpolitik in dieser Stadt führen. Dabei sind große Zweifel angemeldet, ob es mit der Arbeitsmarktpolitik so sozial wird, wie Sie es behauptet haben, Herr Dressel. Darüber müssen wir morgen noch einmal reden.

(Beifall bei der GAL)

In einem anderen Punkt ist der Wechsel noch viel auffälliger und kritischer. In einer Stadt wie Hamburg, in der Verkehr für Lebensqualität steht und diese den Menschen so wichtig ist, Stadtentwicklung und Verkehr zu trennen und allein Wirtschaftsinteressen unterzuordnen, ist ein großer Fehler. Insofern liefern Sie keinen großen Wurf ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und bei *Dietrich Wersich CDU*)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Herr Kerstan. – Frau Sudmann hat das Wort.

**Heike Sudmann DIE LINKE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dies ist eine wahrlich spannende Debatte. Man könnte es auch unaufgeregt sehen und sagen: Zu Anfang ist klar, dass sich der Senat neu sortiert, ein paar neue Behörden schafft oder auch nicht. Aber zuerst möchte ich ein wenig Gedächtnistraining in puncto FDP betreiben, die so empört war über die Kostensteigerung. Mein Gedächtnis sagt mir, dass es die FDP 2001 oder wann auch immer geschafft hat, den bestbezahlten Pressesprecher einzustellen. Da war ihnen ganz egal, was es kostet. Sie müssen ganz vorsichtig sein bei dem, was Sie machen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Aber auch Ihr Gedächtnis, Herr Dressel, ist nicht mehr ganz so gut, wenn Sie sagen, Gleichstellung werde total gefördert, wenn eine Behörde Justiz und Gleichstellung geschaffen wird. Erinnern Sie sich noch? Es gab sogar einmal ein Senatsamt für die Gleichstellung, bei dem es um Frauengleichstellung und -förderung ging. Auch das ist schon lange her.

**(Heike Sudmann)**

(Dr. Andreas Dressel SPD: Aber Behörde ist doch besser!)

– Behörde ist nicht besser.

In der Behörde geht das Thema unter. Als Senatssamt wäre es direkt beim Ersten Bürgermeister angesiedelt, der ein bisschen mehr Dampf machen könnte, sofern ihm auch die Frauen wichtig wären.

(Zuruf von Andy Grote SPD)

– Woraus streichen? Das habe ich akustisch leider nicht verstanden.

Dass die CDU neidisch ist auf SPD-Filz, wundert mich, denn die CDU hat es in kürzester Zeit geschafft, sehr viel Filz aufzubauen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wo ist denn Filz?)

Aber ich kann auch verstehen, dass Sie ein bisschen neidisch sind, auch wenn ich nicht weiß, ob das gut oder schlecht ist. Die CDU hatte wirklich Schwierigkeiten, Senatorinnen und Senatoren in den eigenen Reihen zu finden. Es mag für Sie sehr hart sein, dass die SPD nun doch viele aus Hamburg genommen hat; mir ist es egal.

Doch nun zum Inhaltlichen: Herr Dressel, Sie sprachen von Verwaltungseffizienz. Das kann durchaus auch mit mehreren Behörden klappen, das werden wir sehen. Wir haben heute am Anfang in sämtlichen Debatten gehört, dass es um Klimaschutz, um neue Energien geht. Innovativ wäre eine neue Behörde, die sich um Umwelt, Verkehr und Energie kümmert. Damit hätten Sie etwas geschaffen, das auch wirklich in die Zeit passt. Das haben die SPD und der Senat leider nicht geschafft. Herr Kerstan hat eben schon die Gegenargumente dafür gebracht, dass der Bereich Verkehr in die Wirtschaftsbehörde kommt. Dieses Signal wird wahrscheinlich in der ganzen Stadt nicht verstanden, außer vielleicht von den Lobbyverbänden, die sagen, sie bräuchten mehr Autobahnen, mehr Straßen für den Güterverkehr. Ich hatte die SPD eigentlich so verstanden, dass sie die Umwelthauptstadt, die sie geerbt haben, weiterführen wollen, dass sie etwas tun und Alternativen schaffen wollen für den ÖPNV, für den Fahrradverkehr.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das tun wir auch! Der Zug der Ideen rollt weiter!)

– Das tun Sie überhaupt nicht. Das können Sie nämlich nicht.

Bei der CDU habe ich noch einen Punkt vergessen. Ich weiß, dass Sie ein Problem damit haben, wenn es viele staatliche Einrichtungen gibt, und ich weiß, dass Sie gerne privatisieren wollen. Das ist für mich aber kein Argument dafür, dass die Behörden immer weiter schrumpfen müssen. Wer nachher an Ihrem Marterpfahl steht, um den die Haultlinge und Indianer tanzen, werden wir noch sehen.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Frau Sudmann. – Das Wort hat Herr Senator Dr. Tschentscher.

**Senator Dr. Peter Tschentscher:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach allgemeiner Erfahrung muss man am wenigsten begründen, wenn man alles so lässt, wie es ist. Nach unserer Auffassung wäre dies im Falle des Zuschnitts der Hamburger Behörden eine bequeme, aber keine gute Lösung. Was wir geschaffen haben, hat fachliche und organisatorische Gründe. Ich will Ihnen das in aller Kürze berichten, auch wenn einiges schon gesagt worden ist.

Erstens: Wirtschaft und Verkehr haben vielfältige Wechselbeziehungen. Sie sollen in Zukunft gemeinsam und innovativ entwickelt werden, und zwar ausdrücklich, ohne dass dabei Umweltsichtspunkte unter den Tisch fallen.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Das werden wir ja sehen!)

Zweitens: Die Erfahrung auf Bundes- und Landesebene zeigt, dass Arbeits- und Sozialpolitik zusammengehören. Der Bürgermeister hat diese Zuständigkeiten in die Hände eines auf diesen Gebieten ausgesprochen erfahrenen Senators gelegt und um den Bereich Integration erweitert.

Drittens: Hamburg ist eine Medienstadt. IT und Medienpolitik sind zentrale Aufgaben, die, wie in anderen Bundesländern auch, zentral beim Regierungschef gut aufgehoben sind.

Viertens: Gesundheit und Pflege, Seniorenpolitik und Verbraucherschutz sind Zukunftsthemen, die unter sich verschärfenden Rahmenbedingungen als eigenständiger Schwerpunkt des Senats ausgeprägt werden sollen. Die neue Senatorin wird in diesem Bereich schon bald Akzente setzen, die in der früheren Mammutbehörde untergegangen sind.

(Beifall bei der SPD)

Damit komme ich zum zweiten Grund für die Neuorganisation der Behörden. Ziel war es, überschaubare und steuerbare Einheiten zu schaffen, in denen Konflikte und Probleme schnell bei der Behördenleitung ankommen und bearbeitet werden können, bevor meistens auch kostenträchtige Fehlentwicklungen eintreten.

Zählt man alles zusammen, haben wir eine Behörde und ein Senatsmitglied mehr, lautet die Kritik. Das ist so. Auf einem anderen Blatt stehen die Verkleinerungen der Stäbe und Präsidialabteilungen, eine geringere Zahl von Pressesprechern und Beauftragten, die Abschaffung diverser Stabs-, Leit- und Arbeitsstellen, die ein starkes und ausgabenwirksames Eigenleben entwickelt haben. Einen

**(Senator Dr. Peter Tschentscher)**

zusätzlichen Staatsrat gib es bei genauerer Betrachtung auch nur formal, denn die Aufgaben des Wohnungsbaukoordinators werden jetzt auf Staatsratsebene wahrgenommen. Damit hat der bisherige Wohnungsbaukoordinator künftig als Staatsrat echte Entscheidungs- und Durchgreifkompetenzen, was für die Vorhaben des Senats im Wohnungsbau von großer Bedeutung ist.

Die neue Behördenstruktur ist erstens die organisatorische Voraussetzung dafür, dass die Stadt verantwortungsvoll und – die FDP hat es angemeldet, deswegen für sie modern formuliert – verwaltungseffizient regiert werden kann.

Zweitens spiegelt die Neustrukturierung der Behörden unter dem Strich die fachliche Neuausrichtung der Senatspolitik wider. Dabei wird nicht mehr, sondern weniger Geld ausgegeben.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Herr Senator. – Das Wort hat Herr Bläsing.

(*Jan Quast SPD: War das jetzt nicht gut genug?*)

**Robert Bläsing** FDP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich mich gar nicht mehr zu Wort melden,

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

aber Herr Dr. Tschentscher, bei aller persönlichen Wertschätzung, dazu muss ich doch noch einmal kurz etwas sagen. Bei der Neuschaffung der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz wird so getan,

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Die FDP hat's ja mit der Gesundheit!*)

als würde so eine Fachbehörde nur aus einem Senator, einer Senatorin, einem Staatsrat und einer Präsidialabteilung bestehen und ansonsten würden keine Kosten anfallen. So ist es nicht. Da gibt es immer noch einen Intendantenbereich, eine Personalabteilung, die allgemeine Orga wird an der Stelle quasi noch einmal neu gegründet, die IT wird dort untergebracht und so weiter und so fort. So einfach ist es also nicht.

(*Wolfgang Rose SPD: Erst mal informieren!*)

– Ich bin in dem Thema ganz gut drin.

Der Bereich Arbeit soll wieder in die Sozialbehörde zurück. Ich erinnere an die Zustände in der alten BAGS

(*Jan Quast SPD: Da waren Sie noch gar nicht geboren!*)

und kann nur hoffen, dass sich diese dort nicht wieder einstellen.

(*Wolfgang Rose SPD: Was heißt denn BAGS?*)

Für die Vermengung von der Arbeits- mit der Sozialpolitik hat unser Generalsekretär von der FDP das schöne Wort fürsorgliche Verwahrlosung gefunden. Ich fürchte, in diese Richtung wird es gehen.

Was an der Wirtschaftsbehörde innovativ sein soll, werden wir wahrscheinlich auch noch irgendwann einmal erfahren. Ich halte das für keinen guten Neustart. Effizienz und Sparsamkeit sehen für mich anders aus. Sie müssen wirklich konzedieren, dass das kein Start für einen neuen Weg ist.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Herr Bläsing.

Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer sich dem Dringlichen Senatsantrag aus der Drucksache 20/119 anschließen und das darin enthaltene Dritte Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Verwaltungsbehörden und anderer Gesetze beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe.– Enthaltungen? – Dann ist das mehrheitlich beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Gesetz ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 29, Drucksache 20/117, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Abschiebung von Roma und Sinti in die Nachfolgerepubliken Jugoslawiens stoppen.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:  
Abschiebungen von Roma und Sinti in die  
Nachfolgerepubliken Jugoslawiens stoppen  
– Drs 20/117 –]**

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Innenausschuss überweisen.

Wird das Wort gewünscht? – Herr Yildiz.

**Mehmet Yildiz** DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir möchten mit unserem Antrag auf die Situation von Roma und Sinti, denen die Abschiebung nach Ex-Jugoslawien droht, auf-

**(Mehmet Yildiz)**

merksam machen. Wir wissen, dass in den ersten Aprilwochen mehrere Abschiebungen von Roma und Sinti nach Ex-Jugoslawien geplant waren. Aus diesem Anlass hat der Flüchtlingsrat Hamburg acht Petitionen beim Eingabenausschuss eingereicht. Ist Ihnen bekannt, liebe Kolleginnen und Kollegen, wohin die Roma und Sinti aus Hamburg abgeschoben werden sollen? Man will diese Menschen, die vor Krieg, Folter und brutaler Ausgrenzung geflüchtet sind, in Länder schicken, in denen sie Ähnliches erwartet, in denen Rassismus und Antiziganismus herrschen und Roma und Sinti in den letzten Jahren rassistischer Ausgrenzung und grausamer Behandlung – auch vonseiten der Polizei –, Folter, Mord und Vergewaltigung ausgesetzt waren und immer noch sind. Nicht nur die LINKE beurteilt das so; auch Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen berichten darüber, unter welchen Bedingungen diese Menschen dort leben müssen.

Dazu kommt, dass Roma und Sinti in den Staaten des früheren Jugoslawien kaum eine Zukunftsperspektive haben. Bis zu 90 Prozent dieser Menschen sind dort arbeitslos und leben in Slums, sie haben keine Gesundheitsversorgung und ihre Kinder können nicht zur Schule gehen. Das ist nicht so, weil sie es so wollen, sondern weil sie behördlicher Diskriminierung, Rassismus und Repression ausgesetzt sind. Vor diesem Hintergrund fordern wir, dass die Abschiebungen von Roma und Sinti in die Nachfolgestaaten Jugoslawiens unverzüglich gestoppt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Roma und Sinti müssen eine deutliche Bleiberechtperspektive bekommen.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Sie sind hierher gekommen, weil sie in ihren Herkunftsländern nicht menschenwürdig leben können. Das war so und ist immer noch so. Deshalb dürfen wir diese Menschen, die sich hier eine Zukunft aufbauen wollen beziehungsweise bereits aufgebaut haben, nicht in Ungewissheit und unmenschliche Verhältnisse zurückschicken. Von Abschiebung sind auch Familien bedroht, die zum Teil schon fünf, zehn oder 15 Jahre bei uns leben. Ihre Kinder gehen hier zur Schule, haben Abschlüsse gemacht, leben in Unterkünften, aber haben keine Lebensperspektive. Diejenigen von ihnen, die schon abgeschoben wurden, mussten wegen der grausamen Zustände in ihren Herkunftsländern wieder zurückkommen.

Es ist aber nicht nur aus diesem Grunde unververtretbar, Roma und Sinti abzuschieben, sondern auch aufgrund unserer historischen Verantwortung ihnen gegenüber. Lassen Sie mich erstens darauf hinweisen, dass die Vertreibung von Roma und Sinti in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens größtenteils auf den Jugoslawienkrieg zurückgeht. Bei

diesem Krieg, der die Entwurzelung vieler Roma und Sinti bewirkt hat, war Deutschland federführend. Zweitens möchte ich an die Vernichtung von Roma und Sinti durch die Nazis im 2. Weltkrieg erinnern. Zwischen den Jahren 1933 und 1945 wurden in Europa bis zu 500 000 Roma und Sinti vernichtet. Dies stellt die Bundesrepublik Deutschland vor die Aufgabe, ihrer historischen Verantwortung gegenüber den Opfern nationalsozialistischer Verfolgung und deren Nachkommen gerecht zu werden. Wir in Deutschland haben deshalb eine menschliche und moralische Verpflichtung gegenüber diesen Menschen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vorbildlich ist in diesem Zusammenhang die Anwendung des Kontingentflüchtlingsgesetzes für jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer aus der Sowjetunion beziehungsweise deren Nachfolgestaaten. Was spricht dagegen, dieses Gesetz auf Roma und Sinti auszuweiten? Eine ähnliche Regelung würde ihnen eine dauerhafte Perspektive geben. Daher freue ich mich besonders über das Signal, dass dieser Antrag an den Ausschuss überwiesen werden soll und wir dort detaillierter darüber sprechen können.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Herr Yildiz. – Das Wort hat Herr Schumacher.

**Sören Schumacher** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der manchmal als "der vergessene Holocaust" bezeichnete Völkermord der Nazis an Hunderttausenden von Roma und Sinti begründet in der Tat ein besonderes Verhältnis und eine besondere Verantwortung Deutschlands gegenüber dieser Minderheit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN und bei *Antje Möller GAL*)

Dass diese Verantwortung jedoch ein dauerhaftes Bleiberecht für die von Ihnen genannten Gruppen begründen soll, kann ich nicht nachvollziehen. Die kritische Einschätzung des von der Bundesregierung im April 2010 mit der Regierung der Republik Kosovo abgeschlossenen Rücknahmeabkommens für Kosovo-Flüchtlinge kann ich partiell teilen, denn im Kosovo gibt es nach wie vor nur geringe Aufnahme- und Integrationskapazitäten für Minderheiten. Allerdings gibt es Roma unter anderem auch in Ungarn, Rumänien oder Albanien.

Damit komme ich zu Ihrem Antrag. Er ist sicherlich gut gemeint, aber leider schlecht gemacht. In Ihrem Petition fordern Sie einen Abschiebestopp für Roma und Sinti aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens. Heißt das, die Roma und Sinti aus den anderen Ländern können Ihrer Meinung nach abgeschoben werden?

**(Sören Schumacher)**

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE*: Nee, heißt das nicht! Das steht da auch nicht!)

Wie passt das dann zum letzten Punkt Ihres Petitions, in dem Sie von der Innenministerkonferenz einen Beschluss erwarten, den bereits hier lebenden Sinti und Roma ein dauerhaftes Bleiberecht zu gewähren? Welche Roma und Sinti meinen Sie hier? Alle, auch die, die aus den anderen Ländern gekommen sind? Und wie lange rückwirkend soll das geschehen? Oder sollen alle, die gekommen sind oder noch kommen werden, ein Bleiberecht erhalten? Auf welcher Rechtsgrundlage soll das geschehen? Im Übrigen ist in Ihrer Antragsbegründung auch von Ashkali und Ägyptern die Rede, dann aber in Ihrem Petition nicht mehr. In Ihrem Antrag herrscht leider ein gewisses Durcheinander und er ist nicht ausgegoren.

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE*: Und wenn wir das beseitigen?)

Sie möchten die Kontingenzregelung auf Roma und Sinti ausweiten. Auch hier bleibt unklar, ob Sie alle aus allen Ländern meinen oder nur solche aus dem ehemaligen Jugoslawien.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Wen meinen Sie denn?)

Noch wichtiger ist, dass es die Rechtsgrundlage, die Sie gerne anwenden würden, nämlich das Kontingenzflüchtlingengesetz, nicht mehr gibt. Dieses Gesetz ist seit dem 1. Januar 2005 durch das neue Zuwanderungsgesetz außer Kraft gesetzt. In der Nachfolgeregelung ist keine Beschränkung auf bestimmte Volksgruppen vorgesehen. Insofern bedarf das Zuwanderungsgesetz auch keiner Erweiterung.

Bei den Zielen und Instrumenten, die zu debattieren sind, haben Sie die internationale und die europaweite Komponente vergessen. Aber das sind die richtigen Ebenen, auf denen das Problem angegangen werden muss, wenn wir an die Flüchtlingsströme aus Nordafrika denken; wir alle wissen um die Probleme, mit denen Italien und Malta zu kämpfen haben.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Wie viele nimmt denn Hamburg?)

Zudem möchte ich nur an das noch nicht umgesetzte Rahmenübereinkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten erinnern oder an den EU-Rahmen für nationale Strategien zur Eingliederung der Roma, der erst noch umgesetzt werden muss.

Dass das Problem der Flüchtlinge aus Osteuropa, die den genannten Minderheiten angehören, politisch bearbeitet werden muss, darin sind wir uns alle einig. Die von Ihnen genannten Ziele und Instrumente taugen dafür allerdings nicht. Lassen Sie uns im Innenausschuss in aller Ruhe und Gründlichkeit weiter an diesem Problem arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg**: Vielen Dank, Herr Schumacher. – Das Wort hat Herr Voet van Vormizeele.

**Kai Voet van Vormizeele** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, in diesem Haus gibt es keinen Zweifel darüber, dass wir uns alle der besonderen historischen Verantwortung für die Bevölkerungsgruppe der Roma und Sinti bewusst sein sollten. Zu dieser besonderen Verantwortung gehört aber auch, dass wir diese Menschen nicht zum Spielball parteipolitischer Fehden machen. Und dazu gehört auch, deutlich zu sagen, dass diese Menschen – anders als Herr Yildiz das eben formuliert hat – nicht geflohen sind, weil Deutschland an irgendeinem Krieg gegen sie teilgenommen hat, sondern vor einem Bürgerkrieg im Kosovo. Ursache dieses Bürgerkrieges waren eklatante Menschenrechtsverletzungen des damaligen serbischen Machthabers, das ist durch ein internationales Tribunal in Den Haag festgestellt worden. Da sollte man Ursache und Wirkung nicht verwechseln.

Wir müssen deutlich machen, dass es sich um Menschen handelt, die als Bürgerkriegsflüchtlinge in dieses Land gekommen sind. Dass wir Menschen, die vor einem Bürgerkrieg fliehen, für eine bestimmte Zeit eine Heimstatt bieten, ist ein wichtiges Instrument. Wenn wir dieses auch weiterhin wirkungsvoll anwenden wollen, dann müssen wir alles das, was dazugehört – nämlich auch die Rückführung in die Heimatländer, wenn es denn die Zustände erlauben –, weiterhin ermöglichen. Auch das gehört zur Glaubwürdigkeit und zur Umsetzungsfähigkeit dieser Grundregelung. Und da haben wir heute in der Tat einen wesentlichen Fortschritt erzielt. Ich zitiere gern aus dem Bericht einer Delegation des niedersächsischen Innenministeriums, die vor knapp anderthalb Jahren einen Besuch im Kosovo gemacht hat. Dieser Bericht wurde dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages zu einer Anhörung vorgelegt. Dort ist formuliert – ich zitiere –:

"Zusammenfassend ist festzustellen, dass eine Rückkehr der noch in Deutschland lebenden ausreisepflichtigen Personen aus der Republik Kosovo – unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit – möglich ist."

Das heißt, wir haben hier einen wichtigen Schritt gemacht. Es ist unbestritten, dass die sozialen Verhältnisse im Kosovo weiter verbessert werden müssen. Aber hier liegt meiner Meinung nach die entscheidende Aufgabe, nämlich dass wir weiterhin auch helfen, die Zustände dort zu verbessern. Es gibt das Programm URA 2, mit dem jetzt bereits einige Bundesländer Menschen vor Ort bei der Wiedereingliederung und beim Versuch, ein ge-

**(Kai Voet van Vormizeele)**

meinsames Leben aufzubauen, helfen. Ich glaube, das ist der richtige Weg. Es muss auch klar sein, dass wir angesichts der Zahl der Betroffenen nicht eine Riesenmenge Menschen auf einmal zurückführen dürfen. Hier muss behutsam und schrittweise vorgegangen werden.

Wir müssen den Menschen dort helfen, wo sie herkommen, und wir müssen ihnen helfen, in ihrer eigentlichen Heimat wieder Fuß zu fassen. Mit einem Antrag, wie er heute von der LINKEN vorgelegt worden ist, werden wir dazu nicht das richtige Instrument bekommen. Der Vertrag, den die Bundesrepublik Deutschland mit der Republik Kosovo geschlossen hat, ist der richtige Weg. Wir werden uns bemühen müssen – und da hat Hamburg durchaus auch noch eigene Möglichkeiten –, besser zu werden und die Hilfe vor Ort auszuweiten. Aber wenn wir diese Menschen ungeachtet ihrer eigenen Lage hier lassen, helfen wir ihnen weder hier, noch helfen wir – was ich viel wichtiger finde – den Menschen im Kosovo. Wir haben die Aufgabe, gemeinsam mit den Menschen vor Ort Hilfe zu organisieren und diese Aufgabe sollten wir annehmen. Dieser Antrag ist ungeeignet, Hilfe, in welcher Form auch immer, zu leisten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Das Wort hat Frau Möller.

**Antje Möller GAL:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir müssen uns noch einmal in Erinnerung rufen, warum wir eigentlich über dieses Thema reden. Ich habe den Eindruck, dass der Antrag der LINKEN auch an der Stelle zu kurz greift. Wir haben seit Mitte letzten und Anfang dieses Jahres für eine zunehmende Zahl von Ländern der vergrößerten europäischen Region die Visafreiheit eingeführt beziehungsweise werden sie in diesem Mai einführen. Damit haben wir verstärkte Migrationsbewegungen innerhalb Deutschlands. Wir haben uns zweitens unglaubliche Bilder aus Frankreich ansehen müssen, als dort seit Langem ansässige Romafamilien mit brachialen Mitteln vertrieben wurden. Und drittens beschäftigt man sich seit dem Jahr 2005, als zwölf EU-Staaten die Dekade der Roma-Integration ausgerufen haben, europaweit mit dem Thema Lebenssituation, Ausbildungschancen und Diskriminierung von Roma. Roma ist übrigens der Oberbegriff vieler verschiedener ethnischer und kultureller Gruppen, sodass man sprachlich vereinfachen kann und nicht jedes Mal wieder sagen muss, man meine auch die Ashkali oder die Ägypter oder die Sinti.

Natürlich haben wir – das ist von allen Rednern gesagt worden – die historische Verantwortung und müssen uns diesem Thema von daher mit einer ganz besonderen Notwendigkeit nähern. Mir ist es jedoch wichtig zu sagen, dass wir uns im Grunde

drei Problembereiche der Roma in Europa ansehen müssen. Es gibt erstens die ethnische Verfolgung; dazu ist schon etwas gesagt worden. Ich halte das Rückkehrabkommen mit dem Kosovo für leichtfertig und bin weiterhin dafür, dass Abschiebungen ins Kosovo von Hamburg aus nicht durchgeführt werden.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN)

Wir haben das in der letzten Legislaturperiode so gehalten und ich hoffe, die SPD wird weiter so verfahren. Ich glaube im Übrigen auch, dass die sogenannten schutzbedürftigen Personen nicht nach Serbien abgeschoben werden sollten. Auch dazu gibt es Berichte des Bundesamtes.

Zweitens bin ich der Meinung, dass wir der Vertreibung von Roma aus anderen europäischen Ländern, die sich dann aber immer noch innerhalb der Dublin-II-Verordnung bewegen, keinen Vorschub leisten sollten. Deswegen muss ich die SPD leider an die Entscheidung des Eingabenausschusses vom Montag erinnern. Gegen die LINKE, die FDP und uns wurde entschieden, eine Roma-Familie zurück nach Frankreich zu überstellen, so heißt es im Rahmen der Dublin-II-Verordnung. Ich halte das für eine fatale Fehlentscheidung.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN)

Der dritte Punkt betrifft die europaweite Diskriminierung der Roma. Hier geht es darum, die Lebenssituation der Roma in den europäischen Ländern zu verbessern, und zwar nicht in irgendwelchen Herkunftsländern – das allein ist schon eine hochstrittige Debatte, ob es überhaupt Herkunftsländer der Roma gibt –, sondern innerhalb der Länder, in denen die Roma leben. Die Europäische Kommission hat dem Parlament einen schlüssigen Rahmen vorgegeben, innerhalb eines gewissen Zeitplans jeweils nationale Integrationsstrategien zu entwickeln. Allerdings sind die Gelder – das muss man sich einmal vor Augen führen –, die jedem Land und im Übrigen auch jedem Bundesland zur Verfügung stehen, bisher zu 70 Prozent noch nicht abgerufen worden. Wäre Hamburg an der Stelle etwas aktiver, wäre es für uns ein Leichtes, die Lebensverhältnisse, Bildungschancen und Wohnmöglichkeiten der hier lebenden Roma zu verbessern. Das ist ein Arbeitsbereich, dem sich die SPD auch annähern sollte.

*(Philipp-Sebastian Kühn SPD: Was haben Sie denn zu diesem Thema getan, Frau Möller?)*

Damit könnten wir zum Beispiel beginnen, indem wir uns im Innenausschuss sehr schnell darauf verständigen, endlich die Unterkunft am Billstieg zu schließen. Diese Schließung haben wir versucht einzuleiten, Herr Kühn, wir können das gemeinsam beenden.



**(Antje Möller)**

Im Übrigen glaube ich, dass wir uns bei dieser Debatte nicht darauf beschränken sollten, das unter uns zu diskutieren. Ich verweise auf ein Interview aus dem Jahr 1989 – man kann es bei "SPIEGEL ONLINE" im Archiv finden – zwischen dem damaligen Innensenator, Herrn Hackmann, und dem damaligen Vorsitzenden der Roma und Cinti Union, Herrn Kawczynski, die sich ganz böse, aber sehr klar und deutlich streiten. Ich wünsche mir eine Expertenanhörung im Innenausschuss, mit der wir uns dann der ganzen Komplexität dieses Themas nähern können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN und bei Dr. *Isabella Vértes-Schütter SPD*)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Frau Möller. – Das Wort hat Frau Kaesbach.

**Martina Kaesbach FDP:**\* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich meine Vordnern anschließen. Wir Deutschen haben eine besondere Verantwortung gegenüber der Bevölkerungsgruppe, die sich selbst Sinti und Roma nennt. Die Sinti und Roma wurden von den Nationalsozialisten ab 1933 schrittweise ausgegrenzt, entrechtet und verfolgt. Alle Maßnahmen gegen Juden wurden auch auf Sinti und Roma angewandt. In Berlin, südlich vom Reichstag, entsteht bekanntlich in diesem Jahr eine Gedenkstätte, die an den nationalsozialistischen Völkermord an die als "Zigeuner" verfolgten europäischen Roma erinnern soll. Es ist ein Zeichen für den Versuch der Wiedergutmachung durch die Deutschen.

Die Roma und Sinti waren nicht nur im Nazireich Opfer grausamer Verbrechen. Bevor die Roma-Minderheiten der Vertreibung durch Kosovo-Albaner ausgesetzt wurden, war die albanische Bevölkerung seit März 1998 Opfer furchtbarster Verbrechen der serbischen Armee, Polizei und Miliz geworden. Auch heute machen zahlreiche Berichte der Europäischen Kommission, der OSZE und des Europarats deutlich, dass in den europäischen Staaten die Situation der Sinti und Roma menschenrechtlich höchst problematisch ist. Dies bleibt unbestritten.

Im Zusammenhang mit dem Rücknahmeabkommen, das im April 2010, wir hörten es schon, zwischen der Bundesregierung und dem Kosovo geschlossen wurde und die Ausreise beziehungsweise Rückführung von etwa 12 000 kosovarischen Roma in den kommenden Jahren vorsieht, weise ich darauf hin, dass der Kosovo sich am 17. Februar 2008 für unabhängig erklärt hat und sich dabei zur vollständigen und lückenlosen Umsetzung des sogenannten Ahtisaari-Pakets, insbesondere im Bereich Minderheitenschutz, verpflichtet hat. Zur Information: Das Ahtisaari-Paket sieht für den Kosovo den Status der Unabhängigkeit vor. Die völkerrechtliche Anerkennung durch Deutschland ist

am 21. Februar 2008 erfolgt, die der wichtigsten Partner in EU und NATO ebenfalls in derselben Woche.

(*Antje Möller GAL: Unabhängig von Rückgaben!*)

Das Auswärtige Amt beschreibt die Lage im Kosovo als derzeit ruhig, aber noch nicht völlig stabil. Eine wirtschaftlich schwierige bis desolante Situation kann aber kein Asylrecht in Deutschland begründen. Das Auswärtige Amt bestätigt, dass die Situation der Roma und Sinti im Kosovo schwierig ist. Es stellt aber gleichzeitig fest, dass es im Kosovo keine generelle Verfolgungs- und Diskriminierungssituation für die Roma und Sinti gibt. Insofern vertritt die FDP-Fraktion die Auffassung, dass sehr wohl im konkreten Einzelfall, zum Beispiel aus gesundheitlichen Gründen, die Vergabe eines Bleiberechts angezeigt ist. Das wäre dann ein Fall für die Härtefallkommission. Einen generellen Abschiebestopp zu verhängen beziehungsweise das Bestreben, in der kommenden Innenministerkonferenz auf einen Beschluss hinzuwirken, den bereits hier lebenden Sinti und Roma ein dauerhaftes Bleiberecht zu gewähren, lehnen wir ab.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Frau Kaesbach. – Das Wort hat Herr Yildiz.

**Mehmet Yildiz DIE LINKE:** Herr Präsident, lieber Herr Schumacher! Wenn der Antrag aus Ihrer Sicht zu kurz greift, können Sie das im Innenausschuss gern durch eigene Vorschläge ergänzen. Dafür sind wir offen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass der Antrag an den Ausschuss überwiesen werden soll, ist ein gutes Zeichen dafür, dass man sich grundsätzlich mit diesem Thema befassen will. Das geht in die richtige Richtung und damit hat der Antrag, auch wenn er zu kurz greift, ein bisschen sein Ziel erreicht.

Frau Kaesbach, Sie haben gesagt, es gebe im Kosovo keine generelle Diskriminierung. Das heißt aber auch, dass es dort eine Diskriminierung dieser Menschen gibt. Wie auch Herr Schumacher erwähnte, werden die Sinti und Roma nicht nur in Serbien und im Kosovo, sondern auch zum Beispiel in Italien diskriminiert, eigentlich in fast allen Ländern dieser Welt. Ich kann mich daran erinnern, dass Roma in unser Dorf kamen, um dort zu arbeiten, als ich ein kleines Kind war. Man hat uns damals gesagt, Vorsicht, die nehmen Kinder mit, und uns damit Angst gemacht. Jetzt ist mir bewusst, wie beschämend es ist, dass dort solche Vorurteile geschürt wurden gegen Menschen, die durch ihre Arbeit ihren Lebensunterhalt bestreiten haben. Ich bin froh, dass ich so offen aufgewach-

**(Mehmet Yildiz)**

sen und diesen Menschen offen begegnet bin und die Vorurteile nicht übernommen habe.

Ich gebe Ihnen recht, Herr Schumacher, und auch anderen hier, dass man natürlich grundsätzlich etwas in den Herkunftsländern machen sollte, damit die Menschen ihre Länder nicht verlassen müssen. Sie verlassen sie nicht freiwillig. Aber es geht in erster Linie um die Menschen, die zu uns gekommen sind und deren Kinder hier zur Schule gehen – Frau Möller, Sie wissen das selbst, weil Sie sich mit dem Thema befasst haben –, die hier seit Jahren leben und nicht erst gestern gekommen sind, aber abgeschoben werden sollen. Sie wissen auch aus Fernsehberichten, unter welchen Bedingungen Familien mit Kindern nach der Abschiebung leben müssen. Die Kinder haben keine Schule und keine Ausbildungsmöglichkeit vor Ort, sie müssen in Slums und auf Müllhalden leben und arbeiten. Darum geht es.

Ich möchte mit einigen Roma-Sprichwörtern schließen:

"Wenn du weise sein willst, musst du zuhören.  
Wenn es regnet, bedecke den Kopf nicht mit einem Sieb.  
Wenn dich eine Fliege stört, töte sie nicht, sondern entferne den Schmutz."

Wir müssen natürlich den Schmutz vor Ort beseitigen und dafür sorgen, dass die Menschen ihre Länder nicht verlassen müssen. Aber wir müssen für die Menschen hier auch etwas tun, damit sie hier leben dürfen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. *Isabella Vértes-Schütter* SPD)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Herr Yildiz.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/117 an den Innenausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung an den Innenausschuss beschlossen worden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 15, Drucksache 20/51, dem Bericht des Rechnungshofs nach Paragraph 99 LHO zur Haushaltslage 2011 der Freien und Hansestadt Hamburg.

**[Der Präsident des Rechnungshofs der Freien und Hansestadt Hamburg:  
Bericht nach § 99 LHO zur Haushaltslage 2011 der Freien und Hansestadt Hamburg  
– Drs 20/51 –]**

Die Fraktionen haben vereinbart, dass die hierzu vorgesehene Debatte entfällt. Wir kommen direkt zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/51 an den Haushaltsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist so beschlossen.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 21, Drucksache 20/106, Antrag der CDU-Fraktion: Einrichtung einer Jugendberufsagentur.

**[Antrag der CDU-Fraktion:  
Einrichtung einer Jugendberufsagentur  
– Drs 20/106 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Schulausschuss überweisen, die CDU-Fraktion möchte die Drucksache mitberatend an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Herr Stemmann, bitte.

**Hjalmar Stemmann** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion legt heute der Bürgerschaft mit der Drucksache 20/106 einen Antrag zur Einrichtung einer Jugendberufsagentur vor. Wir bitten Sie um Ihre Unterstützung, um jungen Leuten beim Übergang von der Schule in eine Ausbildung und bei der Jobsuche zu helfen. Wer die Schule beendet hat, sich aber noch unsicher ist, welchen Beruf er erlernen will, oder wer arbeitslos und jung ist und nicht weiß, wie es weitergehen soll, kann hier Informationen und Unterstützung finden. Auch wenn die Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz bisher erfolglos war, kann man sich an die Agentur wenden. Die Jugendberufsagentur soll den Jugendlichen und jungen Erwachsenen Hilfe bei der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz geben. Sie soll junge Menschen unabhängig und professionell unterstützen, damit sie fit sind für den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

(Vizepräsidentin Kersten Artus übernimmt den Vorsitz.)

Das Ziel ist die berufliche Integration junger Menschen in Arbeit und Ausbildung.

(Beifall bei der CDU)

Gerade einen Beruf zu erlernen und Arbeit zu finden, ist von hoher Bedeutung für die jungen Menschen, wenn sie ihr Leben selbstverantwortlich gestalten sollen und wollen. Leider klappt ein direkter Übergang von der Schule in die Ausbildung noch nicht in ausreichendem Maße. Rund 7000 Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren waren im Jahr 2010 in Hamburg arbeitslos. Wir wollen ihnen eine Perspektive bieten und so auch gleichzeitig etwas dafür tun, um dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Es gibt schon heute eine ganze Anzahl von Hilfsangeboten von vielen Beteiligten. Jedes Angebot für sich ist sinnvoll, am Ende bleibt aber eine unübersichtliche Lage, vor allem für die Jugendlichen. Das sieht auch der

**(Hjalmar Stemmann)**

Rechnungshof so. Darum empfiehlt er eine zentrale Beratungseinrichtung, beispielsweise in Form einer Jugendberufsagentur, so der Jahresbericht 2010.

Auch wir sind der Meinung, dass die Bündelung unterschiedlicher Beratungsdienste unter einem Dach der Jugendberufsagentur die Chance bietet, das Beratungsangebot effektiver und wirtschaftlicher zu gestalten. Sie wäre ein wichtiges und zentrales Glied in dem Reformprozess des Übergangssystems Schule/Beruf, das der CDU-geführte Senat vor der Bürgerschaftswahl mit vielen Maßnahmen bereits angestoßen hat.

Es wäre mehr als wichtig, dass alle wichtigen Institutionen, die in Hamburg bereits Angebote für jugendliche Menschen haben, eng zusammenarbeiten. Der Grundgedanke, Jugendliche mit Übergangsschwierigkeiten aus einer Hand zu betreuen, ist richtig und wichtig und muss von allen unterstützt werden. Gleichzeitig ist natürlich darauf zu achten, die betriebliche Ausbildung an die erste Stelle zu setzen und den Betrieben keinen zusätzlichen Arbeitsaufwand zu bescheren. So kann ein wichtiger Beitrag geleistet werden, um die berufliche und gesellschaftliche Integration der Jugendlichen zu verbessern und den Wirtschaftsstandort Hamburg weiterzuentwickeln. Wir ersuchen den Senat insoweit, die Konzepte bereits bestehender Jugendberufsagenturen in anderen Städten wie Mainz und Darmstadt zu prüfen und gemeinsam mit allen relevanten Partnern ein Konzept zu entwickeln, und wir freuen uns auf Ihre Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Schönen Dank, Herr Stemmann. – Frau Rugbarth hat das Wort.

**Andrea Rugbarth SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Stemmann, Sie haben Sinn und Zweck einer Jugendberufsagentur bereits sehr ausführlich beschrieben, dem brauche ich nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der CDU)

– Wie schön, Beifall von der CDU zu bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Wir kennen alle seit Jahren diese Problematik. Wenn ich mich recht entsinne, wurde 2008 bereits ein Aktionsbündnis für Bildung und Beschäftigung eingerichtet. Seit dieser Zeit kennen wir das Problem. Der Bericht des Rechnungshofs war an dieser Stelle vernichtend. Wir haben sehr viele Maßnahmen, die nebeneinander herlaufen, von denen jede einzelne sicherlich wichtig und richtig ist, aber wir haben keinen Überblick über diese Maßnahmen. Wir haben keine Zielgruppenanalyse, wir haben keine einheitliche Datenstruktur in den Behör-

den, weil es sich teilweise um Gesetze aus verschiedenen Zuständigkeiten handelt. Da wären SGB II, SGB III, auch SGB VIII, also die Familien- und Jugendhilfe, das heißt, bei uns ist es in verschiedenen Senatsämtern zersplittert gewesen. Das Ganze hat zu der Situation geführt, die wir jetzt vorfinden und an der wir arbeiten werden. So viel können wir Ihnen auf jeden Fall zusichern.

In Ihrem Petitem hatten Sie gefordert, dass wir Jugendberufsagenturen in anderen Kommunen untersuchen. Diese anderen Jugendberufsagenturen lassen sich nicht so ohne Weiteres auf Hamburg übertragen, weil wir sowohl eine Kommune als auch ein Land sind. Dennoch wurde bereits am 28. März eine Delegation aus Akteuren nach Düsseldorf gesandt, die sich das dort angeschaut hat. Auf Fachebene wird bereits der Evaluationsbericht über die Jugendberufsagentur aus Mainz bearbeitet. Wir können Ihnen also zusagen, dass wir in diese Richtung tätig sein und arbeiten werden. Es ist uns ein großes Anliegen, dass wir an dieser Stelle den Jugendlichen weiterhelfen, so wie unser Erster Bürgermeister gesagt hat, dass niemand an dieser Stelle verlorengelassen darf.

Wir werden den Antrag deshalb auch zur weiteren Beratung an den Schulausschuss überweisen, um ihn dort weiter im Blick zu behalten. Wir werden allerdings eine Überweisung an den Wirtschaftsausschuss ablehnen, weil dieser definitiv nicht der richtige Ort dafür ist, denn das, was jetzt aufgebaut wird, wird unter der Führung des HIBB, des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung, passieren und dies ist in der Schulbehörde angesiedelt. Auch die bisherige Lenkungsgruppe war in der Schulbehörde angesiedelt. Ich denke, dass vielleicht die Zuständigkeit dort am besten aufgehoben sein wird und nicht im Wirtschaftsausschuss. – Danke.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Walter Scheuerl CDU*)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Vielen Dank, Frau Rugbarth. – Frau von Berg hat das Wort.

**Dr. Stefanie von Berg GAL:\*** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Einrichtung einer Jugendberufsagentur ist eine Sache, der sich vermutlich erst einmal niemand in den Weg stellen wird. Das haben wir eben auch schon gehört. Es ist relativ konsensual. Deutliches Indiz dafür ist, dass auch die Regierungsfraktion der Überweisung an den Ausschuss zustimmt. Der Begriff der Jugendberufsagentur findet sich auch schon im Koalitionsvertrag der letzten Legislaturperiode wieder.

Ich möchte noch einmal betonen, dass die vergangenen Erfolge, die im CDU-Antrag zu Recht erwähnt werden, auch maßgeblich auf die Regierungszeit mit der GAL und damit auch auf die Vorarbeit einer GAL-geführten Behörde zurückzuführen sind. Die Berufsorientierung an einer Stadtteil-

**(Dr. Stefanie von Berg)**

schule oder an einem Gymnasium war der erste Schritt, um die Übergänge so zu gestalten, dass junge Menschen nicht mehr verlorengehen und dass vor allen Dingen das Motto jetzt heißen kann: Kein Abschluss ohne Anschluss.

(Beifall bei der GAL)

– Danke. Da unterstützt einen auch einmal die eigene Fraktion.

Auch das Aktionsbündnis für Bildung und Beschäftigung ist erst durch die Initiative der GAL-geführten Bildungsbehörde Realität geworden. Damit haben wir das geschafft, was bis dahin anscheinend nicht geschafft werden konnte, nämlich die enge Zusammenarbeit und Verzahnung aller berufsbildenden Akteure dieser Stadt inklusive der Kammern, der Gewerkschaft und verschiedener Behörden. Erst damit haben wir gemeinsam eine Grundlage für das neue Übergangssystem entwickelt und diese enge Zusammenarbeit, das wurde auch gesagt, ist eine ganz wichtige Voraussetzung dafür, dass keine kostspieligen Warteschleifen mehr entstehen. Wir konnten gerade erst gestern im "Handelsblatt" lesen, welche Milliarden jedes Jahr dadurch produziert werden, dass Jugendliche und junge Menschen verlorengehen. Auf den Bericht des Rechnungshofs wurden wir schon verwiesen.

Inzwischen hat die Bundesagentur für Arbeit erklärt, sie wolle Hamburg zu einer Modellregion entwickeln und in den Bezirken nach dem Vorbild von Jugend-Job-Centern Plus eine entsprechende Infrastruktur aufbauen. Die Idee ist so wie bei den Jugendberufsagenturen: Kooperation, multiprofessionelle Teams, all das, was wir auch erreichen wollen. So weit so gut, könnte man sagen. Allerdings klammern diese bundesweiten Modelleinrichtungen bisher den Rechtskreis des Schulgesetzes aus und von daher müssen wir wirklich darauf achten, dass es zu einer alle Rechtskreise integrierenden Planung kommt.

(Heiko Hecht CDU: Nicht so viele Fremdwörter hier!)

– Nicht so viele Fremdwörter? Ich versuche es ganz einfach zu halten für die Hinterbänkler.

(Jan Quast SPD: Ja, erklären Sie mal!)

Ansonsten muss die Schulbehörde wie bisher eigene Beratungsstrukturen vorhalten, die allerdings dem Gedanken einer integrierten Beratung und Hilfeveranlassung widersprechen würden.

Ich möchte neben diesen bildungsökonomischen Effekten noch einmal deutlich hervorheben, dass es sich hierbei um Menschen handelt, und zwar im Kern um Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren, die von multiplen Problemlagen – multipel ist schon wieder so ein Fremdwort – und Gefährdungen betroffen sind und oft keinen Schulabschluss haben, sondern nur einen Schulabgang; das sollten wir auch nicht vergessen. Deswegen ist kein

Abschluss ohne Anschluss nur ein Teil der Wahrheit. Es muss also für eine kohärente und ganzheitliche Beratung und Betreuung und auch eine lückenlose Prozesskette gesorgt werden. Damit folgt die GAL-Fraktion ganz klar der Idee der Errichtung einer Jugendberufsagentur und spricht sich für den Antrag der CDU aus. Wir bemerken allerdings, dass die CDU-Fraktion offenbar großes Vertrauen in Senator Rabe hat,

(Jan Quast SPD: Zu Recht!)

denn sie bleibt im Ansatz stecken und vertraut darauf, dass die SPD dem Ziel der zentralen Beratungsinstanz für Jugendliche mit erhöhtem Beratungsbedarf schon irgendwie nachkommt, wenn sie bereits bestehende Jugendberufsagenturen in anderen Städten prüft. Das reicht nicht, denn es gibt ganz klare Bedingungen, die für das Gelingen einer solchen Agentur auch erfüllt werden müssen und die notwendig sind. Wir werden darüber mit Sicherheit eine sehr intensive Debatte führen. Ich freue mich sehr auf die intensive Debatte im Schulausschuss, an den hoffentlich dieser Antrag überwiesen wird, denn unser Ziel ist nicht nur kein Abschluss ohne Anschluss, sondern auch kein Abgang ohne Übergang. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Vielen Dank. – Herr Ritter hat das Wort.

**Finn-Ole Ritter** FDP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch die FDP schließt sich dem Antrag vom Grundsatz her gerne an. Ich möchte aber auf folgende Punkte zu Ihrer Kenntnis hinweisen. Richtig steht im ersten Punkt, dass der Rechnungshof eine Prüfung der bestehenden Jugendberufsagenturen und erst danach eine Umsetzung fordert. In dem Antrag steht unter Ziffer 2, dass er sofort umgesetzt werden soll. Wir sind für eine Prüfung als ersten Schritt und dann, sollte das Ergebnis entsprechend positiv sein, für eine Umsetzung.

Das Zweite, worauf Frau Rugbarth auch schon hingewiesen hatte, sind die unzähligen Maßnahmen, die es gibt. Der Rechnungshof hat zu Recht darauf hingewiesen, dass in diesem Zusammenhang Qualität und Standard der Maßnahmen auch unbedingt zu prüfen seien. Wenn wir schon beim Prüfen sind, könnte man das in dem Zusammenhang auch direkt tun.

Dritte Forderung, das Thema Datenschutz. Auch in solch einer Agentur darf das nicht zur Einführung einer Austauschkultur im Bereich des Datenschutzes führen. Wir fordern deshalb, auch diesen Punkt zu berücksichtigen.

Schlussendlich fordern wir aber nicht den Überweisungsantrag an den Schulausschuss, sondern wir folgen der Forderung der CDU einer Überweisung

**(Finn-Ole Ritter)**

an den Wirtschaftsausschuss. Woran liegt das? Es gibt eine Begründung dafür. Jetzt sind Sie gespannt.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Nein!)

– Nein? Schade.

Okay, ich mache es ganz kurz. Die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt hat etwas mit Arbeit zu tun, das heißt die Wirtschaft sind die, die die Arbeitsplätze, in die wir die Jugendlichen hineinbekommen wollen, bereithalten. Arbeit und Wirtschaft gehört in den Wirtschaftsausschuss, wir hatten vorher schon darüber gesprochen. Deswegen bitten wir, den Antrag an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Vielen Dank.  
– Frau Heyenn hat das Wort.

**Dora Heyenn DIE LINKE:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Landesrechnungshof hat wieder einen Jahresbericht veröffentlicht. Diesmal hat er auch etwas zu den Jugendberufsagenturen aufgeschrieben und die CDU-Fraktion hat dann einen Antrag daraus gemacht. Die CDU beklagt in ihrem Antrag die hohe Jugendarbeitslosigkeit und lobt dann sehr langatmig die Arbeit der CDU-geführten Senate der letzten Jahre. Genannt werden der Ausbildungskonsens von 2004, die Gründung des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung, des HIBB, das Aktionsbündnis für Bildung und Beschäftigung und die Berufsorientierung an Schulen. Dazu möchte ich einiges sagen.

Erstens: Der Ausbildungskonsens und das Aktionsbündnis waren und sind eine reine Appellpolitik an die Betriebe. Sie haben keinen einzigen Ausbildungsplatz geschaffen. Nach unseren Berechnungen fehlen in Hamburg über 9 000 Ausbildungsplätze und der DGB spricht sogar von 11 000 fehlenden Ausbildungsplätzen. Es herrscht eine große Ausbildungsnot. Von einem großen Erfolg der Arbeit der CDU-Senate zum Thema Jugendausbildungsplätze kann überhaupt nicht die Rede sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens: Das Hamburger Institut für Berufliche Bildung war nach Auffassung der GAL in ihrem Wahlprogramm 2007 eine besonders missratene CDU-Reform. Warum haben Sie das damals so eingestuft? Einmal, weil zwischen Schulbehörde und beruflicher Bildung eine weitere Hierarchieebene eingezogen wurde und damit die berufliche Bildung zusätzlich, wie Sie es genannt haben, bürokratisiert wurde. Außerdem ist das Kuratorium des HIBB, das haben wir schon öfter diskutiert, völlig undemokratisch und einseitig nur mit Behörden- und Kapitalvertretern besetzt. Die Gewerkschaften sind ausgeschlossen, aber Olaf Scholz hat zuge-

sagt und versprochen, dass die SPD das gleich nach der Wahl korrigieren will. Wir haben in der letzten Sitzung der vergangenen Legislaturperiode, glaube ich, Anträge hierzu beraten und diesen Punkt so verhandelt.

Drittens: Berufsorientierung schafft keine zusätzlichen Ausbildungsplätze. Wir haben in der letzten Legislaturperiode in einer der letzten beiden Sitzungen die Drucksache 19/8472 mit der Überschrift "Maßnahmen zur Umsetzung der Reform der beruflichen Bildung in Hamburg" nach langer Beratung verabschiedet. In dieser Drucksache ist ein Ist-Zustand festgeschrieben, der bis heute gilt, nämlich dass viele Jugendliche in Hamburg die allgemeinbildenden Schulen ohne hinreichende berufliche Orientierung, ohne hinreichende schulische Leistung und ohne persönliche Kompetenzen und berufliche Ziele verlassen und nicht sagen können, wie sie ihre Berufswünsche auf dem Arbeitsmarkt erfüllt sehen.

Weiterhin wurde festgestellt, dass Jugendlichen ohne Schulabschluss oder mit vergleichsweise schwachem Schulabschluss oftmals die sogenannte Ausbildungsreife abgesprochen wird und unzureichende schulische Leistungen in den grundlegenden Kompetenzbereichen Sozialkompetenz und Motivation von den Betrieben nicht ausgleichbar seien. So steht es in der Analyse dieser Drucksache. Professor Klaus Klemm wird in dieser Drucksache zitiert, dass eine Entspannung in der nächsten Zeit nicht zu erwarten sei. Das scheint auch richtig zu sein.

Nun soll also eine Berufsagentur her und die CDU beantragt, dass der Senat die Konzepte

...

(Unruhe im Hause – Glocke)

**Vizepräsidentin Kersten Artus** (unterbrechend): Darf ich das Plenum um etwas mehr Ruhe und Aufmerksamkeit bitten? – Frau Heyenn, Sie haben das Wort.

**Dora Heyenn** (fortfahrend): – Danke schön.

Die CDU beantragt, dass der Senat die Konzepte für bereits bestehende Jugendberufsagenturen in anderen Städten prüfen, dies mit dem Partner des Aktionsbündnisses beraten und der Bürgerschaft berichten soll. Dazu möchte ich einmal den Koalitionsvertrag von Schwarz-Grün aus dem Jahre 2007 zitieren.

(Antje Möller GAL: 2008!)

– 2008, Entschuldigung.

Darin steht:

"Es soll geprüft werden, ob die Gründung einer Jugendberufsagentur zur Verbesserung des Übergangs von Schule in Ausbildung

**(Dora Heyenn)**

nötig ist und wie eine spezialisierte Betreuung von Alleinerziehenden geregelt werden kann."

Nun frage ich mich natürlich, wenn die CDU jetzt solche Anträge stellt, was denn aus diesem Auftrag aus dem Koalitionsvertrag geworden ist. Was haben Sie gemacht? Wie haben Sie geprüft? Welche Antworten haben Sie bekommen? Haben Sie vielleicht gar nicht geprüft?

*(Dietrich Wersich CDU: Die Legislaturperiode war ein Jahr kürzer!)*

– Wenn Sie das in drei Jahren nicht schaffen, hätten Sie es in vier Jahren auch nicht geschafft, da bin ich ziemlich sicher.

*(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)*

Senator Rabe würde jetzt sagen, die SPD solle jetzt offenkundig die Arbeit machen, die die CDU nicht geschafft hat.

Wir haben diese Drucksache nach eingehender Diskussion in diesem Hause einstimmig beschlossen und unter anderem steht darin, dass für die Kooperation in den Stadtteilschulen im Bereich der Berufsorientierung ab Klasse 8 120 Lehrerstellen als Mehrbedarf eingeplant werden. Nun kommen Sie mit diesem neuen Konzept. Ich bin sehr skeptisch, dass eine weitere Beratungseinrichtung wirklich hilft, weil weitere Beratungen nicht das schaffen, was sie vorhaben. Was wir brauchen, sind neue Ausbildungsplätze und dieses neue Konzept, das wir beschlossen haben, muss erst einmal beweisen, dass es seinem Anspruch gerecht wird, dass alle Jugendlichen, die in Hamburg einen Ausbildungsplatz haben wollen, auch wirklich einen Ausbildungsplatz bekommen. Dazu gehört, dass wir in diesem Konzept festgeschrieben haben, dass es auch außerbetriebliche, also schulische, voll qualifizierte Ausbildungsgänge geben muss. Das ist alles noch auf dem Weg. Ich bin sehr skeptisch, ob man jetzt, nachdem dieses Konzept beschlossen worden ist, wieder ein neues Instrument ins Leben rufen muss. Ich bin gerne bereit, im Schulausschuss darüber zu diskutieren, aber diese Maßnahme muss sehr intensiv begründet werden, weil wir gerade ein riesiges Maßnahmenbündel für einen besseren Übergang von der Schule in den Beruf beschlossen haben. Wir alle wünschen uns, dass alle Jugendlichen in dieser Stadt auch einen Ausbildungsplatz bekommen.

*(Beifall bei der LINKEN und bei Britta Ernst SPD)*

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/106 an den Schulausschuss zu? – Gegenpro-

be. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag an den Schulausschuss überwiesen.

Wer möchte die Drucksache 20/106 mitberatend an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Diese Überweisung wurde abgelehnt.

Kommen wir zum Punkt 18 der Tagesordnung, Drucksache 20/88, Antrag der SPD-Fraktion: Korruptionsregister für Hamburg.

**[Antrag der SPD-Fraktion:  
Korruptionsregister für Hamburg  
– Drs 20/88 –]**

Diese Drucksache möchte die FDP-Fraktion an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Rose, bitte.

**Wolfgang Rose SPD:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Präsidentin! Das Thema, das unter diesem Tagesordnungspunkt zu diskutieren ist, ist eines, das in diesem Parlament schon eine etwas längere Geschichte hat.

*(Jens Kerstan GAL: Das stimmt!)*

Darauf werde ich nachher noch einmal kurz zu sprechen kommen. Die Hamburger Wirtschaft schmückt sich zu Silvester gerne mit dem Titel des Ehrbaren Kaufmanns, in der Regel zu Recht. Aber gleichwohl ist es ein Gebot des Realismus, nicht die Tatsache zu beschönigen, dass es auch in Deutschland und in Hamburg Korruption gibt und dass sie ein virulentes und ernsthaftes Problem darstellt.

*(Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Das gibt es auch bei Gewerkschaften!)*

Korruption ist kein Kavaliersdelikt. Der volkswirtschaftliche Schaden, der alljährlich durch Bestechung entsteht, beträgt viele Milliarden Euro, manche Experten schätzen ihn auf bis zu 250 Milliarden Euro. Das wäre ein Zehntel des gesamten Sozialprodukts.

Das ist eine Größenordnung, die eine demokratische Gesellschaft nicht aushält und die deswegen ein aktives Handeln des Gesetzgebers erfordert.

*(Beifall bei der SPD, der GAL und der LINKEN)*

Genauso wichtig, wenn auch nicht zu beziffern, ist der ideelle Schaden am Leitbild der deutschen Gesellschaft und der sozialen Marktwirtschaft. Eine der entscheidenden Grundlagen einer sozialen Marktwirtschaft ist der faire Wettbewerb. Doch Korruption zerstört den fairen Wettbewerb, übrigens genauso wie Dumpinglöhne und andere Ausbeutungspraktiken. Je größer das Ausmaß der Korruption, desto mehr entsteht bei den Menschen der fa-

**(Wolfgang Rose)**

tale Eindruck, der Ehrliche ist der Dumme, genau wie bei der Steuerhinterziehung, und das ist eine Realität, die wir nicht zulassen dürfen.

(Beifall bei der SPD, der GAL und der LINKEN)

Die entschiedene Bekämpfung der Korruption ist also eine vorrangige Aufgabe im Interesse der Volkswirtschaft, genau wie im Interesse eines gerechten Wettbewerbs und des Vertrauens zwischen Bürgern, Unternehmen und Staat. Die Einrichtung eines Korruptionsregisters, wie wir es heute erneut vorschlagen und nunmehr mit der Kraft der sozialen Mehrheit in Hamburg auch durchsetzen werden, ist dabei ein wichtiges Instrument. Es ist notwendig, weil es der Stadt als öffentlichem Auftraggeber dabei hilft, die Fairness im Wettbewerb zu stärken und die Verschwendung von Steuergeldern zu vermeiden. Es ist wichtig, weil es ein Instrument der Prävention durch Abschreckung ist. Deshalb haben mehrere Länder bereits solche Register eingeführt. Auch in Hamburg brauchen wir endlich eine rote Liste für schwarze Schafe.

(Beifall bei der SPD und bei *Antje Möller GAL*)

Uns ist natürlich bekannt, dass es Bedenken seitens der Wirtschaft gibt. Ein Einwand lautet, eine präventive Wirkung sei nicht nachweisbar. Nun liegt es in der Natur der Sache, dass man bestimmte Kausalzusammenhänge statistisch schwer nachweisen kann. Die gegenüber dem Bundestrend leicht positive Entwicklung in Berlin mag allerdings ein Indiz für die präventive Wirkung sein, denn dort gibt es seit 2006 ein solches Register.

Ein weiterer Einwand lautet, dass Korruption stets das Werk von Einzeltätern ist, ganze Unternehmen werden dabei sozusagen in Sippenhaft genommen. Mit Verlaub, diese Vorstellung ist nicht nur unrealistisch, sie ist auch euphemistisch. Natürlich sind es konkrete einzelne Akteure, die den Akt der Bestechung einfädeln und ausführen, aber zu glauben, dies geschehe in der Regel ohne Auftrag, ohne Mitwissen oder zumindest ohne stillschweigende Duldung der jeweiligen Unternehmensleitungen, wäre doch reichlich naiv. Aber selbst wenn, kann von Unverhältnismäßigkeit keine Rede sein. Unsere Vorstellung ist, dass – wie in Berlin – der Eintrag im Register nach drei Jahren wieder getilgt wird, wenn das betreffende Unternehmen nicht erneut der Korruption überführt wird. Das ist verhältnismäßig, auch Unternehmen haben ein Recht auf Resozialisierung.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN und bei *Farid Müller und Anjes Tjarks, beide GAL*)

Schließlich werden Sie sicherlich darauf verweisen, dass es doch eigentlich einer bundesweiten Regelung bedarf und ein Hamburger Gesetz eine unzureichende Insellösung sei. Da haben Sie recht, wir brauchen ein Bundesgesetz. Doch wer

dieses seit vielen Jahren im Bundestag blockiert, das sind die Kollegen von der CDU und der FDP. Dieses Doppelspiel wollen wir nicht länger mitmachen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb machen wir es anders als Sie, die sich in den letzten Jahren so oft mit dem Verweis auf die Bundesebene aus der Verantwortung gestohlen haben. Wir nehmen die Verantwortung wahr und stehlen uns nicht davon. Wir werden jetzt in diesem Punkt vorangehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, und wir übernehmen Verantwortung und nehmen sie ernst und warten nicht auf die Hilfe von oben.

Aber, meine Damen und Herren von der Opposition, wie wäre es denn, wenn Sie nun in der Opposition tatsächlich verantwortungsvoll und konstruktiv agieren würden, wie Sie es anlässlich der Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters versprochen haben? Erinnern wir uns: Im Herbst 2003 war es ausgerechnet die Schill-Partei, die mit einer Initiative für ein Korruptionsregister nach vorne preschte.

(*Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Ihr Vorbild!*)

Damals erklärte die CDU-Fraktion zustimmend – Zitat –:

"Wir werden alles mittragen, was die Korruption bekämpft."

Und die Regierungspartei FDP sekundierte – ich zitiere –:

"Es ist grundsätzlich richtig, das als Gesetz zu regeln. Wir werden diesen Vorstoß konstruktiv begleiten."

Doch als das besagte Gesetz dann nur drei Monate später am 28. Januar 2004 in der Bürgerschaft zur Abstimmung stand, waren diese Lippenbekenntnisse auf einmal Schall und Rauch. CDU und FDP stimmten dagegen, denn auf den inzwischen Ex-Koalitionspartner Schill brauchte man keine Rücksicht mehr zu nehmen.

(*Dietrich Wersich CDU: Aber SPD und GAL haben dafür gestimmt! Ich erinnere mich ganz genau!*)

Unsere SPD-Fraktion hingegen, obwohl keiner sonderlichen Nähe zur Schill-Partei verdächtig, verhalf dem Gesetz aus sachlichen Gründen zur Mehrheit. Als die CDU dann allein regieren konnte, schafften sie das Gesetz flugs wieder ab nach dem Motto: Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern.

Ein abschreckendes Beispiel für den populistischen Wechsel zwischen Opportunismus gegenüber der Wirtschaft und der Anbiederung gegenüber dem Wähler.

**(Wolfgang Rose)**

(Beifall bei der SPD – *Dietrich Wersich CDU*: Wir haben es doch gar nicht beschlossen!)

Das ist der Blick auf die Geschichte dieses Themas in diesem Parlament.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Kennen wir doch alles!)

Und nun nach tiefer Wirtschaftssystemkrise und nach Ihrer Wahlniederlage haben Sie die Chance zu zeigen, dass Sie aus dieser Situation gelernt haben. Zeigen Sie, dass Sie als Opposition zu ernsthafter, konstruktiver, an der Sache orientierter Politik bereit sind.

(*Dietrich Wersich CDU*: Was sagt denn der Wirtschaftssenator dazu?)

Stimmen Sie mit uns für mehr fairen Wettbewerb und für eine Stärkung der sozialen Marktwirtschaft. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Kersten Artus**: Vielen Dank. – Frau Spethmann, Sie haben das Wort.

**Viviane Spethmann CDU**: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Rose, das war eine typische Gewerkschafterrede.

(Beifall bei der CDU und der SPD und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Sie sehen, die SPD klatscht. Hier zeigt sich das wahre Gesicht der SPD.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Die Freude steigt, aber viel interessanter ist die Frage, wo der zuständige Wirtschaftssenator ist – Herr Horch, der ehemalige Handelskammerpräsident.

(*Gabi Dobusch SPD*: Gibt es keine CDUler in der Gewerkschaft?)

Seine Meinung zu diesem Thema interessiert uns sehr.

(Beifall bei der CDU und bei *Anjes Tjarks GAL*)

Es ist schade, dass die SPD so schnell nach dem Wahlsieg wieder eine reine Klientelpolitik aus Sicht des Gewerkschafters betreiben lässt.

(Beifall bei der CDU – *Gabi Dobusch SPD*: Klares Feindbild!)

Die Ausführungen, die Sie eben gemacht haben, zeigen auch Ihre Distanz zur Wirtschaft, denn gerade die Wirtschaft und die Handelskammer sind diejenigen, die die Hauptbeteiligten bei der Korruptionsbekämpfung in Hamburg sind.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Echt? Das habe ich gar nicht festgestellt!)

– Herr Kienscherf weiß das noch nicht einmal. So stellt sich wieder einmal dar, wie Sie denken.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Aber Sie wissen das! Dann sagen Sie mal, wie Sie das machen!)

Ich glaube, eines ist einvernehmlich in diesem Haus. Wir alle ächten Korruption, Korruption zersetzt den Rechtsstaat. Die Frage ist nur, wie der Weg dorthin ist. Ein Korruptionsregister in Hamburg allein nützt nämlich nichts. Die Abschaffung im Jahre 2006 erfolgte deswegen, weil das Gesetz nicht geeignet war. In den Jahren gab es keinen einzigen Eintrag. Der Bund wollte und will ein eigenes Register einführen und – jetzt kommt es – die Grünen haben einen solchen Initiativantrag auf Bundesebene gestartet. Raten Sie einmal, wer diesen Antrag abgelehnt hat. Die CDU, die FDP und die SPD. Warum wohl? Weil dieses Gesetz bisher nicht ausgegoren war. Was Sie machen, ist reine Schaufensterpolitik und nichts weiter.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU hat Vorsorge getroffen, dass zumindest bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen landesinterne und verwaltungsinterne Richtlinien gegen Korruptionsbekämpfung eingesetzt worden sind. Diese haben gewirkt. Im Bund wird daran leider noch weiter gearbeitet. Auch dort würde man sich wünschen, dass die SPD mithilft.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Wer ist da noch mal an der Regierung im Bund?)

Aber die SPD hat dort keine Initiative gestartet, Herr Dressel. Helfen Sie mit auf Bundesebene.

Denn ein Problem stellt sich doch. Die interne Einführung eines Korruptionsregisters in Hamburg nützt nichts. Es hat keine abschreckende Wirkung, denn Sie können jederzeit Ihren Geschäftssitz ins Umland verlegen. Insofern nützt es den in der Hamburger Wirtschaft Tätigen gar nichts. Die Hamburger Wirtschaft hat genauso ein Interesse, dass korrupte Unternehmen ausgeschaltet werden. Meistens handeln auch nur einzelne Personen rechtswidrig und man kann nicht ein ganzes Unternehmen anprangern. Ich denke dabei an die Telekom oder an Siemens. Wie häufig kann es passieren, dass dort ein einzelner Mitarbeiter ein ganzes Unternehmen ins Verderben reißen kann?

Ich glaube, niemand lässt sich hierdurch von Korruption abhalten. Die SPD trifft mit ihrem Vorstoß die Falschen. Der Bauleiter, der korrupt ist, kann nicht das gesamte Unternehmen reinreißen. Arbeiten Sie daran, ein bundesweites oder zumindest ein norddeutschlandweites Korruptionsregister einzuführen. Wir werden insoweit einer Ausschussüberweisung zustimmen, vielleicht finden wir dort Lösungen. In der Sache selbst jedoch werden wir ein landesinternes Register ablehnen, das wird hier nichts nützen, das ist Schaufensterpolitik. – Danke.



**(Viviane Spethmann)**

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Vielen Dank.  
– Herr Tjarks, Sie haben das Wort.

**Anjes Tjarks GAL:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! 2008 hat die Handelskammer Hamburg unter ihrem damaligen Präsidenten Frank Horch eine Broschüre herausgegeben, in der es heißt, dass die Hälfte aller befragten Mitgliedsunternehmen Opfer von Wirtschaftskriminalität und Korruption geworden seien. Ich denke, das allein ist genug, es ist ein Skandal, und es ist eine politische Handlungsaufforderung, ein Korruptionsregister in Hamburg einzuführen. Deswegen wird die GAL-Fraktion diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

In dieser Broschüre ist aber auch zu lesen, das ist relativ interessant – ich zitiere –:

"Aus Sicht der Wirtschaft erscheint etwa die Schaffung eines Korruptionsregisters nicht als zweckmäßig, da unerwünschte Begleitwirkungen [...] die erhoffte Wirkung [...] übersteigen."

Ich hätte gern an diesem Punkt die Meinung unseres Wirtschaftssenators hierzu gehört, weil Sie mit Herrn Horch doch eine vielschichtige Persönlichkeit berufen haben, die einmal gegen Atomkraft ist, dann wieder dafür, eine Persönlichkeit, die den dritten Arbeitsbereich ihrer Behörde, die Innovation, gestern ernst genommen hat und innovative Verkehrspolitik betreiben wollte, und eine Person, von der wir uns wünschen würden, dass der Abwägungsprozess, den er 2008 getroffen hat, heute anders ausfällt. Wir würden uns wünschen, dass auch Herr Horch aktiv an diesem Korruptionsregister mitarbeitet.

(Beifall bei der GAL)

Frau Spethmann, da sind wir mit Ihnen einer Meinung, für uns ist es sehr klar, dass ein Hamburger Korruptionsregister eine Insellösung ist, denn es muss ein bundesweites Korruptionsregister her. Aber gerade, wenn das so ist, möchte ich Sie auch um Folgendes bitten: Wenn Sie schon programmatische Inventuren bei der Atompolitik machen und wenn Sie das auch bei den Netzen machen, dann machen Sie es doch auch bei der Korruptionsbekämpfung. Lassen Sie uns ein gemeinsames, bundesweites Korruptionsregister schaffen, wir sind dafür bereit.

(Beifall bei der GAL, vereinzelt bei der SPD und bei *Viviane Spethmann CDU*)

Der Kollege Rose hat auch ausgeführt, dass der Teufel ein wenig im Detail steckt. Es gibt einige Sachen, die man dabei beachten muss. Deswegen stimmen wir dem Antrag zu, aber er ist kein Blankoscheck für das Gesetz. Wir glauben, eine Exper-

tenanhörung ist mindestens fällig und dann kommen wir hoffentlich zu einem guten Ergebnis.  
– Danke schön.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Vielen Dank.  
– Herr Kluth, Sie haben das Wort.

**Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Kollege Rose, das war eine sehr markige Rede, Sie sind all meinen Erwartungen gerecht geworden. In einem Punkt hatten Sie sogar recht: Was uns die SPD-Fraktion hier präsentiert, ist in der Tat nichts Neues. Wir hatten bereits ein Korruptionsregister in Hamburg von 2004 bis 2006. Es hat, wenn ich richtig informiert bin, in einem einzigen Fall zu einem Ausschluss bei einem Ausschreibungsverfahren geführt. Wir haben Korruptionsregister in Berlin und Nordrhein-Westfalen und wir haben verschiedene Regelungen in Bundesländern auf Erlassebene. Was wir jedoch nicht haben, ist eine systematische Evaluation, ob diese Korruptionsregister in der Tat ein wirksamer Beitrag zur Bekämpfung von Korruption und Wirtschaftskriminalität sind. Wenn es uns wirklich um die Bekämpfung von Korruption geht und nicht nur um Symbolpolitik, dann brauchen wir erst diese systematische Auswertung der Erfahrungen mit Korruptionsregistern in anderen Bundesländern.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Wir müssen wissen, ob es wirklich einen Nutzwert hat oder nicht, auch deshalb, weil ein Korruptionsregister natürlich mehr Bürokratie bedeutet statt weniger.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Frau Suding war neulich dafür, in der Zeitung!)

Gutes Regierungshandeln bedeutet, so haben wir es auch aus der Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters gelernt, weniger Bürokratie. Umgekehrt bedarf mehr Bürokratie, also ein zusätzliches amtliches Register, der besonderen politischen Rechtfertigung. Hier stellen sich aus Sicht unserer Fraktion mehr Fragen, als es Antworten gibt. Ich will exemplarisch drei Fragen benennen.

Erstens: Macht ein isoliertes Korruptionsregister – dies wurde von der Kollegin Spethmann schon angesprochen – für Hamburg wirklich Sinn, wenn es beispielsweise in Schleswig-Holstein und Niedersachsen keine solchen Register gibt? Ausschreibungsverfahren machen bekanntlich nicht an Ländergrenzen halt. Brauchen wir stattdessen nicht eher, wenn überhaupt, ein bundes- oder sogar europaweites Register?

**(Dr. Thomas-Sönke Kluth)**

(Dr. Andreas Dressel SPD: Die städtischen Vergaben sind ja schon in Hamburg!)

Zweitens: Wie wird sichergestellt, dass Unternehmen nicht bereits aufgrund eines bloßen Verdachts im Korruptionsregister landen, wie es nämlich der Entwurf der Grünen-Fraktion im Deutschen Bundestag 2008 vorgesehen hatte. Eine solche Regelung wäre aus Sicht der FDP mit rechtsstaatlichen Grundsätzen, insbesondere der Unschuldsvermutung, nicht vereinbar und verfassungsrechtlich bedenklich.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Drittens: Haben wir nicht bereits mit dem Bundeszentralregister und dem Gewerberegister zwei einschlägige Register, die als wirksame Instrumente gegen unzulässige Unternehmen und Korruption einsetzbar sind? Brauchen wir daneben wirklich ein drittes bundesweites Register oder sogar 16 landesweite? Daran kann man zweifeln.

Aus Sicht der FDP-Fraktion gibt es daher Fragen über Fragen, Vorfragen, die geklärt werden müssen, bevor dem Senat der Auftrag erteilt wird, ein Gesetz auszuarbeiten. Wir beantragen daher, den Antrag der SPD an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Vielen Dank. – Frau Schneider, Sie haben das Wort.

**Christiane Schneider DIE LINKE:** Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Wir stimmen dem Antrag zu, weil wir generell für die Einrichtung eines Korruptionsregisters sind. Wir sind allerdings nicht für die Überweisung an den Wirtschaftsausschuss, weil der Antrag nun so bedeutend auch nicht ist, denn der Senat soll nur gebeten werden, einen Gesetzentwurf vorzulegen. Ich weiß wirklich nicht, was man darüber im Wirtschaftsausschuss beraten soll. Gründlich beraten werden muss dann im Konkreten das Gesetz.

(Beifall bei der LINKEN, vereinzelt bei der SPD und bei Antje Möller GAL)

Korruption ist auch in der Bundesrepublik Deutschland ein großes Problem. In der Korruptionsliste von Transparency International ist die Bundesrepublik Deutschland laut Jahresbericht 2010 vom 14. auf den 15. Platz abgerutscht. Nun könnte man denken, das sei bei insgesamt 178 Ländern eigentlich ganz gut, aber man kann sagen, in der Gruppe vergleichbarer entwickelter Industrieländer liegt die Bundesrepublik Deutschland im Mittelfeld und das ist schlecht. Die Tatsache, dass Deutschland sogar noch einen Platz verloren hat, also vom 14. im Vorjahr auf den 15. Platz gerutscht ist, zeigt, dass sich an den bekannten Problemen der Kor-

ruption nichts geändert hat. Transparency International kritisiert, dass es in der Bundesrepublik Deutschland keine geschlossene Strategie gegen Korruption gäbe. Ein wichtiges Element einer solchen Strategie ist ein Korruptionsregister, und zwar ein bundesweites, eines, das überall greift.

Es gibt aber auch noch andere Elemente, die ich bei dieser Gelegenheit ansprechen möchte. Ein Problem, das nämlich durch ein Korruptionsregister nicht gelöst wird, ist das Problem der Abgeordnetenbestechung, wie Transparency International ausdrücklich bemerkt. Schon vor drei Jahren hat der Bundesgerichtshof ein Urteil gesprochen, dass das Strafgesetz geändert werden solle, weil zwar direkter Stimmenkauf von Abgeordneten strafbar sei, aber andere Formen von Abgeordnetenbestechung eben nicht. Auch bei der Regelung zur Parteienfinanzierung sieht Transparency International einen erheblichen Reformbedarf im Sinne der Korruptionsbekämpfung. Ich könnte jetzt natürlich länger ausführen, wie es sich mit Mövenpick verhielt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern also den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass auch solche Formen von Korruption bekämpft werden. Wir stimmen dem Vorhaben zu, das Korruptionsregister in Hamburg wieder einzuführen und gesetzlich zu regeln. Korruption führt – auch in Hamburg gibt es traurige Beispiele dafür – zu großen volkswirtschaftlichen Schäden, die die Öffentlichkeit zu tragen hat; Herr Rose hat schon darauf hingewiesen. Manchmal ist es doch auch so, dass man große Schäden feststellt, die die Öffentlichkeit zu tragen hat, und man sich dann fragt, ob dort vielleicht Korruption im Spiel war. Hier muss ein Verdacht ausgeräumt werden.

Korruption – das hat Herr Rose nicht gesagt – ist nicht nur volkswirtschaftlich und nicht nur für den Wettbewerb ein großes Problem, sondern sie ist auch ein großes Problem für die Demokratie, weil sie bedeutet, dass private Profitinteressen unmittelbar durchgreifen auf staatliches Handeln, wie man das in vielen Fällen der Privatisierung in den letzten Jahren in der Bundesrepublik Deutschland erlebt hat. Ich könnte eine Menge Sachen hierzu aufzählen, das schenke ich mir hier.

(Olaf Ohlsen CDU: Nee, lass nach!)

Wenn Private staatliche Stellen schmieren, dann untergraben sie demokratische Entscheidungsprozesse, und zwar ganz entschieden zum Nachteil der Öffentlichkeit. Wir hatten schon einmal eine Debatte darüber in der letzten Legislaturperiode, und deswegen weise ich auch darauf hin, dass es natürlich einige Probleme gibt, die im Detail des Gesetzentwurfs zu regeln sind. Es gibt ein Spannungsverhältnis, das niemand bestreiten kann, zwischen dem berechtigten öffentlichen Interesse, korrupten Unternehmen das Handwerk zu legen

**(Christiane Schneider)**

und sie von der Vergabe öffentlicher Aufträge zumindest für eine Zeit auszuschließen, bis sie ihre Probleme geregelt haben, und dem der Unschuldsvermutung. Aber dieses Spannungsverhältnis kann in unseren Augen gelöst werden, wie das Beispiel des Berliner Korruptionsregisters zeigt. Ich würde dem Vorschlag der GAL, dass man vielleicht im Ausschuss, wenn das Gesetzesvorhaben vorliegt, eine Expertenanhörung vornimmt, unbedingt zustimmen. Dann kann man sich auch über die Erfahrungen austauschen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Vielen Dank. – Herr Rose, bitte.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Das darf doch wohl nicht wahr sein! So schafft man sich keine Freunde!)

Ich bitte das Plenum noch einmal um Aufmerksamkeit.

**Wolfgang Rose SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nur vier Sätze. Erster Satz: Frau Spethmann, wenn das Klientelpolitik ist, dann sind die Klientel die korruptionsfreien Unternehmen.

(Beifall bei der SPD, der GAL und der LINKEN)

Wenn das das wahre Gesicht der SPD ist, was vorhin gesagt wurde, dann weiß ich nicht, was Sie daran auszusetzen haben, dann empfinde ich es eher als ein Lob.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie daraus ableiten, es zeige sich dabei, welche Distanz ich zur Wirtschaft habe, dann ist es eine Distanz zur korrupten Wirtschaft. Zu denjenigen, die nicht korrupt sind, ist es eine ausgesprochene Nähe und ich glaube, die sind uns sehr dankbar dafür.

(Beifall bei der SPD, der GAL und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Die letzte Bemerkung wendet sich an die FDP. Es geht heute um das "Ob". Wenn wir das "Ob" beschlossen haben, dann geht es um das "Wie". Dies ist die Ausgestaltung, das ist die Anhörung und das sind die Experten. All das werden wir dann beraten können. Das wird auch in den Ausschüssen beraten, dies kommt alles danach. Heute wollen wir ganz am Anfang dieser Legislaturperiode ein Signal setzen, in welche Richtung wir das Thema Korruption, das Sie vor vielen Jahren in dieser Art und Weise kaputt gemacht haben, auf den Weg bringen wollen. Wenn Sie das mitmachen wollen und auch all das diskutieren, was Sie vorhin vorgebracht haben, dann stimmen Sie unserem Antrag jetzt zu. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Wünscht noch jemand das Wort? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/88 an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Wer möchte sich dem Antrag der SPD-Fraktion aus Drucksache 20/88 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen zum Ende des ersten Sitzungstages. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Feierabend, bis morgen.

**Ende: 20.45 Uhr**

---

*Hinweis:* Die mit \* gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

---

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Katja Suding

## Anlage

Zu Tagesordnungspunkt 5

**Unterrichtung durch die Präsidentin:**

**Wahl der Vertrauensleute und ihrer Vertreterinnen und Vertreter für die Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Hamburgischen Obergericht und beim Verwaltungsgericht Hamburg**

– Drucksache 20/39 –

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
<b>Hamb. OVG Mitglieder</b>					
Sebastian Mietzner	107	105	1	1	0
Monika Hauto	107	104	2	1	0
Klaus Glismann	107	106	1	0	0
Frido Domroese	107	105	1	1	0
Manfred Effenberger	107	100	3	4	0
Birgit Stadermann	107	101	3	3	0
Ulrike Eggers	107	101	4	2	0
<b>Hamb. OVG VertreterInnen</b>					
Alf-Tomas Epstein	107	103	2	1	1
Susanne Junge	107	104	1	1	1
Agnes Josam	107	104	1	1	1
Andrea Boennen	107	104	1	1	1
Rainer Blumenthal	107	99	3	4	1
Gregor Jaecke	107	98	3	4	2
Camilla Reger	107	100	4	2	1

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
<b>VG Hamburg Mitglieder</b>					
Ines Schwarzarius	109	100	7	1	1
Anne Heisig	109	101	6	1	1
Hayo Ferber	109	101	6	1	1
Antje-Maria Valentien	109	101	6	1	1
Agnes Wieczorek	109	97	6	5	1
Oliver Thiel	109	97	6	4	2
Christina Prasch	109	102	6	1	0
<b>VG Hamburg VertreterInnen</b>					
Caterina King	109	101	6	1	1
Regina Hose	109	101	6	1	1
Katja Schlühr	109	101	6	1	1
Knut Wittmaack	109	100	6	1	2
Martin Wielgus	109	96	7	4	2
Ullrich Kerz	109	94	8	4	3
Stephanie Karlos	109	97	8	1	3

Zu Tagesordnungspunkt 6

**Unterrichtung durch die Präsidentin:**

**Wahl eines Datenschutzgremiums nach § 14 Datenschutzordnung der Hamburgischen Bürgerschaft  
– Drucksache 20/40 –**

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Urs Tabbert, SPD	110	106	2	2	0
Viviane Spethmann, CDU	110	100	5	5	0
Farid Müller, GAL	110	98	7	5	0
Finn-Ole Ritter, FDP	110	97	7	6	0
Christiane Schneider, DIE LINKE	110	83	21	6	0